Taufe als Protest S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

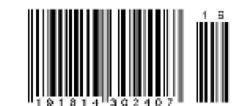
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 19 – 14. Mai 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Hässliche Enthüllung: Langsam schält sich heraus, was der Euro für die Europäer wirklich bedeutet. Bild: mauritius

Es beginnt

Der hohen Politik entgleitet die Kontrolle über die Euro-Krise

Die Krise des Euro-Systems ist in ihre entscheidende, gefährlichste Phase eingetreten: Den Verantwortlichen – ob in Brüssel, bei der EZB in Frankfurt am Main oder beim Hauptzahler Deutschland in Berlin – beginnt die Entwicklung aus den Händen zu gleiten.

Die hektischen Dementis auf die Meldung, Griechenland erwäge den Ausstieg aus dem Euro, erinnern an zahllose frühere Beteuerungen hoher europäischer Politiker, die allesamt schon bald von der Wahrheit überrannt wurden. Unbestritten ist der Ausstieg eines Landes aus der Gemeinschaftswährung riskant: Die Griechen könnten ihre Banken stürmen und alle Konten leerräumen, was den Sektor zum Einsturz brächte. Panikreaktionen in anderen Krisenländern wie Portugal oder Irland sind vorstellbar, bis die allgemeine Verunsicherung auch die Kernländer erreicht – der gefürchtete Domino-Effekt.

Doch gibt es überhaupt eine Alternative? Schon die Hälfte des 110-Milliarden-Hiflspakets wurde an Griechenland ausgezahlt, die gewünschten Ziele jedoch fulminant verfehlt. Athen rutscht trotz der Milliarden immer tiefer in die Abwärtsspirale. Dessen ungeachtet wurde das Modell mit 78 Milliarden nun auch auf Portugal übertragen, und Griechenland soll zusätzlich 60 Milliarden erhalten.

> Griechenlands Austritt aus dem Euro ist unvermeidlich

Daraus lässt sich nur schließen, dass die hohe Politik mit ihrem Latein am Ende ist. Wer sonst würde ein bereits gescheitertes Modell noch einmal anwenden? Denn eines steht für Fachleute wie Ifo-Chef Hans-Werner Sinn fest: Zumindest Griechenland wird innerhalb des Euro nicht auf die Füße kommen. Der Austritt ist unausweichlich, wollen sich die Hellenen jemals wieder aus eigener Kraft wettbewerbsfähig werden. Selbst im ungleich stärkeren Spanien hinterlässt die Fessel des Euro ihre Spuren: Die Volkswagentochter Seat steht mit dem Rücken zur Wand, weil die Abwertung der Peseta als Mittel zur Verbilligung spanischer Exportwaren nicht mehr zur Verfügung steht.

Doch die Regierungen sträuben sich verbissen gegen solche Einsichten, derweil von Finnland bis in den deutschen Bundestag der Widerstand wächst. Merkel baut unverdrossen darauf, dass die Zeit für sie arbeite, dass sich der Widerstand irgendwann von selber lege, wie er es immer getan hat. Diesmal aber deutet alles eher auf das Gegenteil.

Kritik an angeblichen „Panikmachern“ und „Spekulanten“ verhallt mittlerweile als billige Ausflucht der Politiker. Nach Meinung vieler Experten rührt die Gefahr vor der Politik selbst her: Die geordnete Neustrukturierung des Euro-Systems, sprich, unter anderem seine Verkleinerung auf jene Länder, die eine harte Währung auch aushalten, kann nämlich nur gelingen, wenn die Politik endlich in die Realität zurückkehrt. Wenn nicht, könnte es auch zu einem unkontrollierten, von Streit und Chaos begleiteten Auseinanderbrechen kommen. So ein Szenario würde für alle Europäer entsetzliche Folgen haben. *Hans Heckel*

(siehe auch Kommentar Seite 8)

Wilhelm v. Gottberg:

Die Pofallas

Generalsekretäre der Parteien haben es schwer. Sie müssen häufig – gegen ihre Überzeugung – den Willen, die Wünsche oder auch Problemlösungen der Parteivorsitzenden in Stellungnahmen und Pressekonferenzen der Öffentlichkeit zur Kenntnis geben. Wird diese Aufgabe zufriedenstellend erledigt, winkt reicher Lohn. Der/die ehemalige Generalsekretär(in) wird Minister(in), Staatsminister(in) im AA oder im Bundeskanzleramt, zumindest aber parlamentarische(r) Staatsekretär(in). Dies zeigen die Beispiele Niebel und Pieper (FDP), Müntefering (SPD), Rühe, Hintze und Pofalla (CDU). Auch für die Kanzlerin war das Amt der CDU-Generalsekretärin die Qualifikation zur Vorsitzenden und damit zur Regierungschefin. Prekär wird es für die ehemaligen Generalsekretäre, wenn sie im Ministeramt für eine Politik einstehen müssen, deren Gegenteil sie als Generalsekretär propagiert haben. Ronald Pofalla, der ehemalige CDU-Generalsekretär vor drei Jahren: „Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung nicht verzichtet werden.“ Heute als Staatsminister im Kanzleramt: „Die historische Aufgabe der CDU besteht darin, den neuen gesellschaftlichen Konsens, aus der Nutzung der Kernenergie auszusteigen, auch umzusetzen.“ Starke Worte. FDP-General Lindner, bis zum 12. März gemäß den Vorgaben seines Vorsitzenden Befürworter der Laufzeitverlängerung für die Meiler, will nun das Gegenteil. Nahles musste die Weisung ihres Vorsitzenden umsetzen, Sarrazin aus der SPD auszuschließen. Die Sache ging schief. Nun bekommt sie die verbale Schelte, die Gabriel verdient hat. Wie man sieht, die Pofallas finden sich in jeder Partei.

Osmanen lassen grüßen

Staatspräsident Gül droht Wien mit wirtschaftlichen Verlusten

Dass die Türkei keineswegs das ist, was die Befürworter einer EU-Aufnahme den Bürgern ständig vorgaukeln, dafür lieferte auch der Staatsbesuch von Präsident Abdullah Gül in Österreich wieder einige Beispiele. Denn Gül unterstrich sämtliche der bekannten Forderungen, die darauf hinauslaufen, dass eingewanderte Türken eine von Ankara gesteuerte Parallelgesellschaft aufbauen und ausbauen könnten.

Er erklärte auch, dass die EU die Türkei dringender brauche als umgekehrt und dass man einmal „die Frage stellen sollte, ob die österreichischen Firmen den Profit, den sie zur Zeit erzielen, auch in Zukunft weiter haben können, wenn sie nicht mit der Türkei zusammenarbeiten“. Das klingt nach Erpressung, denn bei Investitionen in der Türkei waren österreichische Unternehmen 2010 Spitzenreiter.

> Österreich schweigt zu Provokationen

Aber Wien schweigt dazu ebenso wie darüber, dass die Gewinne einiger Firmen bei weitem nicht die Belastungen des Sozialsystems durch die Familien der türkischen Gastarbeiter kompensieren. Angesichts der massiven Ablehnung einer türkischen EU-Mitgliedschaft in der Bevölkerung spricht zwar auch Österreichs Regierung nur von einer „privilegierten Partnerschaft“. Dass eine solche ohnehin längst besteht, wird dabei immer verschwiegen.

Mit Bundespräsident Heinz Fischer als Fremdenführer machte Gül samt Gattin mit Kopftuch auch einen Ausflug nach Salzburg. Nicht einfach wegen Mozart, sondern weil sich dieser mit dem „Türkischen Marsch“ und der „Entführung aus dem Serail“ posthum sogar als Türkei-Verharmloser einsetzen lässt. Und beim abschließenden Staatsempfang in Wien erntete Fischer viel Applaus, weil er die ersten beiden Sätze seiner Begrüßungsrede auf Türkisch sprach. *R. G. Kerschhofer*

Der »schöne« Schein

Feiern zum 9. Mai: Ukrainer und Balten fühlen sich nicht befreit

Der in Deutschland nur noch selten widersprochenen Sichtweise, dass bei uns am 8. Mai 1945 eine Befreiung stattgefunden hat, wird in den östlichen Nachbarstaaten erbittert entgegen getreten. Die russische Oligarchie und die noch vorhandenen Kaderreste der KPdSU wünschen sehnlichst, dass die Menschen im Baltikum, in Polen und in der Ukraine den Siegeszug der Roten Armee 1944/45 als Freiheitsereignis begreifen.

Präsident Medwedew bei der alljährlichen Siegesfeier am 9. Mai 2011: „Ich danke den Veteranen für ihren aufopfernden Kampf für die Freiheit der Menschen.“ Die Betroffenen, die Menschen in den westlichen Nachbarstaaten Russlands, wollen sich die russische Sichtweise von der vermeintlichen Befreiung nicht zu eigen machen. Zu sehr und zu lange haben diese Völker unter dem sowjetischen Joch gelitten. Die Rote Armee brachte den betroffenen Staaten eine 45-jährige Versklavung und zehntausendfach Mord und Deportation. Der litauische Historiker Saulius Suziedelis: „Die Erfahrung der Litauer ist, dass etwa 5000 ihrer Landsleute vom NS-Regime umgebracht wurden, aber etwa zehnmal mehr unter den Sowjets.“ Die vermeintlichen Befreier Litauens versuchten noch im Januar 1991 am Fernsehturm in Vilnius ihr Regime aufrecht zu erhalten, was scheiterte, aber etliche Litauer das Leben kostete.

> Unter den Sowjets 45 Jahre gelitten

Im Baltikum und in der westlichen Ukraine versuchten Russen am 9. Mai, ein Befreiungsspektakel zu inszenieren. Der Widerstand der Menschen vor Ort, die die historische Wahrheit kennen, war beachtlich. Das ist in Deutschland leider anders. Die einseitige Befreiungsthese ist in dieser Republik derzeit sozusagen Staatsdoktrin. Das Vorbild im Osten sollte den Deutschen Beispiel sein. (Siehe S. 2, der 8. Mai will nicht vergehen) *W. v. G.*

MELDUNGEN

Abfindung oder Versetzung?

Berlin – Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, will 40 ehemals hauptberufliche MfS-Mitarbeiter aus seiner Behörde entfernen. Ginge es nach ihm, würden die Betroffenen, deren Tätigkeit für die DDR-Staatssicherheit seit Jahren bekannt war, eine Abfindung erhalten. Nach Auskunft von Bundestagsabgeordneten wird regierungsintern eher die Versetzung der Mitarbeiter befürwortet, denn käme es zu arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen, könnten die Mitarbeiter sich auf ein Dossier aus der Behörde berufen: 2007 hatte die Birthler-Behörde schriftlich erklärt, ihre Einstellung sei „aus fachlichen Gründen unverzichtbar“. *MRK*

BIW verklagt linken Autor

Bremen – Kurz vor der Wahl zur Bremer Bürgerschaft am 22. Mai entbrennt ein Streit zwischen der Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BIW) und dem linksradikalen Autor Andreas Häusler. Letzterer behauptete 2008 in seinem Buch „Rechtspopulismus als Bürgerbewegung“, der BIW fordere die „Rückkehr zum Abstammungsprinzip, wonach Deutscher nur sein kann, wer abkömmlich deutscher Staatsangehöriger ist.“ Dies sei rassistisch.

Tatsächlich steht im BIW-Programm aber: „Rückkehr zum Abstammungsprinzip, wonach Deutscher nur sein kann, wer Abkömmling deutscher Staatsangehöriger ist oder die deutsche Staatsangehörigkeit nach erfolgreicher Integration erworben hat.“ BIW-Chef Jan Timke: „Der ultralinken Szene ist offenbar jedes Mittel recht, um die BIW politisch zu diffamieren.“

Während der Springer-Fachmedien-Verlag, bei dem das Buch erschienen ist, eine Unterlassungserklärung abgegeben hat, hielt Häusler das nicht für notwendig. Timke hat daher beim Landgericht Berlin den Klageweg beschritten (AZ 27 O 265/11). *H.L.*

Partnerschaft vor der Zerreißprobe

Tötung Osama bin Ladens belastet das Verhältnis zwischen Pakistan und den USA schwer

Der diplomatische Ton zwischen den USA und Pakistan wird rauer. Nur tröpfchenweise und in Zick-Zack-Manier kommen in der Woche nach der Tötung des Terrorchefs Osama bin Laden Informationen an die Öffentlichkeit. Darunter viele nicht für möglich gehaltene Details.

Fest steht nunmehr der Tod des Terrorfürsten, auch wenn seine Leiche nie gezeigt wurde. Selbst das Terrornetzwerk Al-Qaida bestätigte den Tod „offiziell“. Die letzten sieben Jahre lebte bin Laden offenbar nicht in einer Felsenhöhle, wie offizielle pakistanische Stellen glaubhaft machen wollten, sondern in direkter Nähe der Zentralen des Geheimdienstes (ISI) und der Elite-Akademie des Militärs. In dem ausschließlich von Soldaten kontrollierten Gebiet von Abbottabad wurde für den Terrorchef 2004 extra ein festungsähnliches Haus gebaut, das ihm bis zu seinem Tod als Kommandozentrale diente. Hohe und höchste Militärs lebten in seiner unmittelbaren Nachbarschaft.

Diese Faktenlage dürfte das pakistanisch-amerikanische Verhältnis zunehmend belasten. Der amerikanische Präsident Barack Obama redete inzwischen Klartext. In einem Interview forderte er die pakistanische Regierung auf, die offenkundigen Mitwisser innerhalb von Militär und Geheimdienst zu suchen und zu bestrafen. Im Übrigen sei „nicht ganz richtig im Kopf“, wer an der Rechtmäßigkeit der Tötung bin Ladens zweifele. „Der Gerechtigkeit sei hier Genüge getan worden“, wiederholte Obama und spielte damit offenbar auf die deutsche Diskussion über die völkerrechtliche Legitimation der US-Kommandoaktion an. Der amerikanische Justizminister Eric Holder hielt fest, die USA hätten in „nationaler Notwehr“ und „im vollen Einklang mit den Konventionen des Krieges gehandelt“.

Die pakistanische Regierung, die auf US-Finanz- und Militärhilfe angewiesen ist, übte sich derweil im Lavieren zwischen allen Fronten. Sie bezeichnete die Kommandoaktion als „nicht rechtswidrig“ und betonte die „Freundschaft“ zu den USA. Der pakistanische Außenminister Salman Bashir drohte allerdings „verheerende Konsequenzen“ für

> Pakistan droht USA bei Wiederholung mit Konsequenzen

den Fall an, dass sich eine solche Aktion wiederholen sollte. Damit versuchte er, die aufgebrachte Bevölkerung seines Landes zu beruhigen, die sich durch die Aktion der Vereinigten Staaten und die Verletzung der Souveränität des Landes gedemütigt sah.

Im pakistanischen Quetta verbrannten aufgebrachte Muslime amerikanische Flaggen; in Abbottabad, dem letzten Wohnsitz des Terrorchefs, gingen 70 Anwälte auf die Straße und demonstrierten und beteten für ihren „muslimischen Helden“. Eine ähnliche Szene spielte sich in Peshawar ab, wo sogar 200 Anwälte vor dem örtlichen Gerichtshof für den getöteten Al-Qaida-Chef Totengebete abhielten. Bin Laden sei ein „muslimischer Held und Märtyrer“, der den „Dschihad“ (Heiliger Krieg) der Moslems in der ganzen Welt vorangebracht habe, so der Augenzeugenbericht in der „International Herald Tribune“.

Immer mehr scheint der pakistanischen Regierung die Kontrolle über ihr Land zu entgleiten. Innerhalb des Militärs und des Geheimdienstes scheint es mehrere Fraktionen zu geben, wie Militärexperten berichten. Darunter sind auch Gruppierungen, die offen Al-Qaida und die afghanischen Taliban unterstützen. Die USA vermuten weitere Terrorführer in Pakistan, so etwa den afghanischen Taliban-Chef Mullah Omar. Zwischen ihm und bin Laden sollen enge persönliche Beziehungen bestanden haben. Diese Brücke wäre mit dem Tod des Al-Qaida-Chefs nunmehr gekappt. Sofort nach dem Tod des Terrorfürsten keimten daher im Westen Hoffnungen auf Verhandlungen mit den Taliban und einem schnelleren Truppenabzug der westlichen Streitkräfte vom Hindukusch auf.

Diese Hoffnung könnte sich schnell als trügerisch entpuppen, sollte Pakistan zu einem „failed state“ mutieren. Westliche Militärs befürchten weniger die geäußerten Rachegelüste islamistischer Kreise, sondern die Atomwaffen des Landes, die eventuell außer Kontrolle geraten könnten. Ein unregierbares Staatengebilde könnte, ähnlich wie im westafrikanischen Somalia, im asiatischen Raum einen Flächenbrand auslösen. Die Stammesgebiete an der afghanischen Grenze gelten bereits als unregierbar. Rund 30000 Opfer forderte der islamistische Terror in den letzten drei Jahren in Pakistan, das immer mehr zur Heimat des weltweiten Terrorismus wird. *Hinrich E. Bues*



Abbottabat: Hunderte protestieren gegen die amerikanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Pakistans. Bild: Getty images

Der 8. Mai will nicht vergehen

Totale Niederlage, millionenfaches Leid und Entrechtung wirken bis heute

Keine der heutigen Beschwörungsformeln zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 66 Jahren als Tag der Befreiung kann verdecken: Für die Masse der Deutschen wurden die Schrecken des Krieges abgelöst durch einen Zustand der Erniedrigung, durch Ehr- und Rechtlosigkeit, durch Verzweiflung, Hungertod, millionenfache Verschleppung, Gefangenschaft und Vertreibung.

Wir wurden durch Siegerwillkür graduell zu einem Sklavenvolk degradiert. Noch heute versuchen die „befreundeten“ Nachbarstaaten mit Hinweis auf die NS-Zeit den Status eines gleichberechtigten Partners zu verweigern. Mit Hinweis auf die deutsche Schuld helfen viele Angehörige der politischen Klasse in Deutschland mit, Deutschland im Status der Unmündigkeit zu halten. Den ostdeutschen Vertriebenen gegenüber ist das Wort von der stattgefundenen Befreiung am 8. Mai 1945 eine Verhöhnung ihres Schicksals und eine Missachtung ihrer Menschenwürde. Für die Ostdeutschen bestand die sogenannte „Befreiung“ aus dem Verlust von Heimat und Besitztum, für die Frauen und Mädchen beinahe ausnahmslos aus Schändung, soweit sie nicht rechtzeitig davonkamen.

Wie war die Situation am 8. Mai 1945 in Deutschland? Am 8. Mai 1945 war Deutschland besiegt und vernichtet. Seine Städte lagen in Schutt und Asche. Es wurde als Feindstaat besetzt. Deutschland musste sich allen Forderungen der Siegermächte bedingungslos unterwerfen. Die beendete NS-Diktatur wurde für das halbe Europa ersetzt durch eine neue Diktatur, auch für die SBZ-DDR. Rund elf Millionen Wehrmachtsoldaten gerieten bei Kriegsende in Gefangenschaft. Hunderttausende sahen gleichwohl die Heimat nicht wieder. Man „befreite“ sie vom Leben, indem man ihnen schlichtweg die für die menschliche Existenz notwendige Mindesternährung verweigerte. Die vermeintliche Befreiung äußerte sich auch in der Befreiung von unserem Wirtschaftspotenzial aufgrund der Demontage und im Raub von Kunstschätzen, Patenten und den deutschen Auslandsvermögen. Auch 66 Jahre nach Kriegsende haben die Befreier noch nicht die Feindstaatenklausel der Uno gestrichen, die sich ausschließlich gegen Deutschland und Japan richtet. Zwei Jahre nach der vermeintlichen Befreiung Deutschlands leisteten sich die Siegermächte noch einen besonders schändlichen Willkürakt. Mit einem Federstrich und einer unglaublich verlogenen Begründung löschten sie die Existenz des deutschen Bundesstaates Preußen aus. Deutschland war vernichtet.

> Deutschland hat die Lektion aus der NS-Zeit gelernt

Besonders schändlich ist auch die Verlängerung des Überleitungsvertrages 1990 im Zuge der Wiedervereinigung mit der DDR. In diesem Vertrag verpflichtet sich Deutschland – es muss offen bleiben, ob gezwungenermaßen oder freiwillig – gegen die Siegerwillkür nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gerichtlich vorzugehen. Nie wurde ein Land unterschiedslos und in seiner Gesamtheit für die Hybris seiner verbrecherischen Machthaber schrecklicher bestraft. Das sind die Fakten über das Kriegsende und die Rolle der Siegermächte.

Es ist an der Zeit, dass wir nunmehr, 66 Jahre nach dem 8. Mai 1945, 66 Jahre nach der schlimmsten Zäsur, die Deutschland in seiner 1200-jährigen Geschichte hat hinnehmen müssen, unseren Nachbarstaaten, unseren EU-Partnern und Nato-Verbündeten nachdrücklich klarmachen: Jede moralische Belehrung, jeder erhobene Zeigefinger in Richtung Deutschland hinsichtlich der schrecklichen zwölf NS-Jahre ist im 21. Jahrhundert unangebracht. Wir haben unsere Lektion, die sich aus der Zeit 1933 bis 1945 ergab, gelernt.

Das Gleiche schreiben wir den eigenen Landsleuten ins Stammbuch, die den Kult mit der deutschen Schuld jahraus jahrein gebetsmühlenartig aufs Höchste kultivieren. Diese Vertreter der politischen Klasse und der evangelischen Kirche haben es fertiggebracht, dass unser Land vor lauter Vergangenheitsbewältigung eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung nicht mehr zustande bringt. Sie sind auch verantwortlich dafür, dass die materiellen und sozialen Grundlagen unseres Staates in beunruhigendem Maße beschädigt sind. *Wilhelm v. Gottberg*

»Klima der Versöhnung«

Roland Jahn, Chef der Stasi-Unterlagenbehörde, rudert zurück. Wollte er ursprünglich alle 48 Stasi-belasteten Mitarbeiter seines Hauses entlassen, plädiert er nun für ein „Klima der Versöhnung“. Nicht nur die Verletzungen der Stasi-Opfer sollten ernst genommen, sondern „auch die Täter differenziert bewertet“ werden, so Jahn, der früher selbst der Opposition angehörte. Er hält jedoch daran fest, dass ehemalige Träger des DDR-Regimes nicht mit dessen Aufarbeitung befasst sein sollten. Es sei für die Opfer der SED-Diktatur schmerzlich und eine Zumutung, gerade in seiner Behörde auf Personen zu treffen, die deren Unterdrückungsapparat mitgetragen hätten. Wie Regierungssprecher Steffen Seibert erklärte, steht die Bundesregierung dabei hinter ihm. Ein arbeitsrechtliches Gutachten soll jetzt für Klarheit sorgen.

Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Wiefelspütz, der Jahn als „Eiferer mit Schaum vor dem Mund“ und für sein Amt ungeeignet bezeichnet hatte, wird diese Äußerung ein Nachspiel haben. Der Bundestags-Innenausschuss wird sich damit befassen. *J.H.*

Die Schulden-Uhr: Gewinner und Verlierer

Ob es um die Rettung von Banken oder ganzen Staaten geht: Stets beteuert die Politik, dass das Geld ja nur verliehen wurde und irgendwann an die Staatskasse zurückfließe. Vielleicht sogar mit Zinsen, weshalb die Steuerzahler von den Rettungen sogar profitieren könnten. Laut einer Eurostat-Bilanz stimmt dies teilweise sogar, nur leider nicht für Deutschland. So hat Frankreich tatsächlich 2,4 Milliarden Euro an der Rettung seiner Geldhäuser verdient, auch Spanien, Dänemark und Griechenland (!) machten Profit. Deutschland indes verlor 16,6 Milliarden Euro aus Steuergeldern an die Banken, nur Irland machte mit 35,7 Milliarden noch mehr Miese. Vor allem die Hypo Real Estate und die Landesbanken zogen Deutschland ins Minus. *H.H.*

1.951.488.509.202 €

Vorwoche: 1.950.140.401.136 €
Verschuldung pro Kopf: 23.886 €
Vorwoche: 23.852 €

(Dienstag, 10. Mai 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Das Buch des Jahres

Von Vera Lengsfeld

Es geschieht nicht alle Tage, dass bei einer Lesung neben den Autorinnen auch der Lektor und der Leiter des Verlages sitzen. Aber das Buch „Patentöchter“, das am Montag im Berliner Ensemble (BE) von den Autorinnen Julia Albrecht und Corinna Ponto vorgestellt wurde, ist kein gewöhnliches Buch. Es ist das brisanteste politische Buch dieses Jahres.

Der Verlagsleiter Helge Malchow ist sogar überzeugt, dass dieses Buch Geschichte schreiben wird. Er dürfte Recht haben. Was die Schwester der Terroristin Susanne Albrecht und die Tochter des ermordeten Vorstandssprechers der Dresdener Bank, Jürgen Ponto, vorgelegt haben ist weit mehr als die Aufarbeitung der familiären Tragödie einer Täter- und einer Opferfamilie. Es ist eine neue, für viele überraschende Sicht auf den nationalen Terror der RAF in den 70er Jahren.

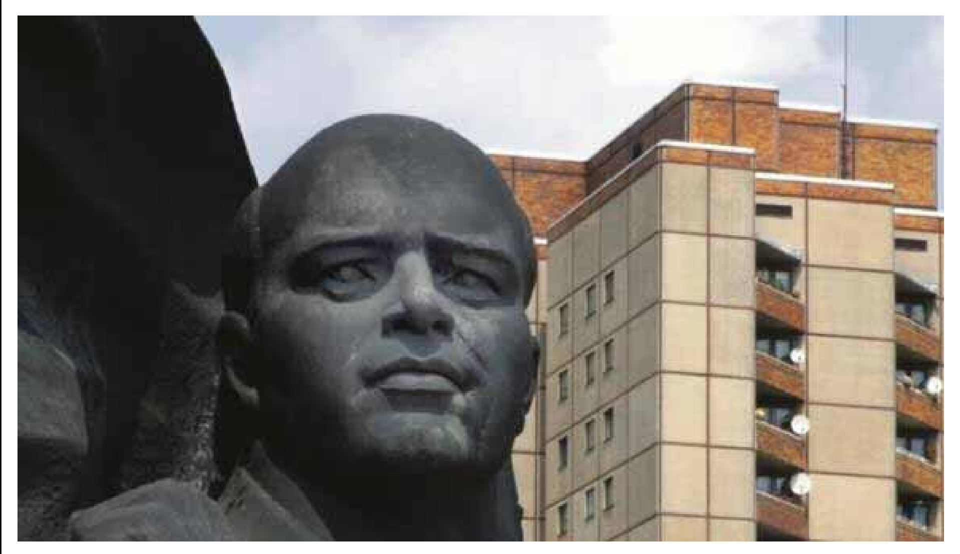
BE-Intendant Claus Peymann, der die Autorinnen in sein Haus eingeladen hatte, fehlte bei der Diskussion. Schade, er hätte viel beitragen können. Peymanns Verbindungen zur RAF waren so eng, dass er nicht nur die Sanierung des Gebisses der Terroristin Gudrun Ensslin bezahlt, sondern dem Terroristen Christian Klar nach dessen Haftentlassung ein Praktikum in seinem Haus angeboten hat. Leute wie Peymann haben dafür gesorgt, dass sich jede Menge Mythen und Legenden um den nationalen Terrorismus ranken, die den Blick auf seine Verbrechen mildern.

Albrecht und Ponto sind dabei, diese Mythen zu enttarnen und die Sicht auf die Geschehnisse frei zu legen. Die RAF war keineswegs eine kleine Gruppe idealistischer junger Leute, die im edlen Kampf gegen das „Schweinesystem“, wie sie die beste Demokratie, die Deutschland je hatte, nannten, zu weit gegangen waren. Die Terroristen waren die Marionetten von Machern, deren Namen nach 30 Jahren immer noch unbekannt sind. In den wenigen überlebenden Akten der Staatsicherheit der DDR finden sich Aufsehen erregende Spuren. Alle RAF-Terroristen waren bei der Stasi registriert. Die Tat von Susanne Albrecht wird in einer Stasiakte als „Einsatz“ bezeichnet.

Die Opfer der RAF-Anschläge, die, mit Ausnahme des Mordes an Ponto, alle nicht aufgeklärt sind, waren herausragende Vertreter der Bundesrepublik, Männer, die in Politik, Wirtschaft und Justiz einen großen Beitrag zur Festigung von sozialer Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Demokratie geleistet haben. Die Botschaft des Buches, dass es sich beim RAF-Terror um eine von Geheimdiensten gesteuerte Aktion gehandelt hat, ist nun in der Welt. Es wird Zeit, dass unsere Medien sie aufgreifen.

Thälmann grüßt 600 Mal

CDU protestiert: Überall in Brandenburg sind noch Straßen nach Kommunistenführern benannt



Wie hier in Berlin sind auch in Brandenburg die Namen von Leitfiguren des Kommunismus im Straßenbild noch allgegenwärtig: Die erst kurz vor der Revolution Ende der 80er Jahre aufgestellte Thälmann-Plastik in Prenzlauer Berg, ein besonders brutales Zeugnis des roten Heroen-Kults

Bild: ddp images

Mehr als 20 Jahre nach der Revolution gegen das SED-Regime sind im Land Brandenburg immer noch zahlreiche Straßen und Plätze nach Kommunisten-Führern benannt. Die CDU-Fraktionschefin im Potsdamer Landtag, Saskia Ludwig, möchte das ändern. Der Eindruck einer „Kleinen DDR“ drängt sich allerdings nicht nur bei der monotonen Aneinanderreihung von Luxemburg- und Thälmannstraßen in Brandenburgs Straßen auf.

Hinter einer Kleinen Anfrage, die CDU-Fraktionschefin Saskia Ludwig am 26. April im Potsdamer Landtag eingebracht hat, verbirgt sich einiger Aufwand für das Brandenburger Innenministerium. Ludwig fordert eine detaillierte Auflistung über die Straßennamen in den 14 Landkreisen und vier kreisfreien Städten des Landes. Die Parlamentarierin sieht einen Teil der Namensgeber kritisch und will eine Überprüfung von Straßen erreichen, die zum Beispiel nach wie vor nach SED-Politikern benannt sind. Vertreter der deutschen Wissenschaft, preußische Künstler und den Widerstandskreis um Claus von Stauffenberg sieht die CDU-Politikerin deutlich unterrepräsentiert.

Die Beispiele, die angeführt werden, sind tatsächlich fragwürdig. Etwa die obligatorischen „Thälmannstraßen“ – der erklärte Feind der Weimarer Republik ziert deutschlandweit noch immer 600 Plätze und Straßen. Ludwig will auch wissen, warum im Potsdamer Ortsteil Glienicke eine Straße nach dem KPD-Funktionär und Chef der Volkspolizei Kurt Fischer benannt ist. Dieser hatte in der Nachkriegszeit eine verhängnisvolle Rolle im Zuge der sogenannten Bodenreform im Land Sachsen gespielt. Selbst in den eigenen Reihen sah sich der Funktionär Vorwürfen der Unterschlagung und Bereicherung ausgesetzt, seine Rolle beim Tod des ersten sächsischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit, Rudolf Friedrichs, ist nach wie vor umstritten.

Die Rolle, die der Kommunist Fischer bei der Ausschaltung von Sozialdemokraten innerhalb der zwangsvereinigten SED gespielt hat, ist hingegen hinreichend geklärt. Dass die SPD, die in Potsdam seit der Revolution durchgängig den Oberbürgermeister stellt, in den mehr als 20 Jahren keinen Anlass gesehen hat, die Ehrung einer so belasteten Figur wie Kurt Fischer zurück zu nehmen, lässt sich nur mit der politischen Kultur und dem Diskussionsklima im Nachwende-Brandenburg erklären.

Seit 1990 haben die regierenden Sozialdemokraten eine wirklich kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-Diktatur vermieden. Zunächst fand dies mit Rücksicht auf Ministerpräsident Manfred Stolpe statt, der sich mit dem Vorwurf einer Zusammenarbeit mit der Stasi ausgesetzt sah. Auch unter seinem Nachfolger Matthias Platzeck und dessen Koalitionspartner, der PDS, dann Linkspartei, hat sich das nicht geändert.

SED-Schergen und Feinde von Weimar weiter geehrt

Schweigen und Verdrängen machen sich nicht nur an Äußerlichkeiten wie Straßennahmen fest. Während Platzeck in den USA versuchte, Wirtschaftskontakte zu knüpfen, holten ihn Schlagzeilen aus der Heimat ein. Mehrere Richter der Brandenburger Justiz stehen im Verdacht, in der Vergangenheit mit dem Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet zu haben.

Während es in einigen Bundesländern inzwischen erste Überlegungen gibt, ob die seit zwei Jahrzehnten arbeitenden Stasi-Beauftragten ihre Aufgabe erfüllt haben und das entsprechende Amt wieder abgeschafft werden kann, hat Brandenburg als letztes Bundesland erst im Februar 2010 überhaupt eine entsprechende Behörde geschaffen. Die Versäumnisse sind erwartungsgemäß groß. Vom neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn wird das Niveau der Debatte in Brandenburg beklagt. Sein Eindruck über den Stand der Brandenburger Diskussion: „Wie Anfang der 90er Jahre“. Die Versäumnisse setzten sich bei der Bildungspolitik fort. Bereits im Jahr 2008 wurde bekannt, dass Brandenburger Schüler Schlusslicht sind, wenn es um Kenntnisse über die SED-Diktatur ging. Der Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat an der Freien Universität Berlin kritisierte, dass bundesweit nirgends die Wissensdefizite so dramatisch groß waren wie bei Brandenburger Schülern.

Aus dem Unterricht war die politische Entwicklung Mitteldeutschlands zwischen 1945 und 1989 weitgehend herausgehalten worden. Die Landeszentrale für politische Bildung führt ein ehemaliges SED-Mitglied. Viele bezweifeln, dass dies die richtige Person ist, um die Defizite in der politischen Aufklärung zu beseitigen.

Befürchtet wird, dass die Antwort des Brandenburger Innenministeriums auf die Anfrage der CDU-Fraktionschefin ohnehin nicht allzu ausführlich ausfällt – die Benennung von Straßen und Plätzen liegt nämlich in kommunaler Verantwortung.

Für Brandenburger Verhältnisse wäre es jedoch bereits ein Fortschritt, wenn überhaupt eine öffentliche Diskussion über die Geschichtsklitterung per Straßenbenennung in Gang kommt. Der CDU-Politiker Jörg Schönbohm war in der Vergangenheit bereits innerhalb der eigenen Partei nicht vorangekommen, als er die anachronistischen Straßennamen und Denkmäler Brandenburgs zum Thema machen wollte. *Norman Hanert*

Grüne bestohlen

Landesschatzmeister von Brandenburg veruntreute 210 000 Euro

Christian Goetjes, Ex-Schatzmeister des Grünen-Landesverbandes Brandenburg und zuletzt auf Platz vier der Landesliste, hat seine Partei von April 2010 bis Februar 2011 um gut 210 000 Euro erleichtert. Der einstige Wirtschaftsstudent aus Hohen Neuendorf bei Berlin hat die Summe veruntreut, wie der Parteivorstand am 3. Mai mitteilte. Bisher war die Partei von nur 40 000 Euro ausgegangen. Den Betrag hatte Goetjes kurz vor seinem Abtauchen am 21. Februar abgehoben.

Der 2009 gewählte Vorstand aus Annalena Baerbock (30) und Benjamin Raschke (28) vertraute dem wenig älteren Goetjes offenbar blind. Der 33-Jährige hatte Baerbock seinen Rücktritt mit der „Belastung durch das Ehrenamt“ begründet, die ihn vom Studium abhalte. Kaum jemandem war aufgefallen, dass er sein Studium längst abgebrochen hatte. Die Wahrheit: Goetjes hatte da bereits eine bulgarische Geliebte, in deren Land die Kapitalströme führen. Wenige Parteifreunde wollen bemerkt haben, dass er wiederholt unangekündigt nach Bulgarien reiste.

Seit September ermittelte die Staatsanwaltschaft Eberswalde, ob die damals schon vom Parteikonto nach Bulgarien überwiesenen mehreren Tausend Euro Schwarzgeld sind. Raschke fassungslos: „Unsere Konten waren stets gedeckt, es gab keine offenen Rechnungen, über die man vielleicht hätte aufmerksam werden können“. Doch: „Auch der Haushalt beruhte auf falschen Zahlen“.

Führung vertraute dem Kassenwart beinahe blindlings

Vom veruntreuten Geld fehlt jede Spur. Mittels Onlinebanking hatte der Schatzmeister Hunderter-Tranchen auf sein Privatkonto überwiesen, versteckt in Sammelüberweisungen mit eigens ausgedachtem Zweck. Goetjes hatte die Pin-Nummer fürs Grünen-Konto und beantragte ohne Rücksprache eine Kreditkarte. Auch im Kreisverband Oberhavel war er Kassenwart. Geld fehlt dort noch länger. Kreisverbandssprecher Thomas von Gizycki: „Es gibt eine Menge Hin- und Her-Überweisungen.“ Seit März ist Goetjes wieder in Berlin, wo er auf seinen Prozess wartet. Bei den Grünen ist er kommentarlos ausgetreten. Der Schaden, mehr als die Hälfte eines Jahresetats (rund 380 000 Euro), macht den Grünen indes nur begrenzt Sorgen: Wegen bundesweit guter Wahlergebnisse gibt die Bundespartei mehr – statt 250 000 Euro nun 268 000. Auch das Wahlbudget ist laut Raschke nicht in Gefahr. Der Rest müsse gespart werden, unter anderem bei Fortbildungen. *SV*

EKM schrumpft

Kirche vergrault Gläubige mit linker Politik

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) verliert beträchtlich an Mitgliedern. Derzeit zählt sie nur noch 860 000 Christen, von denen jährlich rund 5000 weitere austreten. Die EKM umfasst Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Teile Brandenburgs und Sachsens. Pressesprecher Friedemann Kahl sieht in dem fortschreitenden Aderlass jedoch keine dramatische Entwicklung. Ursachen für die Kirchenaustritte hat die EKM ohnehin nicht ergründet. Es gebe nur Vermutungen. Immerhin wird zugegeben, dass auch „Ärger mit der Kirche oder über sie eine Rolle spielen könnte“.

Landesbischöfin Ilse Junkermann produziert vor allem politische Schlagzeilen, die viele Gläubige verärgern. Zu einem Skandal kam es, als im Februar Thilo Sarrazin von der Gesprächsreihe „Halberstädter Abend“ ausgeladen wurde, offenbar auch auf massiven Druck der Landesbischöfin hin. Sie sei erleichtert gewesen, dass die Verantwortlichen „die dringende Bitte aus der Landeskirche“ gehört hätten, so Junkermann damals. Zuvor hatten ein christliches Aktionsbündnis „Kein Podium für Sarrazin in der Kirche“ und die „Arbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus“ eine Absage der Veranstaltung gefordert. Als daraufhin der jüdische Professor Michael Wolffsohn seine Teilnahme an derselben Gesprächsreihe ebenfalls absagte (die *PAZ* berichtete), wurde Sarrazin kleinlaut wieder eingeladen.

Empörung erntete Junkermann auch mit ihrem Aufruf zur Versöhnung der SED-Opfer mit den Tätern. Christen, die in der DDR drangsaliert worden seien, dürften „die Verantwortlichen dafür heute nicht verurteilen“. Die Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft wiesen die Forderung umgehend zurück. *Hans Lody*

(siehe Kommentar Seite 8)

Eintritt für Sanssouci?

Hartmut Dorgerloh, Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, möchte ab 2013 ein Eintrittsgeld von zwei Euro für den Besuch des Schlossparks Sanssouci erheben. Tatsächlich verdient die Stadt Potsdam bereits jetzt enorme Summen an den Touristen, die Sanssouci besuchen. Sie würden ausreichen, den Park angemessen zu pflegen, kommen der Stiftung aber nicht vollständig zu Gute. Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) zeigte wenig Sympathien für den Vorschlag: „Diese Pläne sind völlig indiskutabel. Hände weg vom Eintrittsgeld, so klar ist die Botschaft.“ Allerdings wolle die Stadt nicht für die steigenden Instandhaltungskosten aufkommen. Jakobs: „Eigentlich gibt es nur einen Weg: Bund und die beiden Länder Berlin und Brandenburg müssen ihre Zuschüsse erhöhen.“ Warum die Stadt, deren Hauptattraktion Schloss und Gärten sind, nicht für deren Erhalt aufkommen will, begründete Jakobs nicht. *H.L.*

Zeitzeugen



Bernd Busemann – Der 1952 in Dörpen geborene Emsländer ist seit 2008 Niedersachsens Justizminister. Auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur nachträglichen Sicherungsverwahrung in Deutschland reagierte er mit der Versicherung: „Der Niedersachse bleibt stur. Ich lasse keinen raus.“

Jean-Paul Costa – Der 1941 in Tunis geborene Franzose leitete während der Amtszeit des sozialistischen Bildungsministers Alain Savary dessen Büro. 1998 entsandte ihn die Regierung des sozialistischen Premiers Lionel Jospin an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Seit 2007 ist er dessen Präsident. In seine Amtszeit fällt das umstrittene EGMR-Urteil, dass ein Kruzifix in Klassenzimmern gegen die Menschenrechtskonvention verstoße.



Rainer Wendt – Der 1956 in Duisburg geborene Polizeihauptkommissar ist seit 1973 aktiv im Polizeidienst tätig. Das CDU-Mitglied wurde 2007 als Nachfolger von Wolfgang Speck zum Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft gewählt. Die Linke brachte er unter anderem damit gegen sich auf, dass er den Bundestagsvizepräsidenten als „personifizierte Beschädigung des Ansehens des deutschen Parlaments“ und „Totalausfall“ bezeichnete.

Andreas Voßkuhle – Erst nachdem die Union den SPD-Wunschkandidaten Horst Dreier abgelehnt hatte, wurde der 1963 in Detmold geborene Jurist 2008 zum Bundesverfassungsrichter gewählt. Nach dem manchen zu EU-kritischen Lissabon-Urteil seines Senats wurde er Kommentatoren zufolge vorsichtiger. So wurde er 2010 planmäßig zum Präsidenten des Verfassungsgerichts gewählt.



Volkmar Schöneburg – Der 1958 in Potsdam geborene Politiker der Partei „Die Linke“ ist seit 2009 der erste deutsche Justizminister der SED beziehungsweise ihrer Nachfolgepartei seit 1967. Bereits in den „Eckpunkten für ein Konzept zur Inneren Sicherheit im Land Brandenburg“ der brandenburgischen Linken-Fraktion aus dem Jahre 2009 sprach sich der brandenburgische Minister auf insgesamt drei Seiten für „Helfen statt Wegschließen!“ aus.

Föderales Chaos droht

Sicherungsverwahrung: Wenn Berlin nicht schnell reagiert, kommt das Durcheinander

Die Sicherungsverwahrung verstößt nach Überzeugung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) gegen das Grundgesetz. Die obersten deutschen Richter begründen ihr aktuelles Urteil zur nachträglichen Haft für Sexual- und Gewalttäter damit, dass deren spätere Haft sich nicht deutlich genug von einer Strafhaft unterscheide.

Mit diesem Abstandsgebot macht sich das Gericht im Kern die Auffassung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zu eigen. Experten werten die neuen Vorgaben dennoch als Versuch, für Deutschland einen rechtlichen Mittelweg zwischen Schutz der Öffentlichkeit und den Rechten des Einzelnen zu begründen. Bis Juni 2013 muss die Bundesregierung neue Gesetze für ein „freiheitsorientiertes und therapiegerichtetes Gesamtkonzept“ umsetzen. Nur besonders gefährliche Sicherungsverwahrte dürfen eingesperrt bleiben. Dazu gehört, wer eine „hochgradige Gefahr schwerster Gewalt- oder Sexualstraftaten“ attestiert bekommt und dabei an einer „zuverlässig nachgewiesenen psychischen Störung“ erkrankt ist. Die Verfassungsrichter legen der deutschen Politik einen Aufgabenkatalog vor: Zur Sicherheit der Allgemeinheit Weggeschlossene müssen künftig von Fachpersonal therapeutisch betreut werden. Ihr Haft-Dasein soll „den allgemeinen Lebensverhältnissen angepasst“ verlaufen. Eine Unterbringung ist künftig nur getrennt von regulärer Haft erlaubt, nicht zwangsläufig in einem eigenen Gebäude, aber in einem anderen Bereich. Familienbesuch und soziale Kontakte sind fester Bestandteil der Vorgaben. Ein verurteilter Straftäter müsse sich auch darauf verlassen können, dass das Strafmaß nicht nachträglich geändert werde, so der Tenor des Gerichts.

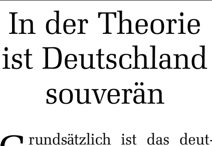
> »Sicherheit der Bürger muss im Auge behalten werden«

„Bei allen schützenswerten Grundrechtsbelangen der Täter muss das Sicherheitsinteresse der Bevölkerung im Auge behalten werden“, reagiert der Vorsitzende des Europaausschusses des Bundestages, Gunther Krichbaum (CDU), auf das Urteil. Er begrüßt wie die Mehrheit der Politiker den Richterspruch, sagt, die Politik solle umgehend Beratungen aufnehmen. Anwälte, die Verwahrte vertreten, betonen dagegen, die seit dem Urteil politisch wieder diskutierte Fachbetreuung lange gefordert zu haben.

Bauliche und personelle Veränderungen stehen so vor allem den Bundesländern bevor. „Auf die Länder kommen – wie erwartet – immense Kosten zu. Das können wir nicht im Alleingang stemmen“, sagte Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke). Er hat mit seinem Berliner Kollegen ein Eckpunkte-Papier erarbeitet, das sich aber am Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte orientiert, nicht am höchsten deutschen Richterspruch. Beide Länder wollen Sicherungsverwahrung vermeiden und durch Betreuung ersetzen. Nordrhein-Westfalens Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) stößt bereits auf Bürgerproteste bei der Suche nach einem neuen Standort für Verwahrte. Die Landesregierung kann „ihre“ Häftlinge nur plangemäß am neuen Standort unterbringen, wenn sich die Kommunen nicht querstellen. Niedersachsens Justizminister Bernd Busemann (CDU) lehnt eine zentrale Bundeseinrichtung ab, arbeitet an eigenen Landesregeln. Darin enthalten sind größere Zellen ohne Gitter vor den Fenstern. Busemann rechnet mit 50 Plätzen und mehreren Millionen Euro Kosten. Wenn sich die Bundespolitik nicht einschaltet, droht eine ungeregelte Folge unterschiedlichster Landesgesetze, noch bevor die Gesamtkosten feststehen. „Wenn 300 Gefährder aus der Haft entlassen werden sollten, kostet die Überwachung den Staat bis zu 600 Millionen Euro“, rechnete Rainer Wendt von der Deutschen Polizeigewerkschaft vor. *SV*



Justizvollzugsanstalt Diez: Der verurteilte Mörder Harald Poscher, der seit sieben Jahren einsitzt, treibt Frühsport. Bild: T. Silz/ddp



In der Theorie ist Deutschland souverän

Grundsätzlich ist das deutsche Bundesverfassungsgericht nicht an Urteile europäischer Gerichte gebunden. Karlsruhe pocht auf die unveräußerliche nationale Souveränität Deutschlands. In ihrem Urteil zum Maastrichter Vertrag von 1993 hielten die höchsten deutschen Richter fest, dass Deutschland als souveräner Staat „Ewigkeitscharakter“ besitze.

Damals ging es konkret um die Frage, ob die kommende europäische Einheitswährung eines Tages rückabgewickelt werden könnte oder nicht. Kanzler Kohl hatte die Währungsunion wiederholt „irreversibel“, das heißt: nie rückgängig zu machen, genannt. Dem widersprachen die Richter mit Hinweis auf Deutschlands staatliche Souveränität, aufgrund derer sich Karlsruhe auch das Recht zur Überprüfung aller EU-Normen vor ihrer Anwendung in Deutschland vorbehält. Bei ihrem Urteil zum Lissabonner EU-„Verfassungsvertrag“ bekräftigten die Richter dies erneut.

> Karlsruhe behält sich Prüfung vor

In der Praxis jedoch legte sich Karlsruhe selbst hohe Hürden für den Stopp von EU-Normen. Dafür müssten sie sehr schwerwiegend gegen deutsche Rechtsnormen verstoßen, heißt es. Was das konkret bedeutet, wurde bislang nicht klar. Karlsruhe fürchtet offenbar, von der Politik als Bremser der europäischen Integration bezeichnet zu werden.

Wegfallen könne der Souveränitätsvorbehalt nach Auffassung eines Karlsruher Richters nur, wenn das Grundgesetz durch eine gänzlich neue Verfassung ersetzt wird. Das steht nach Vollzug der deutschen Vereinigung 1990 ohnehin seit über 20 Jahren aus. Doch dafür müsste dem deutschen Volk eine Verfassung zur Abstimmung vorgelegt werden, was die Berliner Politik fürchtet wie kaum etwas. *H.H.*

Schärfstes Schwert

Sicherungsverwahrung gibt es bereits seit über 200 Jahren

Das Instrument der Sicherungsverwahrung als „freiheitsentziehende Maßregel der Besserung und Sicherung“ hat im deutschen Strafrecht eine lange Tradition. Bereits im Jahre 1794 plädierte der Initiator des Preußischen Landesrechts, Ernst Ferdinand Klein, dafür, „Diebe und andere Verbrecher, welche wegen ihrer verdorbenen Neigungen wegen des gemeinen Wesens gefährlich werden könnten“, auch nach Verbüßung ihrer Strafe so lange nicht zu entlassen, bis nachgewiesen sei, dass „sie sich auf eine ehrliche Art zu ernähren im Stande sind“. Die Erwartung, Wiederholungstäter durch eine ungewiss lange Inhaftierung abzuschrecken, erfüllte sich jedoch nicht. Die Formulierung des damaligen Gesetzes hat allerdings im Kern Eingang in die heutige Gesetzgebung gefunden.

Prägender für die Entwicklung der Sicherungsverwahrung war ein Gesetzentwurf von Carl Stooss, des geistigen Schöpfers des schweizerischen Strafgesetzbuches, aus dem Jahre 1893. Danach waren das Vorleben des Straftäters, seine Erziehung, Familienverhältnisse und die Strafakte zu berücksichtigen. Deuteten diese Faktoren darauf hin, dass Verbrecher nach Verbüßung ihrer Strafe rückfällig werden würden, sollten sie für eine längere Zeit in Verwahrung bleiben. Damit weist Stooss' Gesetzestext bereits Parallelen zum Paragraphen 66 des heutigen Strafgesetzbuches auf.

Bemühungen, die Sicherungsverwahrung in das deutsche Strafgesetzbuch zu übernehmen, kamen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik nicht über Gesetzentwürfe hinaus. Erst mit dem sogenannten Gewohnheitsverbrechergesetz vom 24. November 1933 wurden diese Reformpläne realisiert. Das Gesetz sah für „gefährliche Gewohnheitsverbrecher“ eine Strafverschärfung und die verpflichtende Sicherungsverwahrung vor. Die Unterbringung war nicht befristet und war im Abstand von drei Jahren durch das Gericht zu überprüfen. Diese Regelungen galten nach 1945 zunächst weiter. Während sie in der DDR durch andere, wenn auch ähnliche, Maßnahmen ersetzt wurden, wurden in der Bundesrepublik die auf das Gewohnheitsverbrechergesetz zurückgehenden Vorschriften über die Sicherungsverwahrung 1953 in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Im Jahre 1970 erfolgte eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzes, welche die Voraussetzungen für die Sicherungsverwahrung verschärft wurden. Diese gilt seitdem als das schärfste Instrument gegenüber Straftätern.

> Schutz der Gesellschaft steht im Vordergrund

Bis 2002 konnte die Sicherungsverwahrung nur im Strafurteil verhängt werden. Seitdem hatte das Gericht die Möglichkeit, sich die Verwahrung im Urteil vorzubehalten und später darüber zu entscheiden. Eine generelle nachträgliche Sicherungsverwahrung ist erst seit Anfang 2004 möglich. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erklärte dies Ende 2009 für „ausnahmslos menschenrechtswidrig“. Am 1. Januar 2011 trat eine Neuordnung der Sicherungsverwahrung in Kraft, die das Bundesverfassungsgericht am 4. Mai zusammen mit allen anderen Vorschriften zur Sicherungsverwahrung für verfassungswidrig erklärt hat. *Jan Heitmann*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chef vom Dienst: Dr. Jan Heitmann; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper. **Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4863**

Akademische Kompetenz Nebensache

Muslimischer Beirat bestimmt über Lehrinhalte islamischer Theologie an deutschen Universitäten

Das Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen soll schon im Herbst mit 40 Studenten seinen Betrieb aufnehmen. Für das erste von vier bundesweit geplanten Instituten dieser Art wurde nun der wissenschaftliche Beirat bestimmt. In dem siebenköpfigen Gremium werden allein drei Vertreter der türkischen „Religionsbehörde“ „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) sitzen.

Der Bund und das Land Baden-Württemberg fördern das islamische Zentrum schon im ersten Jahr mit jeweils 1,3 Millionen Euro. Umso mehr erregte die Besetzung des mächtigen Institutbeirates in Wissenschaftskreisen Erstaunen. Noch in den letzten Monaten ihrer Regierungszeit hat die CDU-Landesregierung ein Gremium in die Welt gesetzt, das einerseits ausschließlich von Muslimen besetzt und dessen wissenschaftliche Qualifikation andererseits eher zweifelhaft ist.

Die Zusammensetzung des Beirates folgte den Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Dieser setzte nur bei zweien der sieben Mitglieder akademische Erfahrung und eine entsprechende Laufbahn voraus, wie die Universität Tübingen offiziell mitteilte. Der größere Teil der Beiratsmitglieder studiert derzeit entweder noch oder hat ausländische Ausbildungsgänge absolviert.

So etwa Serkan Ince, der derzeit im Fach Religionswissenschaften an der Universität Bayreuth eingeschrieben ist. Oder Muhamed Bascelic, ein Promotionsstudent der Tübinger Universität, der gleichzeitig Generalsekretär der islamischen „Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland e.V.“ ist. Ohne jeglichen akademischen Hintergrund dagegen ist Ismail Kuvvet, ein staatlich anerkannter Jugend- und Heimerzieher, der derzeit das deutsch-türkische Bildungszentrum in Herrenberg leitet. Vorsitzender des Gremiums wird Suleyman Tenger sein. Er ist „Religionsbeauftragter“ an der Zentral-Moschee der DITIB. Nach seinem Studium der islamischen Theologie in Ankara versucht er nun, einen Doktorgrad an der Universität Bayreuth zu erwerben, deren Promotionsverfahren durch die Ereignisse um die Guttenberg-Affäre nicht gerade einen renommierten Ruf haben.

Nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates sollen die DITIB mit drei Stimmen sowie die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken (IGBD) und der Landesverband der islamischen Kulturzentren (VKZ) mit je einer Stimme vertreten sein. Zwei nicht organisierte Muslime, die sich damit in einer kleinen Minderheit befinden, werden vom Rektor der Universität vorgeschlagen. Entscheiden soll der Beirat in „bekenntnisrelevanten Fragen“, womit alle zentralen Inhalte gemeint sind. Auch mögliche islamistische Tendenzen könnten so offiziell legitimiert werden. Der Beirat ist zwar an der Berufung von Professoren und Dozenten nicht direkt beteiligt, muss aber seine Zustimmung für jeden gewählten Kandidaten geben, womit er de facto ein mächtiges Veto-Recht besitzt.

> Für eine kritische Wissenschaft bleibt kein Raum

Dass die türkische „Religionsbehörde“ DITIB in einem akademischen Gremium Deutschlands eine so mächtige Position erhält, ruft Kritik hervor. Die Regelung eröffnet dem türkischen Staat und islamistischen Kreisen der Türkei den direkten Zugriff auf den Religionsunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland oder in Moscheen. Kritisiert wird zudem aus akademischen Kreisen der einmalige Vorgang, dass hier Studenten – und seien es auch Promotionsstudenten, von denen bekanntlich zwei Drittel ihren Abschluss nicht erreichen – über die Berufung von Professoren entscheiden. Umgekehrt verweigert die Türkei christlichen Kirchen sowohl den Religionsunterricht an ihren Schulen als auch die Ausbildung von Priestern oder Pastoren.

Ob das viel zitierte „Austarieren“ von islamischer Theologie und Wissenschaft gelingt, erscheint mehr als zweifelhaft. Im Lehrplan der vier geplanten islamischen Zentren – außer in Tübingen ist je eines in Münster-Osnabrück, Erlangen-Nürnberg und Frankfurt-Gießen vorgesehen – ist für eine kritische Wissenschaft kein Raum. Es sollen gelehrt werden: Koran und Koranlesung, islamische Glaubenslehre, Hadith-Wissenschaft (Überlieferung über Mohammed), islamisches Recht und Geschichte. Mit dem Fach „Islamwissenschaften“, das schon seit mehreren Jahrzehnten an deutschen Hochschulen existiert, ist bisher keine Kooperation geplant. Zwischen der religionskundlich orientierten Islamwissenschaft und den neuen Zentren für islamische Theologie, die den Glauben vermitteln wollen, scheint ein unüberbrückbarer Graben zu bestehen.

Schneller als gedacht könnte so auch die Hoffnung derer enttäuscht werden, die auf einen kritischen „Euro-Islam“ oder eine integrierende Wirkung der neuen islamischen Zentren gehofft hatten. Seit März sind die Stellen der vier zu berufenden Professoren ausgeschrieben. Voraussichtlich werden sie nur mit Personen aus dem Ausland besetzt werden können. Immerhin werden zumindest englische und deutsche Sprachkenntnisse von den Bewerbern verlangt, um mögliche kulturelle Gräben etwas zu überbrücken. *Hinrich E. Bues*


Ferngesteuert aus Ankara: Eine integrierende Wirkung der universitären Islamzentren ist nicht zu erwarten. Bild::PA

MELDUNGEN

Unzufriedenheit steigt drastisch

Berlin – In einer jüngsten Forsa-Umfrage äußerten sich 35 Prozent der Deutschen pauschal unzufrieden mit der Politik, so viele wie noch nie bei einer Umfrage des Instituts. Zum Vergleich: 1994 waren es nur elf Prozent. Damit rangiere das Problem noch vor Arbeitslosigkeit (26 Prozent), Atomausstieg (24) und Inflation (20), berichtet der „Stern“. Danach meinen nur noch 37 Prozent, dass die Politiker ihre Arbeit gut machen, 56 Prozent denken das Gegenteil. 69 Prozent halten die Politiker für überfordert, nur 26 Prozent glauben, dass sie ihren Aufgaben gewachsen sind. Laut der Befragung finden nur noch 13 Prozent, dass die Politiker eine klare Linie verfolgen, 83 Prozent meinen dagegen, dass sie zu sprunghaft seien. Dies empfinden vor allem Anhänger von FDP (94 Prozent) und SPD (90). *H.H.*

Stasi-belasteter SPD-Kandidat

Brandenburg / Havel – SED-Opferverbände sind entrüstet darüber, dass die SPD in Brandenburg / Havel weiter an einem Stasi-Spitzel als Oberbürgermeisterkandidaten festhält. Nobert Langerwisch soll laut „Welt“ in der DDR-Zeit Informationen an die Staatssicherheit weitergeleitet haben. Es sei ein Skandal, dass jemand, der in der DDR Leute verraten habe, heute Karriere machen dürfe, so die Opferverbände. Langerwischs 51-seitige Stasi-Akte belastet den Sozialdemokraten offenbar schwer. Die SPD steht dennoch zu ihrem Kandidaten. Unterdessen hat es Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) abgelehnt, die Richter des Landes auf eine Stasi-Tätigkeit hin zu untersuchen. Dies hatte der neue Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, gefordert. *H.H.*

Taufe als Protest

Iraner in Deutschland wenden sich dem Christentum zu

Dieses Jahr feiert die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) das Jahr der Taufe. Während das Ritual der Aufnahme in die christliche Gemeinschaft bei Kindern nach neuesten Zahlen seit Jahren erstmals wieder leicht gestiegen ist, stagniert die Zahl protestantischer Erwachsenentaufen. Bisher suchten vor allem Bürger aus den neuen Ländern im Erwachsenenalter Aufnahme in den Kreis der Protestanten.

Seit neuestem kommen Exil-Iraner hinzu. Sie treten in wachsender Zahl zum Christentum über, aus unterschiedlichen, meist ernsten Motiven, so die Erfahrungen aus Kirchenkreisen. „Vor vier Jahren waren es etwa 60, vor drei Jahren etwa 100, vor zwei Jahren dann 150 bis 180, vor einem Jahr über 200 und in diesem Jahr um die 400“, sagte Pastor Hans-Jürgen Kutzner dem Sender „Hit-Radio Antenne Niedersachsen“ über die von ihm betreuten Täuflinge iranischer Herkunft. Der Seelsorger der hannoverschen Landeskirche nimmt bis zu 60 dieser Täuflinge zusammen in einem Gottesdienst auf. Eine solche Zeremonie kann leicht drei Stunden dauern. Kutzner vertritt den Anspruch, keine schnelle Massenabfertigung durchzuführen. Jeder werde in den Arm genommen und „als Mitglied der weltweiten Familie von Jesus Christus“ willkommen geheißen, so der Pastor.

Kutzner, Jahrgang 1951, schrieb 2009 ein Buch über „Liturgie als Performance“, war vor seinem Theologie-Studium freier Bildhauer und ist seit 2003 Beauftragter der Hannoverschen Landeskirche für die Seelsorge an Iranern. Eine aktive Mission ist ihm zufolge unter den persischstämmigen Christussuchenden nicht nötig. Sie werde auch nicht betrieben, versichert er. Die Tauf-Kandidaten kämen von allein aus ganz Deutschland nach Hannover. Bei vielen sei das Motiv „negative Erfahrungen mit der Form von Islam, die sie im Iran kennengelernt haben“, so Kutzner. Oft hätten Taufwillige als Teilnehmer studentischer und regimekritischer Demonstrationen in ihrer Heimat die dunklen Seiten des iranischen Systems durchlitten. „Sie sind ohne Verfahren verhaftet worden, viele sind auch gefoltert worden – das alles geschieht im Iran dann immer auch ausdrücklich im Namen Allahs, des Allbarmherzigen“, so der Pastor.

> Negative Erfahrungen mit dem Islam als Motiv

Die Taufentscheidung bekommt vor diesem Hintergrund den Stellenwert eines politischen Signals. Sie kann als Bekenntnis zur Opposition oder zu einem anderen Umgang mit Glauben gedeutet werden. Die Täuflinge sind nach Erfahrungen der Landeskirche mehrheitlich gut ausgebildete Männer von 25 bis 45 Jahren. Aber auch Akademikerinnen verlassen ihre Heimat, um sich hier dem Christentum zuzuwenden. Es ist ein riskanter Schritt, den manche nicht einmal ihren Freunden und Mit-Exilanten mitteilen, aus Angst vor dem iranischen Geheimdienst. Im Iran droht denen, die sich vom Islam abwenden, die Todesstrafe. „Bei manchen kann es gut gehen, bei anderen kann es so sein, dass sie dann plötzlich verschwunden sind“ sagt Kutzner über die Zurückgekehrten. Der Übertritt schützt nicht vor einer Abschiebung aus Deutschland. Dennoch hoffen vereinzelt Exil-Iraner mit laufenden Asylverfahren, durch die Taufe in Deutschland bleiben zu dürfen. Sie stellen laut Kutzner nicht das Gros der Täuflinge. Dass sich ihre Chance zu bleiben so nicht erhöht, muss er ihnen dann mitteilen. *SV*

»Ärzte-Navi« startet positiv

Von Medizinern befürchtete Schmähung im Internet blieb aus

Jahrelang hatten sich Deutschlands Ärzte gegen ein Bewertungsportal im Internet, das die AOK schon 2009 angekündigt hatte, vehement gewehrt. Sie befürchteten, dass sie Beschimpfungen und Schmähungen ausgesetzt sein könnten, ähnlich wie es schon bei Online-Bewertungen für Lehrer vorgekommen ist. Ihr Image als „Halbgötter in Weiß“ möchten die Mediziner bewahrt wissen.

Nun ist der „Ärztenavigator“, ein Gemeinschaftsprojekt von AOK, der Barmer Ersatzkasse, den Dachverbänden der Patienten- und Verbraucherorganisationen sowie dem Betreiber Bertelsmann Stiftung im Netz abrufbar. Hier haben Patienten die Möglichkeit, sich einen Arzt in ihrer Nähe zu suchen, zum Beispiel nach einem Umzug in eine andere Stadt, oder sich die Bewertung ihres Arztes durch andere Patienten anzusehen. Der Vorteil des Arzt-Navigators gegenüber anderen Bewertungsportalen, die es auch bisher schon im Internet gab, ist, dass er keine freien Formulierungen zulässt. Die Beurteiler müssen einen 33-Fragen-Katalog durch Ankreuzen beantworten. Zur Bewertung zugelassen sind bislang nur die Versicherten von AOK und Barmer EK, die sich mit ihrer Versichertennummer anmelden müssen. Mehrfachbewertungen sind ausgeschlossen und auch ein Missbrauch ist durch die Identifizierung unterbunden. Befragt werden die Patienten nach Kriterien wie „Praxis und Personal“, „Arztkommunikation“ und „Behandlung“. Patienten können angeben, ob sie lange warten mussten, ob Privatpatienten bevorzugt wurden und ob sie sich gut beraten fühlten. Laut AOK sind die Fragen positiv formuliert und verleiten Patienten nicht dazu, ihren Frust abzuladen.

> Keine Abstimmung wie bei »Deutschland sucht den Superstar«

Dennoch fürchten Ärzte, dass sie unfair bewertet werden könnten, denn „wer schlechte Erfahrungen gemacht hat, meldet sich. Wer zufrieden ist, kümmert sich nicht weiter“, äußert Dr. Hans Irmer aus Ahrensburg, Sprecher der Stormarner Ärzte. Zudem sei es in der Regel einem Patienten nicht möglich, die fachliche Kompetenz eines Arztes, wie es mit der Hygiene in der Praxis aussieht und ob die Geräte auf dem neuesten Stand sind, zu beurteilen. Dies könnten nur die ärztlichen Körperschaften und die zuständigen Stellen gewährleisten. Über gute Mediziner könne man nicht abstimmen wie bei „Deutschland sucht den Superstar“ lautet die Kritik. Die Bundesärztekammer kündigte eine genaue Überprüfung des Ärztenavigators an.

Die Sorge der Ärzte scheint indessen unbegründet zu sein, denn der Ärzte-Navi wurde bei 45 000 Versicherten in Thüringen, Hamburg und Berlin getestet. Mit sehr positiven Ergebnissen: 91 Prozent der Patienten würden ihren Hausarzt weiterempfehlen, bei den Fachärzten waren es 82 Prozent.

Dass das Bewertungsportal für niedergelassene Ärzte und Patienten hilfreich sein kann, sieht auch Bundesärztekammer-Vizepräsident Frank Montgomery. Die Einschätzungen könnten zu mehr Patientenorientierung und -zufriedenheit beitragen, wenn die Bewertungen fair erfolgten.

Es wird wohl noch einige Zeit brauche, bis eine deutschlandweite Arztsuche übers Internet möglich ist, denn der Ärzte-Navi zeigt erst dann eine Bewertung an, wenn mindestens zehn Patienten eine abgegeben haben. Zur Zeit haben zumindest auf dem AOK-Portal nur wenige Ärzte genügend Einträge. *M. Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Tankstellen geschlossen

Süd-Ossetien – Anfang Mai ging der Kaukasusrepublik das Benzin aus. Tankstellen blieben sogar für einige Tage geschlossen. Grund für die Notlage war, dass die Lieferungen aus Russland nach Süd-Ossetien ausgeblieben waren. Der gestiegene Preis für Einfuhrzölle stellt das arme Land vor große Probleme. Waren bisher 239 Dollar pro Tonne zu berappen, sind es seit dem 1. Mai 408 Dollar. Einige Privatunternehmen beziehen zwar Treibstoff auch aus Bulgarien, Rumänien und der Türkei, doch sind sie nicht in der Lage, alle Tankstellen mit Benzin zu versorgen. Süd-Ossetien wird weiterhin von Lieferungen aus Russland abhängig bleiben. *MRK*

Wohnungssteuer für Ausländer

Paris – Allen politischen Beteuerungen von einem Zusammenwachsen Europas zum Trotz denkt die französische Regierung streng national, wenn es darum geht, ihre Staatskasse zu füllen. Ausländer sollen zukünftig eine Sonderabgabe für ihre Ferienimmobilien in Frankreich entrichten müssen. Haushaltsminister François Baroin hat dazu einen Gesetzentwurf erarbeitet. Damit soll die Haushaltslücke geschlossen werden, die durch die geplante Reform der Vermögensteuer ISF und die Abschaffung der Steuerdeckelung für Großverdiener entstehen würde. Keinesfalls wolle man, so Baroin, nicht in Frankreich ansässige Immobilienbesitzer stigmatisieren. Man wolle sie aber zur Kasse bitten, weil sie die „nationalen öffentlichen Dienste" nutzten, ohne diese zu finanzieren. Schon jetzt müssen sie zusätzlich zur Grundsteuer eine Wohnungssteuer entrichten. Die geplante Sondersteuer soll 20 Prozent des Mietwertes der Immobilie betragen. *J.H.*

Milliardenverträge in Gefahr

Innerrussischer Streit um Gaddafi – In Nahost verliert Moskau zahlungskräftige Kunden

Russlands Präsident Dmitrij Medwedew entließ seinen Botschafter in Lybien, weil der es gewagt hatte, an die wirtschaftlichen Interessen russischer Firmen dort zu erinnern. Doch was der Botschafter für Lybien aussprach, trifft auch für andere arabische Länder zu, in denen Russland – zumindest wirtschaftlich – an Einfluss verliert.

Russlands Hauptopfer arabischer Unruhen, Wladimir Tschamow, 1955 in Moskau geboren, ist russischer Diplomat mit der solidesten Nahosterfahrung. Nach erfolgreichen Einsätzen im Tschad, Tunesien und Irak war er seit 2008 Botschafter in Libyen, von wo ihn Präsident Medwedew abberief – wegen „Unfähigkeit" und „unter Aberkennung aller Ränge und Ehren". Dahinter stand die UN-Resolution 1973 vom 17. März zur Flugverbotszone über Libyen, der Russland nicht zustimmte – wie China, Deutschland und andere –, gegen die es aber auch kein Veto einlegte. Deswegen nannte der Botschafter seinen Präsidenten telegrafisch einen „Feigling", worauf der ihn ganz undiplomatisch feuerte. So streute es der Geheimdienst unters Volk.

Wieder in Moskau, bestritt Tschamow, umgehend zum Medienliebling avanciert, zwar den Ausdruck „Feigling", memorierte aber seinen Klartext an Medwedew: „Ich betonte in meinem Telegramm, dass wir mit Libyen engstens kooperieren und es nicht in Russlands Interesse liegt, einen solchen Partner zu verlieren. Russische Konzerne haben auf Jahre hinaus sehr profitable Verträge über Milliarden Euro geschlossen, die sie nun verlieren werden. In einem gewissen Sinne kann man das als Verrat an Russlands Interessen auffassen."

Damit begann ein innerrussischer Streit, der seit Wochen anhält und nichts und niemanden verschont: Russische Freiwillige wollen für Gaddafi kämpfen, denn „die ganze Operation gegen ihn ist eine gigantische Lüge wie alle früheren Aktionen der USA und der Nato gegen souveräne Länder". Die Duma billigte Russlands Enthaltung, Premier Putin nannte die UN-Resolution eine Aufforderung zum „Kreuzzug", was Präsident Medwedew wütend zurückwies, Ex-Botschafter Tschamow aber als „nahe an der Wahrheit" lobte. In international angesehenen Fachblättern wie „Russland in der Globalpolitik" sind russische Nahostexperten dabei, den Wutausbruch des Diplomaten als berechtigte Kritik zu untermauern. Dabei werden immer wieder fünf grundsätzliche Aspekte betont.



Profit ist alles: Russen demonstrieren in St. Petersburg gegen den „Kreuzzug" in Libyen. Bild: ddp images

Zum ersten ist da der weltpolitische Blickpunkt: Russlands Reserviertheit gegenüber arabischen Aufständischen wird nur noch von Israel geteilt, aber die Gegnerschaft gegen Israel ist das letzte einigende Band unter Arabern, was Russland in naher Zukunft ungewollt und bitter spüren wird. Zum zweiten ist Russland dabei, in ganz Nahost altbewährte Partner und zahlungskräftige Kunden zu verlieren. Hier rächt sich jüngste russische Unentschlossenheit in der Uno, die Araber als Verrat an jahrzehntelangen Freundschaftsbekundungen aus Moskau empfinden. Mehr noch: Exakt 20 Jahre nach dem Zerbrechen der UdSSR muss Moskau damit rechnen, dass die arabischen Unruhen auf das „nahe Ausland" der islamischen Ex-Sowjetrepubliken überschwappen. Totalitarismus, Massenarmut und Korruption sind in Nahost so endemisch wie in der GUS, und wenn es in der erst kracht, wird keine „samtene Revolution" wie weiland in Prag herauskommen, warnt Michail Margelow, Duma-Abgeordneter und Medwedews Afrika-Berater. Zum dritten können die Russen bereits nahöstliche Milliardenverluste berechnen. Nach dem Irakkrieg von 2003 dauerte es sechs Jahre, bis die Firma „Lukoil" im Irak erneut Ölgeschäfte tätigen konnte. In Libyen werden Russen vermutlich nie wieder auftauchen, weil die dortigen Aufständischen Ölgeschäfte lieber mit „Shell" tätigen. Und die mit Jemen und Algerien noch unlängst geschlossenen Verträge über Öl- und Gaserschließung platzten wie Seifenblasen, seit vor Ort Demonstranten die Straße regieren. Viertens hat Russland Riesenverluste bei Waffengeschäften zu gewärtigen. Anfang Mai stornierte Indien Aufträge über elf Milliarden Dollar – zeitlich letzter Rückschlag nach vielen vorherigen. Mit Libyen schloss Russland 2009 Milliardenverträge ab, mit Jemen 2010, aber 2011 fragt sich Moskau, ob und wann es Geld sehen wird. Einstige sowjetische Marinebasen in Libyen und Jemen wollen dortige Machthaber reaktivieren, denen gerade dortige Aufständische das Halali blasen. Im syrischen Tartus unterhält Russland seit 1971 seine letzte Basis „im fernen Ausland", die 2010 vertraglich aufgewertet wurde, aber demnächst an der syrischen Opposition und deren Protektor Saudi-Arabien scheitern dürfte. Und ähnliche Pleiten mehr: Ein grober Überschlag ergibt, dass sich die Verluste aus entgangenen Öl- und Waffengeschäften auf mindestens 25 MIlliarden Euro belaufen. Hinzu kommen russische Ausgaben für die Schulung ziviler und militärischer „Kader" an Moskauer Hochschulen und weitere Altlasten aus Sowjetzeiten.

Unruhen könnten auf Ex-Sowjet-Republiken übergreifen

„Waggons voll Geld" (so Moskauer Blätter) braucht Russland fünftens, falls es Tausende Landsleute aus Nahost heimholen muss: Techniker. Ölexperten, 20 000 Touristen, aus Syrien allein 30 000 russische Ehefrauen und Kinder von Syrern, die einst in der UdSSR studierten. Ob man eigene Schiffe und Flugzeuge mobilisiert oder solche in Montenegro least, ist nur ein Posten in Moskaus großer Verlustrechnung. In Syrien, Libanon, Libyen, Sudan und im Irak hat Russland ausgespielt – gegenüber den USA und noch deutlicher gegenüber China, das heute schon Straßen und Fabriken für künftige Deals baut. Früher war der russische „Wolga" ein beliebter Wagen bei Arabern, derzeit haben ihm chinesische Jeeps der Marke „Great Wall" den Rang abgelaufen. *Wolf Oschlies*

Kairoer Fanal

Druck auf die Kopten nimmt zu

Die brennenden koptischen Kirchen in einem Kairoer Elendsviertel zeigen, dass der Sturz Mubaraks nur eine Episode war. Und nebenbei zeigt sich allen, die noch willens sind zu sehen und zu denken, mit welch „politisch korrekt" verzerrter Schlagseite europäische „System-Medien" berichten. Man spricht von „Zusammenstößen zwischen Christen und Muslimen", während es in Wahrheit um mit erfundenen Vorwänden begründete Angriffe muslimischer Extremisten geht. Ob diese wirklich von „Anhängern des alten Regimes angestiftet" wurden, wie das neue Regime aus Opportunität behauptet, oder ob ultraradikale „Salafiten" am Werk waren, wie andere Muslime sagen, ist eher Nebensache.

Tunlichst nicht erwähnt wird, dass „die christliche Minderheit", deren Anteil mit sechs bis fünfzehn Prozent angegeben wird, nicht aus „Migranten" oder „von Kolonialisten Zwangsbekehrten" besteht, sondern der klägliche Rest einer christlichen Bevölkerung ist. Denn als islamische Araber im Jahre 640 das Niltal eroberten, waren dessen Bewohner vollständig christianisiert. Erleichtert wurde die Eroberung dadurch, dass die Christen uneins waren und dass die Kopten, als Monophysiten seit dem Konzil von Chalcedon 451 ausgegrenzt, zunächst an eine Befreiung vom Joch der „rechtgläubigen" Byzantiner dachten.

Ägypten war einst vollständig christlich

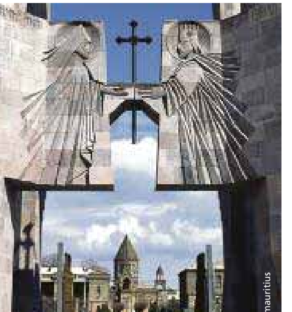
Die Islamisierung war dann nicht unbedingt auf Gewalt angewiesen, sondern funktionierte eher „natürlich", nämlich durch Diskriminierung und eine „Wehrsatzsteuer" für Nicht-Muslime. Musliminnen dürfen nicht mit Christen verheiratet sein, aber die Kinder von mit Muslimen verheirateten Christinnen müssen Muslime sein – was sich auch bei Mischehen in Europa bemerkbar macht. In moderner Zeit kommt noch eine überproportional hohe Auswanderungsrate der Christen hinzu wie im Irak und vielleicht bald auch in Syrien. Und so, wie Europas Bevölkerungspolitik auf Verdrängung des Christentums hinausläuft, so läuft auch die ganz auf Israel und die USA ausgerichtete Nahost-Politik letztlich auf die Auslöschung des Christentums im Orient hinaus. Alles nur „Kollateralschäden"? *RGK*

Widersprüchliche Signale an Christen

Erst Osterbotschaft der türkischen Regierung – dann Abriss des Versöhnungsdenkmals

Als sich der türkische Staatspräsident Abdullah Gül in der Osternacht zum ersten Mal seit Beginn des Fernsehzeitalters mit einer Osterbotschaft an die Christen in der Türkei gewandt hatte, kam dies einer kleinen Sensation gleich. Gül hat die Christen als „untrennbaren Bestandteil" des Landes bezeichnet und damit fast die gleiche Wortwahl gewählt wie Bundespräsident Wulff im letzten Jahr in Bezug auf die Muslime in Deutschland. Auch in mehreren türkischen Provinzen, in denen noch Christen leben, erschienen die Gouverneure persönlich bei den Osterfeiern der christlichen Minderheiten. So besuchte der Gouverneur der Provinz Hatay im Südosten die Osterfeierlichkeiten der orthodoxen Kirche in Antakya, dem biblischen Antiochia, während der Gouverneur von Mardin dem Gottesdienst einer syrisch-orthodoxen Gemeinde beiwohnte. Während die Gottesdienstsprache der orthodoxen Kirche in Hatay das Arabische ist, feiern die syrisch orthodoxen Christen ihre Gottesdienste in aramäischer Sprache. Beide Sprachen haben in der Türkei keinen offiziellen Status. Gerade der Besuch bei den Aramäern in der Provinz Mardin fand in den türkischen Medien besonderes Interesse, hatte doch das oberste türkische Gericht in einem Rechtsstreit im Januar fast das gesamte Land des syrisch-orthodoxen Klosters Mor Gabriel und damit dessen Existenzgrundlage eingezogen.

Ein weiteres Zeichen in Richtung der christlichen Minderheit hat allerdings eher „kosmetischen" Charakter: Der armenischstämmige Wirtschaftswissenschaftler Daron Acemoglu wurde zum türkischen Botschafter bei der OECD ernannt, ein nicht gerade herausragender diplomatischer Posten. Christen und Juden in der Türkei beklagen sich seit langem über Benachteiligungen bei der Einstellungspraxis türkischer Behörden. Für die Parlamentswahl am 12. Juni hatten sich auch eine Reihe christlicher Kandidaten beworben, ihre Hoffnungen auf erfolgversprechende Listenplätze scheiterten jedoch allesamt in letzter Minute durch eine Intervention der Parteivorsitzenden, darunter auch Tayyip Erdogan. Seit fast 50 Jahren gehört kein Christ mehr dem türkischen Parlament an.



Selten: Christliches Gotteshaus in der Türkei Foto: mauritius

Die Belange der Armenier in der Türkei werden in der nächsten Legislaturperiode im besonderen Fokus nicht nur in der Türkei, sondern auch der gesamten Weltöffentlichkeit stehen, fällt doch der 100. Jahrestag des Armeniermassakers im Jahre 2015 in die Amtszeit des nächsten türkischen Parlaments. Am 10. Oktober 2009 hatten die Türkei und die Republik Armenien zwei Protokolle zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Öffnung der Grenzen unterzeichnet. In diesen Protokollen wurden die Haltung der Türkei zum Vorwurf des Völkermords an den Armeniern 1915 und die Berg-Karabach Frage ausgeklammert. Deshalb entstanden bereits kurz nach der feierlichen Unterzeichnung der Protokolle ernste Irritationen, die den Annäherungsprozess ins Stocken brachten. Mit der Suspendierung des Ratifizierungsprozesses im April 2010 durch den armenischen Präsidenten ist der politische Prozess in eine Sackgasse geraten. Regierungschef Erdogan drohte gar damit, 150000 illegal in der Türkei lebende Armenier des Landes zu verweisen.

Viele Analysten sehen in der neuen Offenheit der Türkei gegenüber seiner christlichen Minderheit ein neues Zeichen vor allem an die Armenier, der größten Gruppe unter den nur noch 200 000 legal in der Türkei lebenden Christen. Seit dem von Regierungschef Erdogan angeordneten Abriss des türkisch-armenischen Versöhnungsdenkmals im nordostanatolischen Kars hatten sich gerade in letzter Zeit die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarvölkern wieder verschlechtert.

Skeptiker vergleichen die jetzige Öffnung gegenüber den Christen mit derjenigen gegenüber den Kurden, die am Neujahrstag 2009 mit einer Neujahrsansprache des türkischen Staatschefs! Tayyip Erdogan in kurdischer Sprache begann. In der substantiellen Kurdenpolitik des Landes hat sich außer der Rhetorik seitdem kaum etwas geändert. *Bodo Bost*

Kampf um EU-Forschungsmilliarden

Neumitglieder wollen Umverteilung der Mittel – Drohung mit Blockade der Haushaltsverhandlungen

Die EU-Forschungsförderung, der drittgrößte Posten des EU-Budgets, weckt die Begehrlichkeiten der neuen EU-Mitgliedsländer. Sie drohen mit einer Blockade der Haushaltsverhandlungen, um in der nächsten Finanzperiode eine Umverteilung der Mittel durchzusetzen. Zukünftig sollen die Forschungs-Milliarden nach regionalen Gesichtspunkten statt wie bisher nach Qualitätskriterien verteilt werden.

Noch läuft das aktuelle EU-Forschungsrahmenprogramm bis zum übernächsten Jahr. Der Streit um die sich anschließende Finanzplanung für den Zeitraum ab 2014 ist jedoch bereits entbrannt. Für den Zeitraum von 2007 bis 2013 stellt die EU immerhin 53 Milliarden Euro zur Unterstützung von Forschungsvorhaben in den Mitgliedsländern bereit. Für die EU-Altmitglieder stellt diese Förderung eine der wenigen Möglichkeiten dar, etwas von ihren eingezahlten EU-Beitragszahlungen zurück zu erhalten. So erhält der polnische Staat, sonst Hauptnutznießer von EU-Geldern, für die Förderung von Forschung und Entwicklung nur ein Fünftel der Summen, die Deutschland erhält: Nicht ohne Grund – bisheriges Kriterium der Mittelvergabe war die Leistungsfähigkeit der geförderten Forschungseinrichtungen.

Das soll sich nun ändern. Eine flächendeckende Forschungsinfrastruktur ist bisher in den neuen Mitgliedsländern nicht vorhanden. Aus den nationalen Haushalten der Neumitglieder wurde die Förderung von Forschung und Entwicklung bisher meist stiefmütterlich behandelt. Folge ist die Abwanderung von Forschern, von der bisher meist die USA profitiert haben. Sollten sich die neuen EU-Mitglieder mit ihren Forderungen durchsetzen, wären zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen in Westeuropa betroffen, die bisher einen wichtigen Beitrag zur Spitzenforschung leisten.

> Forschungsmittel sind Möglichkeit zum Beitragsrückfluss

Am Ende der Verhandlungen könnte ein Kompromiss nach herkömmlichem Brüsseler Muster stehen, den vor allem eines auszeichnen könnte – hohe Kosten. Wohin die Entwicklung gehen dürfte, wird am gemeinsamen Antrag von Union und FDP zur Ausgestaltung der europäischen Forschungsförderung für den Bundestag deutlich. Die Koalitionsparteien sprechen sich für eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Forschungs- und Innovationsförderung in der EU ab 2014 aus.

Wie sich das in die Planungen des Gesamthaushaltes der EU einfügen soll, ist allerdings völlig unklar. Die wichtigsten Nettozahler sind sich einig, dass die Höhe des EU-Haushalts bis 2020 real eingefroren wird, das heißt, dass eine Erhöhung höchstens in der Größenordnung der Inflationsrate stattfindet. Die beträgt derzeit zirka zwei Prozent. Die Forderung, mit der EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski für den Budget-Entwurf für 2012 in die Verhandlungen gegangen ist, liegt allerdings bei 4,9 Prozent. Einsparungsmöglichkeiten bei Projekten, deren Finanzierung bereits zugesagt worden ist, sieht der Pole Janusz Lewandowski nicht. Die Mittel zur Strukturförderung unterentwickelter Regionen speziell in Osteuropa will er sogar erhöhen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die EU-Neumitglieder sich mit ihrer Blockadedrohung bei der Haushaltsplanung durchsetzen und es zu einer fundamentalen Umverteilung innerhalb des Forschungsbudgets kommt, ist hoch. Erinnert sei an die polnische Verhandlungsführung im Vorfeld des EU-Reformvertrages von Lissabon, die fast zum Scheitern des Vorhabens geführt hätte. Bereits im vergangenen Jahr hat die Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechei, Slowakei, Ungarn) das Terrain für die zukünftigen Haushaltsverhandlungen abgesteckt, als Überlegungen zur Renationalisierung des Europäischen Sozialfonds bekannt wurden. Von polnischer Seite wurden die Verhandlungen zum europäischen Budget für die Jahre 2013 bis 2020 von Regierungsvertretern sogar als „wichtigste Schlacht in der Union seit Beitritt zur EU" bezeichnet. Sollten sich die Neumitglieder mit ihren Forderungen durchsetzen, könnte das für Deutschland bedeuten, dass die bisher von der EU geförderten Forschungseinrichtungen die ausbleibenden Mittel zukünftig aus dem Bundeshaushalt erhalten müssten. Die Rückabwicklung der EU-Forschungsförderung zugunsten einer Förderung in nationaler Verantwortung wäre ohnehin ein überlegenswerter Schritt, um einen effektiven Einsatz der Forschungsgelder sicher zu stellen.

> Geplant: Verteilung nach regionalen Gesichtspunkten

Erst in den letzten Tagen wurden durch Hinweise des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Italien 23 Verdächtige festgenommen. Im Rahmen von 22 Projekten des EUREKA-Programms zur grenzüberschreitenden Forschungsförderung hatten sie ein ausgeklügeltes Betrugssystem mit Scheinrechnungen entwickelt. Gefördert wurden die angeblichen Projekte durch die EU-Kommission mit 53 Millionen Euro. Die Ermittlungen werden noch ausgeweitet, da das kriminelle Netzwerk tatsächlich grenzüberschreitend auch Einrichtungen in Großbritannien, Frankreich, Griechenland, Österreich, Schweden, Slowenien und Polen umfasst. *Norman Hanert*



Weckt Begehrlichkeiten bei den östlichen EU-Mitgliedern: Subventionierte Spitzentechnologie Bild: mauritius

KURZ NOTIERT

Kritik an Commerzbank: Aus der Begründung eines Commerzbank-Aktionärs, dem Vorstand die Entlastung zu verweigern: In nicht einmal vier Jahren wurden, bezogen auf den heutigen Kurs der Aktie, fast 90 Prozent des Börsenkurses verbrannt. Eine erbärmliche Performance für einen DAX-Wert. Allein in den letzten zehn Monaten wurde ein Drittel des Börsenwertes vernichtet. Mit dem Erwerb der Dresdner-Bank-Aktien aus den Entsorgungsaltbeständen der Allianz wurde eine toxische Müllhalde an Schrottpapieren in Höhe von mehr als 40 Milliarden Euro eingekauft. Die Commerzbank hat nach dem Dresdner-Bank-Fehlkauf statistisch gesehen jeden Bundesbürger bisher fast 400 Euro an staatlicher Unterstützung gekostet. Ohne diese Unterstützung wäre die Commerzbank bankrott gewesen. *v. G.*

China auf Einkaufstour: Der chinesische Staatsfonds China Investment Corporation (CIC) soll nach Presseberichten durch das Finanzministerium mit einer zusätzlichen Summe von bis zu 200 Milliarden Dollar ausgestattet werden. Der im Jahr 2007 gegründete Fonds verfügt bereits über ein geschätztes Kapital von 300 Milliarden Dollar, die in der Vergangenheit unter anderem in Unternehmen wie die US-Investmentfirma Blackstone und japanischen Unternehmen wie Sony und Mitsubishi investiert wurden. Die dem Fonds neu zur Verfügung gestellten Mittel sollen vor allem in europäische Unternehmen investiert werden. *N. H.*

Russland macht Spitzen-Managern den Prozess: Um der Verhaftung zu entgehen, haben sich Andrej Borodin, Chef der „Bank von Moskau", an der die Stadt die Aktienmehrheit hält, und sein Stellvertreter nach London abgesetzt. Den Managern wird vorgeworfen, bei der Vergabe eines Kredits in Höhe von rund 33 Millionen Euro betrogen zu haben. Das Geld landete nicht auf dem Konto des Antragstellers, sondern auf dem der „Inteko", der Baufirma Jelena Baturinas, Ehefrau des ehemaligen Bürgermeisters Luschkow. *MRK*

»Eurofighter« auf Erfolgskurs

Europäische Flugzeugbauer können auf Großauftrag aus Indien hoffen

Das „Eurofighter"-Konsortium hat große Chancen, bei einer Ausschreibung der indischen Luftwaffe den Zuschlag für einen Auftrag über zehn0 Milliarden Dollar zu erhalten. Nach dem Ausscheiden zweier US-Flugzeugbauer sowie von Anbietern aus Schweden und Russland befinden sich nur noch zwei europäische Hersteller im Wettbewerb.

Nach Meldungen des Verteidigungsministeriums in Neu-Delhi bleiben im Ausschreibungsverfahren für 126 Kampfflieger nur noch die Modelle „Eurofighter Typhoon" von EADS und die französische „Rafale" von Dassault Aviation im Rennen. Die Nachricht bedeutet eine Absage an die US-Flugzeugbauer Lockheed Martin und Boeing. Bei dem seit Jahren laufenden Ausschreibungsverfahren sind bereits der schwedische Anbieter Saab mit der „Gripen NG" und der russische Hersteller Mikojan mit der „MiG 35" ausgeschieden. Zeitgleich mit der Absage an die amerikanischen Anbieter hat der US-Botschafter in Indien, Timothy Roemer, seinen Rücktritt verkündet. Als Begründung für diesen Schritt wurden persönliche Gründe angegeben. Aus Kreisen der US-Regierung war etwas eindeutiger zu hören, dass man über die indische Entscheidung „zutiefst enttäuscht" sei. Noch machen sich die beiden US-Anbieter allerdings Hoffnung auf eine nochmalige Aufrollung des Bieterverfahrens, wie es bereits mehrfach bei Rüstungsprojekten in Indien vorgekommen ist.

Für den Hersteller des „Eurofighter", ein Konsortium der Firmen EADS und BAE Systems sowie der italienischen Finmeccanica, wäre ein Zuschlag ein großer Erfolg. Für EADS wäre der Auftrag mit geschätzten 6,8 Milliarden Euro Volumen nicht nur finanziell attraktiv. Auf dem internationalen Markt wäre das Geschäft auch ein Prestigegewinn. Das Ausscheiden der bisherigen Mitbewerber hat nicht nur technische Gründe: Vor allem politische Ursachen dürfte das Aus für die „MiG 35" von Mikojan haben. Indien hat bereits moderne russische Jets von Suchoi erworben und möchte eine Diversifizierung betreiben, um die Abhängigkeit von einzelnen Rüstungslieferanten zu verringern. Nachteilig für Lockheed Martin mit seiner „F-16I" war, dass Indiens Gegner Pakistan bereits ähnliche Maschinen von den Amerikanern beschafft hat. Der schwedischen „Gripen" wurden von vornherein nur geringe Chancen zugeschrieben, da Indien bereits ein ähnliches Kampfflugzeug („Tejas Mk II") selbst herstellt. Der schwedische Hersteller steht durch den Misserfolg vor ernsthaften wirtschaftlichen Problemen. Unter den beiden verbliebenen Bewerbern werden dem „Eurofighter"-Konsortium etwas höhere Chancen zugeschrieben. Praktischer Nebeneffekt des französischen Libyen-Einsatzes war zwar, dass die „Rafale" ihre Tauglichkeit im Kampfeinsatz beweisen konnte, allerdings ist das Triebwerk der Franzosen weniger leistungsfähig als das von EADS verwendete. Als ein weiterer Pluspunkt für den „Eurofighter" könnte sich eine zusätzlich gemachte Offerte erweisen. EADS hat Indien angeboten, eine Flugzeugträgerversion zu entwickeln. Zurückgreifen würde man dabei vor allem auf Erfahrungen des britischen Unternehmens BAE Systems. Die technischen Veränderungen für einen „Eurofighter Sea Typoon" wären nicht einmal sehr umfangreich. Interesse an einer Trägerversion zeigt unter anderem auch die britische Marine. Während des Ausschreibungsverfahrens haben sich zahlreiche Politiker nach Indien bemüht, um sich für ihre nationalen Hersteller einzusetzen.

> Für EADS wäre der Auftrag ein Prestigegewinn

Profitieren von dem Milliarden-Auftrag für EADS würde auch der deutsche Triebwerkshersteller MTU. Dort rechnet man allerdings bei einem Zuschlag damit, dass Teile der Triebwerke in Indien hergestellt werden müssten. Gleiches gilt für die Endmontage der Kampfflugzeuge. Bedingung der Inder ist, dass diese zum überwiegenden Teil in ihrem Land erfolgen wird. Mit einer endgültigen Entscheidung im Ausschreibungsverfahren wird erst zum Anfang des nächsten Jahres gerechnet. Insbesondere von dem, mit dem Industriellen Dassault befreundeten, französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy sind weiter Bemühungen um den Großauftrag zu erwarten, da der französische Hersteller bereits bei Ausschreibungen in Brasilien und Saudi-Arabien nicht zum Zuge gekommen war. *N.H.*

Autos unter Strom

Elektromobilität soll subventioniert werden

Vor einem Jahr hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Gremium aus Wissenschaft und Forschung, der Politik und Managern unter Federführung der Automobilindustrie ins Leben gerufen. Das Gremium nennt sich Nationale Plattform Elektromobilität (NPE).

Am 11. Mai wurde der Kanzlerin ein aktueller Bericht des Gremiums zum Vorhaben Elektromobilität übergeben. Die Industrie will in den Jahren 2012 bis 2014 mindestens 13 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung eines serienmäßigen Elektroautos am Standort Deutschland investieren.

Für einen Teil dieser Entwicklungskosten soll allerdings der Staat aufkommen. Angedacht ist eine Summe im unteren einstelligen Milliardenbereich. Das Geld soll in sogenannte Leuchtturm-Forschungsprojekte fließen; dabei ist an die Schwerpunkte Antriebstechnik, Batterietechnik und Fahrzeug-Leichtbau gedacht. Die Bundeskanzlerin hat als Ziel vorgegeben, bis zum Jahre 2020 mindestens eine Million Elektroautos auf die Straßen Deutschlands zu bringen.

> Industrie will 13 Milliarden in Forschung investieren

Nach Auffassung der Fachleute ist das allerdings unrealistisch, wenn das Vorhaben nicht mit Subventionen unterstützt wird. Ohne staatliche Hilfe könnten allenfalls 450 000 Elektroautos auf dem deutschen Automobilmarkt abgesetzt werden.

Im vorgelegten Bericht der NPE wird darüber hinaus die vermehrte Ausbildung von Ingenieuren und Facharbeitern für die Elektromobilität durch Universitäten und Berufsschulen gefordert. Die Daimler AG wird ab 2012 den Elektro-Smart mit einer Jahresproduktion von 20 000 Stück aufnehmen. Vor dem Hintergrund der verstärkten Steuereinnahmen in den nächsten drei Jahren – bis zu 136 Milliarden Euro – wird für die Förderung des Elektromobils sicherlich ein wenig staatliches Geld zur Verfügung stehen. *Wilhelm v. Gottberg*

Stimmungen

Von Wilhelm v. Gottberg

Die boomende Konjunktur verschafft Bund, den Ländern und Kommunen einen Zuwachs an Steuereinnahmen in nicht für möglich gehaltenem Ausmaß. Noch liegen die Zahlen der Schätzkommission nicht im Detail vor, aber Experten rechnen mit insgesamt 136 Milliarden Euro Mehreinnahmen in den nächsten drei Jahren. Ein Team der ARD befragte Reisende in Berliner U-Bahnen, was mit den unerwarteten Mehreinnahmen geschehen solle. Sparen, Schulden tilgen oder zeitnah ausgeben? Fast alle Befragten antworteten, dass Sparen und Schulden tilgen das Gebot der Stunde sei. Sehr vernünftig auch der Hinweis, dass die riesige Anhäufung von Schulden unverantwortlich sei.

Eine andere Fragestellung: Soll man das Geld zur Sanierung maroder Schulen und Straßen, zur Aufstockung der Hartz-IV-Sätze verwenden oder für Notfälle zurücklegen. Mit deutlicher Mehrheit votierten die Befragten für die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur. Man müsse etwas für Kinder, Schüler und Autofahrer tun, auch bei der Bahn gäbe es Sanierungsbedarf. Die Feinheiten bei demoskopischen Umfragen bleiben meist unberücksichtigt, wenn über ein Befragungsergebnis berichtet wird.

Linke Schlagseite

Von Jan Bremer

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hat, so gibt sie jedenfalls vor, noch nicht einmal untersucht, warum ihr die Mitglieder weiter in Scharen davonlaufen. In Wahrheit dürften die Verantwortlichen den Grund sehr genau kennen. Doch wenn sie ihn zugäben, würden sie ihre eigene verfehlte Konzeption von Kirche bloßstellen und damit ihre Posten gefährden.

Es ist die Politisierung mit stark linker Schlagseite, welche gerade die evangelischen Gläubigen aus ihrer Kirche treibt. Die katholische Kirche vermochte bislang den Versuchungen allzu politischer Positionierungen zu widerstehen. Vor dem Sturm, der über die Katholiken im Zuge der Skandale um Kindesmissbrauch hereinbrach, blieben ihre Mitgliederzahlen im Vergleich zur protestantischen Konkurrenz denn auch beeindruckend stabil.

Dass ein Zusammenhang besteht zwischen ideologischer Zurückhaltung einer Kirche und stabiler Mitgliederzahl, das belegt der Blick nach Lateinamerika. Dort war es jahrzehntelang die katholische Kirche, die sich in den Strudel der Politik warf – sei es, als Verbündete zweifelhafter Dikatoren, sei es als revolutionäre „Befreiungstheologen“. Die Protestanten dort hingegen beschränkten sich gänzlich auf die Seelsorge.

Resultat: Besonders evangelikale Gruppen breiten sich auf Kosten der einst „alleinherrschenden“ katholischen Kirche sprunghaft aus. Das früher zu 100 Prozent aus Katholiken bestehende Guatemala ist das erste lateinamerikanische Land, in dem heute bereits die Mehrheit protestantisch ist.

Endlos, bodenlos

Von Hans Heckel

Der „Focus“ zitiert den Chef der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, mit einem denkwürdigen Satz. Der Luxemburger soll ihn bei einer Preisverleihung vor einem „verblüfften Brüsseler Publikum“ gesagt haben: „Nichts sollte in der Öffentlichkeit geschehen. Wir sollten in der Euro-Gruppe im Geheimen diskutieren. Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden. Wenn es ernst wird, müssen wir lügen.“

Wer so einen Satz in einer Streitschrift gegen den Euro gebracht hätte, er wäre als böser „Populist“, wenn nicht gar als „Volksverhetzer“ in Verruf geraten. Juncker bestätigte damit alle negativen Urteile über das „Raumschiff Brüssel“, das ohne Hemmungen über die Völker und ihre demokratischen Rechte hinweg durchdrückt, was die Eurokraten-Besatzung für richtig hält.

Einer solchen Politik der Hintertreppchen und stillen Kämmerlein kommt zugute, dass nie geklärt wurde, was „Europa“ am Ende seiner Integration eigentlich sein sollte. Seine Grenzen wurden nach außen (Türkei?) wie innen (Bundesstaat oder Staatenbund?) nie konkret definiert.

> Was Europa werden soll, wurde nie klar definiert

Die Politik wollte es so. Denn auf diese Weise blieben der Grad und die Felder der „Europäisierung“ weitgehend der Willkür der politischen Entscheidungsträger überlassen. Je unklarer „Europa“ in Ziel und Weg blieb, desto weniger vermochten es seine Völker, demokratisch mitzureden beim „großen Projekt“. Wenn ein neuer Integrationsschritt spürbar wurde für die Bürger, dann war er längst fix und fertig beschlossen, ausgekungelt in fernen Gremien, von deren Existenz die meisten Europäer keine Ahnung hatten. Die Identifizierung mit dem europäischen Projekt musste so auf der Strecke bleiben, europäischer Patriotismus blieb etwas für wohlfeile Seminare und schwülstige Reden junger Stipendiaten und grauer Eminenzen.

Nun, da Europa in seiner Krise ein wenig „europäischen Patriotuismus“ sehr wohl gut vertragen könnte, wird sein Fehlen schmerzlich bewusst. Denn die unvermeidliche Neuausrichtung der Gemeinschaftswährung durch den Austritt mindestens Griechenlands wird die EU auf eine harte Probe stellen. Erstmals geht es nicht mehr um mehr, sondern um weniger, nicht um Integration, sondern um gut abgewikkelte Desintegration.

Sollte die Politik so weiter machen wie bisher, dann dürfte sie mit Junckerschen Lügen und Merkelscher Europa-Prosa die Dinge solange zudecken, bis der Schaden unbeherrschbar wird. Dann jedoch droht der Film rükkwärts abzulaufen: Ebenso endlos, wie die Integration immer weiter lief, könnte ihr Gegenteil, die Desintegration, bodenlos werden. Dann wäre nicht nur der Euro, sondern die gesamte EU in Gefahr.



EU-Skepsis macht sich breit: Jugendliche demonstrieren in Passau gegen einen Beitritt der Türkei.

Bild: Guelland/ddp

Gastbeitrag



Abschottung Europas ist auf Dauer keine Lösung

Von Eigel Wiese

Die afrikanische Küste liegt näher als die nächste große italienische Insel oder gar das Festland. Nur 130 Kilometer sind es bis nach Tunesiens Küste, 205 Kilometer bis nach Sizilien. Das macht Lampedusa zum ersehnten Ziel von Flüchtlingen aus Afrika. Denn auf der kleinen Mittelmeerinsel gibt es italienische Behörden, die Insel ist der nächstgelegene Außenposten Europas. Ganze Familien haben Geld zusammengelegt, damit einer von ihnen eines der gelobten Länder nördlich des Mittelmeeres erreicht, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden und seine Angehörigen mit Geldsendungen zu versorgen. Lampedusa ist der Punkt Europas, den sie am schnellsten erreichen können. Die Menschen fahren in Schiffen, die eigentlich für den Fischfang oder Küstentransporte eingerichtet sind und auf denen fünf, sechs Männer zur Besatzung gehören. Auf ihrer Flucht sind diese Boote so voll, dass die Menschen kaum sitzen können. Seit die libysche Armee gegen die Rebellen im eigenen Land kämpft, hat der Flüchtlingsstrom noch zugenommen. Allein im Verlauf einer einzigen Woche kamen im April 6000 Flüchtlinge aus Tunesien auf Lampedusa an, einer Insel, auf der 4500 Einheimische leben. Zwei Flüchtlingslager gibt es dort, die Versorgung ist katastrophal, und immer wenn die italienischen Behörden zur Entlastung der Lager Menschen auf das Festland gebracht haben, sind schon wieder neue auf der Insel gelandet.

Europa versucht, den Zustrom aus Afrika einzudämmen. Während Staaten innerhalb des Schengenraumes die Binnengrenzen abbauen, bemühen sie sich, die Außengrenze möglichst abzuschotten. Dafür gründeten sie die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, kurz Frontex genannt, eine Zusammenziehung aus dem Französischen für „frontières extérieures“, den Außengrenzen. Sie wurde 2004 ins Leben gerufen und hat ihren Sitz in Warschau. Frontex koordiniert die Zusammenarbeit der EU-Staaten gegenüber der Welt außerhalb, unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung ihrer jeweiligen nationalen Grenzschutzbeamten und leistet auch Hilfe bei der Rückführung von Flüchtlingen. Pro Jahr steht ein Etat von 88 Millionen Euro zur Verfügung, zur Erfüllung der Aufgaben verfügt sie über mehr als 20 Flugzeuge, 25 Hubschrauber und 100 Boote.

Für den Einsatz auf Lampedusa schickte Frontex rund 50 Spezialisten auf die kleine Mittelmeerinsel. Es sind Fachleute aus verschiedenen Mitgliedsländern, überwiegend kommen sie aus frankophonen Staaten, denn dieser Sprache sind auch die meisten Flüchtlinge mächtig. Es handelt sich um Experten, die, ebenso wie die Ausrüstung, von den Mitgliedstaaten freiwillig zur Verfügung gestellt werden. Die Frontex-Truppe hat die Aufgabe, Flüchtlinge, die es bis an Land geschafft haben, zu identifizieren und zu befragen: Unter anderem darüber, woher sie kommen und auf welchen Wegen sie Europa erreicht haben.

Die Tätigkeit von Frontex ist stark umstritten, eine Einigkeit der Entsenderstaaten in der Vorgehensweise nicht erkennbar. So müssen sich die Mitarbeiter auf der einen Seite von Flüchtlingsorganisationen vorwerfen lassen, immer wieder gegen Seerecht und Genfer Flüchtlingskonventionen zu verstoßen, indem sie Bootsflüchtlinge mitten auf dem Meer abweisen und ihrem Schicksal überlassen. Auf der anderen Seite kritisieren Polizeiexperten Frontex, weil sie die Organisation nicht für effektiv genug halten. So forderte die Deutsche Polizeigewerkschaft, die Agentur zu einer 2500 Mann starken EU-Küstenwache mit eigenen Schiffen auszubauen. Erkennbar ist über die Nationen hinweg ein politischer Grundzug, Europa gegen Wirtschaftsflüchtlinge abzuschotten. Während deutsche Politiker und Wirtschaftsfachleute den Zuzug qualifizierter Fachkräfte für unbedingt notwendig halten, wollen sie Menschen draußen vor halten, die aufgrund der Struktur ihrer Länder niemals die Möglichkeit hatten, irgendeine Qualifikation zu erwerben.

> Europas Regierungen wollen Flüchtlinge draussen halten

Unterdessen macht sich unter den Flüchtlingen in den Lagern immer mehr Ärger und Frust breit. Sie klagen darüber, nicht ausreichend Lebensmittel und Wasser zu erhalten, und drohen mit Hungerstreiks. In erster Linie fordern sie, bald von der Insel weggebracht zu werden. Ministerpräsident Berlusconi versprach, Lampedusa zu unterstützen und die Flüchtlinge von der Insel zu bringen, damit dort das normale Leben wieder einkehren könne. Als ersten Schritt gab die italienische Regierung zehntausenden Flüchtlingen ein vorläufiges Visum. Damit konnten sie in alle anderen Länder des Schengen-Abkommens reisen. Das wiederum stieß auf Ablehnung und Kritik der Regierungen in Deutschland und Frankreich, die bevorzugte Länder für die Einreisen sind. Deutschland kündigte an, das brisante Thema beim EU-Innen- und Justizministertreffen anzusprechen. Italien fühlt sich alleingelassen und beschwert sich über unterbliebene Hilfe aus der EU. Als eine weitere Maßnahme kündigte Berlusconi an, er werde italienische Küstenwachschiffe vor die tunesische Küste schicken und außerhalb des tunesischen Hoheitsgebiets Patrouille fahren lassen, damit Flüchtlingsboote gleich dort aufgegriffen und sofort zurückgeschickt werden können.

Deutschland und andere EU-Staaten wehren sich dagegen, Flüchtlinge von Lampedusa aufzunehmen. Die Unterschiede der Meinungen ziehen sich quer durch die Parteien. SPD-Chef Sigmar Gabriel sagt, die erste Frage der Bundesregierung an die italienische Regierung hätte sein müssen, welche Hilfe man brauche, um die Flüchtlinge vor Ort zu versorgen. SPD-Innenexperte Sebastian Edathy dagegen meint, man dürfe das Flüchtlingsproblem nicht auf die Mittelmeeranrainer abschieben. „Schon gar nicht geht es an, dass deutsche Regierungspolitiker die demokratischen Aufstände in Nordafrika begrüßen, aber dann die Hände in den Schoß legen, wenn genau deshalb Flüchtlinge nach Europa kommen.“ Der Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, Wolfgang Bosbach (CDU), warnt angesichts des anhaltenden Flüchtlingsstroms aus Nordafrika davor, die Situation zum Vorwand für eine unkontrollierte Einwanderung nach ganz Europa zu nehmen: „Die Insel Lampedusa ist in der Tat überfordert, aber doch nicht Italien insgesamt. Wenn wir jetzt das Signal aussenden ‚Wer es bis Lampedusa schafft, kann in Europa bleiben!‘ wird der Zustrom weiter ansteigen – und das sollten wir vermeiden.“ Grünen-Parteivorsitzende Claudia Roth fordert die vorübergehende Aufnahme von Flüchtlingen. Eine Unterstützung der Menschen, etwa durch Studien und Stipendien, helfe diesen bei der Rückkehr und beim Aufbau ihrer Heimatländer.

Derzeit kurieren Europas Politiker eher ratlos an den Symptomen. Eine langfristige Lösung ist nicht zu erkennen. Dabei drängt das Problem. Die Bevölkerungszahlen in Afrika steigen weiterhin, aber die Chancen auf ein menschenwürdiges Leben in weiten Teilen des eigenen Kontinentes verschlechtern sich. Selbst wenn Europa seine Grenzen rigoros abschottet, wird der Druck sich verstärken und möglicherweise in Gewaltaktionen Bahn brechen. In einer globalisierten Welt ist Abschottung daher keine Erfolg versprechende Methode. Es muss nach Wegen gesucht werden, die es den Bewohnern Afrikas ermöglichen, ein Leben mit Zukunftschancen auf ihrem eigenen Kontinent zu führen.

Eigel Wiese ist Schifffahrtsjournalist und Buchautor. Er lebt und arbeitet in Hamburg.

Kühnes unter tiefblauem Himmel

Atemberaubende junge Architektur kündet vom Neubeginn in Reval, der Kulturhauptstadt Europas 2011

Tallinn, das alte Reval, mit seiner mittelalterlichen Altstadt zieht gerade im Jahr der Kulturhauptstadt Europas zahlreiche Touristen an. Die unmittelbare Lage der Stadt am Meer ist ein Glücksfall.

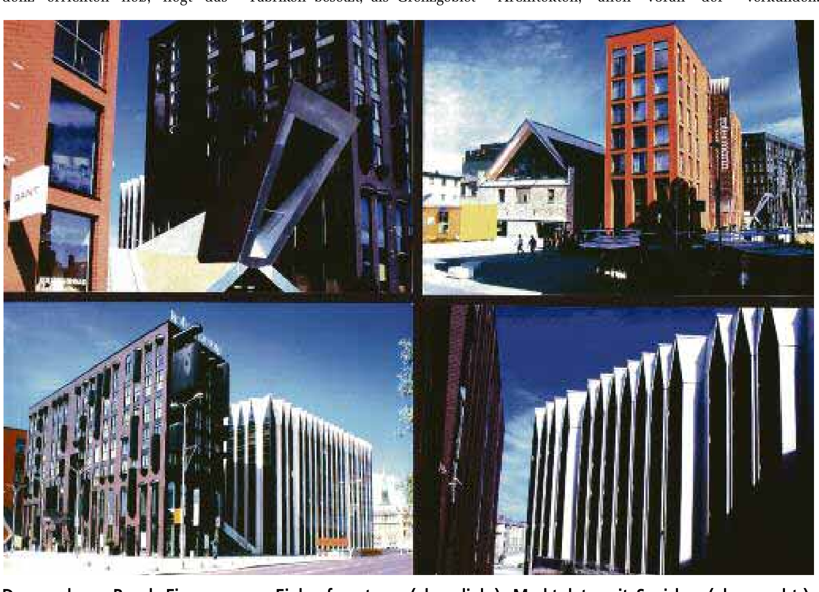
Es ist ein Traum, wenn man an Bord eines der zahlreichen Kreuzfahrtschiffe vom Meer aus auf die Stadt zufährt und die Silhouette mit den vielen gotischen und barocken Türmen wahrnehmen kann. Die alte Hansestadt stellt sich bei diesem Blick als ein bedeutendes Kunstwerk dar. Durch zahlreiche Renovierungen und Restaurierungen hat man in der Altstadt Erstaunliches geleistet, so dass sie mit ihren heute noch vorhandenen Teilen der alten Stadtmauer als Juwel unter den

Vieles wurde in der Altstadt restauriert

mittelalterlichen Städten Nordeuropas zählt. Im Jahr 1530 hatte die Stadtmauer eine Länge von etwa drei Kilometern und besaß 46 Wehrtürme, heute sind es nur noch 28 Türme. Die Stadtmauer ist auch nur noch 1,85 Kilometer lang. 1997 wurde die Altstadt von Reval zum Weltkulturerbe der Unesco erklärt.

Doch auch die neue Zeit zeigt sich in der Stadt. Neben den üblichen Bauten, wie Hotels, Verwaltungs- Kultur- und Wohngebäuden, die durchaus Charakter haben, zeigt sich als Beispiel ein Bürogebäude in der Neustadt spitzwinkelig mit einer wellenförmigen Glasfassade auf den Freiheitsplatz ausgerichtet (1993–98).

In der Nähe des Schlosses Kadriorg, das Peter I. zwischen 1718 und 1725 als Sommerresidenz errichten ließ, liegt das „KUMU“, das neue Kunstmuseum – ein sichtbares Zeichen zeitgemäßer Architektur. Terrassenförmig in eine Hangsituation mit mondsichelförmigem Grundriss eingebunden, ist dieser gelungene Komplex das Werk des finnischen Architekten Pekka Vabavori, das 2006 eröffnet wurde. In sowjetischer Zeit wurde das zwischen Altstadt und den Kaianlagen gelegene Areal des Hafens, damals von Speichern, Lagerhäusern und Fabriken besetzt, als Grenzgebiet mit freier Sicht auf das Meer, zur verbotenen Zone umfunktioniert. Durch Abriss verlor der Hafen einen großen Teil seiner Gebäude. So entwickelten sich ganze Gebiete entlang des Küstenbereichs zu einem trostlosen Niemandsland und in Reval weitgehend zur Stadtbrache. In diesem tristen Gebiet – dem sogenannten Rotermanni Kvartal entsteht zurzeit ein neues Stadtviertel, die Neue Hafencity von Reval. Junge Architekten, allen voran der umtriebige Andres Koressaar, entwerfen hier ihre Zukunftsperspektiven für das Wohnen und Arbeiten. Die verrücktesten und gewagtesten Ideen wurden bereits im ersten Bauabschnitt umgesetzt und fertiggestellt. Da werden die wenigen, noch vorhandenen Fabrikgebäude, fast durchweg massiv im heimischen Kalksteinmauerwerk errichtet, mit teuren Lofts und aufgesetzten Glaskuben versehen, welche die neue Zeit verkünden. Umgeben und locker eingewoben zeigt sich ein Architektur-Konglomerat mit restaurierten Resten alter Gemäuer, die mit den neu errichteten und lebendig gestalteten Baukörpern in oft ungewohnter, jedoch stimmiger Farbigkeit diesen aufregenden Gang durch das neue Areal zu einem spannenden Erlebnis werden lassen. Da steht ein sehr streng gestalteter sieben-geschossiger Baukörper, verklinkert mit stark rotorangenem Backsteinmauerwerk im Abstand zu einem leicht abgewinkelten gleichhohen Gebäude, das mit seinem tiefschwarz eingefärbten Backsteinmauerwerk eine fast explosive, jedoch äußerst geschickte und überlegte Fassadengestaltung vorweist. Dahinter anschließend ein Baukörper, der mit seiner sehr stark gegliederten, vertikalen Fassadengestaltung den Betrachter in Erstaunen versetzt. Da sind sehr schlank gestaltete Giebelelemente, vom Boden bis zum Dach reichend, mit ihren ebenfalls schlanken schwarz erscheinenden Fassadenflächen mit Außenummantelung versehen, die sich einheitlich auch im Bedachungsbereich fortsetzt.



Das moderne Reval: Eingang zum Einkaufszentrum (oben links), Marktplatz mit Speicher (oben rechts), Rotermanni Kvartal (unten links) und Gasse mit Rückfront des streng gegliederten Baukörpers Bilder: Papendick

Zwischen den Gebäuden immer wieder aufwärts führende, sich verengende Gassen, die wieder abwärts fallend sich verbreitern. Freie Plätze, mit Holzbohlen in Mustern für spielende Kinder ausgelegt, doch auch normale Straßen, die auf einen Marktplatz zulaufen, der noch ganz bescheiden seine ersten Stände vorweist.

Dann plötzlich ein Gebilde, wie eine kantige Plastik aus der Gebäudeflucht herausragend, darunter ein dreieckiger, schluchtartiger Zugang, nach unten weisend, mit schon sehr im Schatten zurückliegendem Portal, ohne Hinweis, was neugierig macht – und

Enge Gassen zwischen spannender Architektur

plötzlich befindet man sich in einem großen, geräumigen, dann wieder verwinkelten Einkaufszentrum. Irgendwo gelangt man wieder ins Freie und ist erneut eingewoben in diese spannende und noch etwas unwirkliche Atmosphäre, die dann noch gewinnt durch den tiefblauen Himmel, der alles in das klare Licht des Nordens taucht. *Christian Papendick*

Kulturhistorische Reise: Führung durch Reval und anschließende Rundreise durch Estland mit dem Autor vom 9. bis 18. Juni 2011. Nähere Informationen unter Telefon (040) 803132.

»Ohne Begeisterung geschah nichts Großes und Gutes«

Rückblick und Ausblick auf die Kulturpreise der Landsmannschaft Ostpreußen – Preisverleihung 2011 auf dem Deutschlandtreffen in Erfurt

Wenn Ende Mai anlässlich des Deutschlandtreffens der Ostpreußen in der Erfurter Messe wieder der Ostpreußische Kulturpreis überreicht wird, dann werden die Gedanken auch zurückwandern in die Zeit, da die Idee, Männer und Frauen für außergewöhnliche Leistungen auszuzeichnen, geboren wurde. Es waren – und sind – Männer und Frauen, die mit ihrem Werk und ihrem Leben Vorbilder waren, getreu dem Herderschen Motto: „Ohne Begeisterung geschah nichts Großes und Gutes auf der Erde ...“

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist nun vergangen, da die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) einen Ostpreußischen Kulturpreis stiftete (am 30. März 1957). Ursprünglich sollte diese Auszeichnung alljährlich am 1. Mai, dem Geburtstag des ehemaligen Sprechers der LO, Ottomar Schreiber, verliehen werden. Zunächst gab es drei Sparten – Literatur, Bildende Kunst und Musik –, in denen Künstler und Kulturschaffende ausgezeichnet wurden. Bedingung war – und ist es bis heute –, dass sich die Arbeit auf Ostpreußen bezieht oder von einem Ostpreußen stammt. Mittlerweile wird der Ostpreußische Kulturpreis meist alle drei Jahre auf dem Deutschlandtreffen verliehen; zu den drei ursprünglichen Sparten sind noch die Gebiete Wissenschaft und Publizistik hinzugekommen.

Zunächst gab es nur drei Sparten

Ende April 1958 war es dann soweit: Auf der Sitzung der Ostpreußischen Landesvertretung in Hamburg wurden die ersten Kulturpreise überreicht. Walter von Sanden-Guja, Schriftsteller und Fotograf, Karl Eulenstein, Maler, und Otto Besch, Komponist und Musikschriftsteller, waren die ersten Preisträger. Im darauffolgenden Jahr wurden der Schriftsteller Hans-Georg Buchholtz und der Maler Professor Eduard Bischoff geehrt. 1960 erhielten der Lyriker Walter Scheffler, der Maler Ernst Mollenhauer sowie der Musikschriftsteller und Kritiker Erwin Kroll den Preis; ein Jahr später waren es die Schriftsteller Martin A. Borrmann und Siegfried Lenz sowie der Musiker Paul Mühlen.

Es vergingen zwei Jahre, bis wieder Kulturpreise an ostpreußische Persönlichkeiten vergeben wurden: 1963 waren es die Graphikerin Gertrud Lerbs-Bernecker, der Maler und Graphiker Hans Orlowski sowie der Komponist Günther Suckow. 1964 wurden der Dichter Fritz Kudnig, die Bildhauer Hilde Leest und Georg Fuhg sowie der letzte Domorganist von Königsberg, Herbert Wilhelmi, ausgezeichnet. 1966 dann waren es zwei Schriftstellerinnen, Charlotte Keyser und Gertrud Papendick, sowie der Zeichner Erich Behrendt, die mit der Verleihung des Preises geehrt wurden. Drei Jahre später – 1969 – erhielten der Schriftsteller Paul Brock, der Maler Arthur Degner und der Komponist Professor Heinz Tiessen den Preis. Die Bildhauerin Ute Steffens wurde mit einem Förderpreis bedacht.

1973 waren es zwei Frauen, die für ihr Schaffen geehrt wurden: die Schriftstellerin Hedwig von Lölhöffel und die Bildhauerin Annemarie Suckow-von Heydendorff. 1976 dann kam man wieder zum Pfingsttreffen nach Köln. Bei dieser Gelegenheit wurden in feierlichem Rahmen die Kulturpreise an die Maler Rolf Burchard und Robert Hoffmann-Salpia sowie an den Pianisten Gottfried Herbst und den Volkskundler Erhard Riemann vergeben. Schon ein Jahr später wurde der zweite Kulturpreis für Wissenschaft überreicht: Preisträger war Bibliotheksdirektor Ernst Wermke. 1978 erhielt die Lyrikerin, Graphikerin und Bildhauerin Ursula Enseleit den Kulturpreis für Bildende Kunst.



Erhielt 1958 den ersten Kulturpreis für bildende Kunst: Karl Eulenstein im Atelier Bild: Archiv

Pfingsttreffen in Köln – man schrieb das Jahr 1979. Die Malerin und Bildhauerin Erika Eisenblätter-Laskowski erhielt den Kulturpreis für Bildende Kunst und Chordirigent Heinz von Schumann den Preis für Musik.

1982 wurde zum ersten Mal ein Preis für Publizistik vergeben; er ging an den damaligen Chefredakteur der Wochenzeitung *Das Ostpreußenblatt* und Herausgeber der swg-Schriftenreihe, Hugo Wellems. Im gleichen Jahr wurden auch der Schriftsteller Arno Surminski, der Literaturwissenschaftler Helmut Motekat und die Graphikerin Lieselotte Plangger-Popp geehrt. 1985 sah man die Bildhauerin Maria Ewel, den Dichter und Schriftsteller Willy Kramp, den Organisten und Komponisten Oskar Gottlieb Blarr sowie den Historiker Reinhard Wenskus als Preisträger. Beim Deutschlandtreffen drei Jahre später in Düsseldorf wurden die Schriftstellerin Annemarie in der Au, der Journalist Norbert Matern, der Musikwissenschaftler Eike Funck und der Tierfilmer Heinz Sielmann ausgezeichnet. 1991 dann, wieder in Düsseldorf, erhielten die Schriftstellerin und Journalistin Ruth Geede und der Rundfunkjournalist Hans Ulrich Engel den Preis für Publizistik, während der Kunsthistoriker Günther Krüger in der Sparte Bildende Kunst und Claus von der Groeben mit dem Kulturpreis für Wissenschaft ausgezeichnet wurden. Schon ein Jahr später, 1992, wurde im Rahmen eines Festaktes in der Bayerischen Landesvertretung in Bonn Hansheinrich Trunz mit dem Kulturpreis für Wissenschaft geehrt. Auch der Volkskundler Alfred Cammann und die Schriftstellerin Helga Lippelt erhielten für ihre herausragenden Leistungen den Ostpreußischen Kulturpreis (1994). Zum 45. „Geburtstag“ des *Ostpreußenblattes* schließlich wurde der Verleger und Drucker Gerhard Rautenberg mit einem Kulturpreis ausgezeichnet (1995). Ihm folgten 1997 auf dem Deutschlandtreffen in Düsseldorf der Komponist Siegfried Matthus (Musik) sowie der Maler und Graphiker Otto Schliwinski (Bildende Kunst).

Preis für Publizistik an Christian Papendick

1998 wurde die Journalistin Gudrun Schmidt „außer der Reihe“ ausgezeichnet. Im Jahr 2000 folgten in Leipzig Frans du Buy mit dem Kulturpreis für Wissenschaft und Henning v. Löwis of Menar mit dem Kulturpreis für Publizistik. Ein Jahr später ging der Kulturpreis an den Königsberger Fotografen Anatolij Bachtin, 2002 folgten der Maler Boris Kimmina und der Publizist Alfred de Zayas. 2005 ging der Preis an den russischen Dichter Sem Simkin und an die Institution Preußisches Wörterbuch.

Drei Jahre später wurden dann die Schriftstellerin Hildegard Rauschenbach und der Historiker Wulf Wagner ausgezeichnet. In diesem Jahr nun erhält der Architekt, Autor und Fotograf Christian Papendick aus Königsberg auf dem Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Erfurt am 28. Mai (14 Uhr, Halle 1 der Messe) den Kulturpreis für Publizistik. – 45 Jahre, nachdem seine Tante Gertrud Papendick den Preis für Literatur erhielt. Papendick erhält die Auszeichnung für seinen unermüdlichen Feldzug gegen die Zerstörung ostpreußischer Kulturdenkmäler.

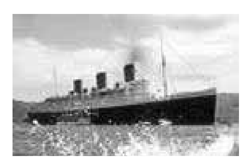
Mehr als fünf Jahrzehnte Ostpreußischer Kulturpreis. Geehrt wurden Männer und Frauen, die Außergewöhnliches für Ostpreußen geleistet haben und die gewiss alle der Erkenntnis des ostpreußischen Schauspielers Paul Wegener zustimmen würden, der einmal sagte: „Ich glaube, dass das, was mich weitergebracht hat, im wesentlichen war, dass ich nicht irgendwelchen Dingen aus Gefallsucht nachlief. Ich glaube, dass es des Ostpreußen Bestes ist, dass er sich selbst nicht aufgibt und dass er nicht des Scheines wegen nachgibt, sondern den Mut und die Kraft hat, er selbst zu sein.“

Silke Osman

Vorbild einer größeren

Letztes Wochenende war der größte Atlantikliner, die „Queen Mary 2", wieder einmal in Hamburg auf dem Hafengeburtstag zu sehen. Die „2" im Namen verweist auf das große Vorbild, die RMS „Queen Mary", deren Jungfernfahrt vor einem Dreivierteljahrhundert begann.

Bereits 1926 war Letztere als Ersatz für die „Mauretania", Trägerin des Blauen Bandes von 1907 bis 1929 und Schwesterschiff der berühmt-berüchtigten „Lusitania", in der Planung. Nach der Kiellegung 1930 war an und für sich bereits 1932 mit dem Stapellauf gerechnet worden. Wegen der Weltwirtschaftskrise wurden die Arbeiten jedoch unterbrochen und erst 1934 wieder aufgenommen. Noch im selben Jahr erfolgte der Stapellauf mit der Taufe auf den Namen der Ehefrau des damaligen Königs Georg V.



„Queen Mary" Bild: Internet

Am 27. Mai 1936 begann die Jungfernfahrt auf der klassischen Rote Southampton–Cherbourg–New York. Aufgrund dichten Nebels wurde das Blaue Band für die schnellste Atlantiküberquerung auf dieser ersten Fahrt verfehlt, aber Ende August gelang es dann schließlich, der „Normandie" die Trophäe abzujagen. Bis 1952 blieb sie Rekordhalter.

Heute macht der Liner schon lange keine Atlantiküberquerungen mehr. 1967 wurde er stillgelegt. Aber eine Verschrottung blieb ihm erspart. Festgemacht im kalifornischen Long Beach, dient er heute als Hotelschiff. *M. R.*

Nicht nur eine Partei der »Blockflöten«

Ehrenrettung für Ost-CDU-Mitglieder durch neue Doktorarbeit an der Universität Rostock

Die Zeit der deutschen Teilung und der kommunistischen Diktatur im östlichen Teil, immerhin eine Epoche von mehr als 40 Jahren Dauer, ist im wiedervereinigten Deutschland mehrheitlich wenig präsent. Umso mehr ist jede zeitgeschichtliche Darstellung zu begrüßen, die diesem Zustand abzuhelfen vermag.

Die dieses Jahr im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene Dissertation „Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Mecklenburg und Vorpommern – Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes (1945–1952)" des jungen Historikers Christian Schwießelmann, selbst Mecklenburger vom Jahrgang 1980, widmet sich ihrem Thema mit Umsicht und Engagement. Schon die Quellenlage war schwieriger als zu erwarten war, ist doch der Bestand der wichtigsten Dokumente der CDU-Parteiführung und der Landtagsfraktion in Mecklenburg zwischen 1945 und 1952 verloren gegangen. Der Verfasser musste deshalb auf die Erinnerungen und Nachlässe der Akteure, teilweise auf der lokalen Ebene, zurückgreifen. Auch im heute offenen Archiv der KPD/SED war vieles zu finden, was insbesondere die Stasi im Lauf der Jahre illegal zusammengebracht hatte.

Mecklenburg war bei Kriegsende noch weithin eine klassische Agrarregion mit wenig Industriebevölkerung, abgesehen vom Schiffsbau an der Küste; viele Großgrundbesitzer waren schon nach Westen geflohen. So war die Hoffnung verständlich, neben der KPD eine bürgerliche Sammlungspartei aufbauen zu können. Tatsächlich wurde die CDU bei den ersten noch einigermaßen freien Landtagswahlen im Herbst 1946 zur zweitstärksten Partei mit immerhin rund 200 000 Mitgliedern, die der Meinung waren, auch als Nichtkommunisten am Wiederaufbau teilnehmen zu können. Doch schon am Ende des Jahres 1947 setzte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) die CDU-Vorsitzenden in der SBZ, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, ab, weil sie nicht bereit waren, bei der kommunistischen Volkskongress-Bewegung mitzumachen. 1948 gründete die SMAD kurzerhand zwei neue Parteien, die Nationaldemokratische Partei (NPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschland (DBD), um der CDU Mitglieder und Wähler aus der Landwirtschaft, dem Handwerk und selbst unter den ehemaligen Nationalsozialisten wegzunehmen. Auf dem Weg zur „antifaschistischen Einheitsfront" unter der führenden Rolle der SED wurden die Zügel stetig angezogen durch den Kampf gegen „Reaktionäre und Volksfeinde" in den bürgerlichen Parteien sowie Säuberungswellen, Parteiausschüsse, Verhaftungen und Deportationen in die Sowjetunion. Ende 1949 hatten die Sowjets und ihre deutschen kommunistischen Handlanger die willfährigen Leute Otto Nuschke, Georg Dertinger und Gerald Götting an der Spitze der DDR-CDU gefunden. Im Oktober 1951 bekannte sich diese neue Führung mit den sogenannten Meißener Thesen zur „sozialistischen Gesellschaftsordnung" in der DDR und zur vorbehaltlosen Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und damit der SED. Der dritte CDU-Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Köhler, wurde 1952 ebenso verhaftet wie ein Jahr später der CDU-Vorsitzende in der DDR, Georg Dertinger, den man als Außenminister hatte amtieren lassen. Wegen Spionage für den Westen, so der absurde Vorwurf, wurde er zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Als „Volksdemokratie" firmierend, war die Diktatur der Kommunisten endgültig etabliert, woran auch der Volksaufstand des 17. Juni 1953 nichts mehr zu ändern vermochte.



Bild: Süddeutsche Zeitung

Jakob Kaiser (Mitte) und Ernst Lemmer (rechts) nach ihrer Absetzung: Die beiden vormaligen Vorsitzenden der Ost-CDU zeigen beispielhaft, dass – insbesondere in der Anfangszeit – neben Opportunisten auch Idealisten mit christlichen Motiven sich in dieser Partei engagierten.

Der Autor weist mit guten Gründen den Vorwurf zurück, in der CDU der DDR wie in den anderen Blockparteien hätten sich nur gehorsame „Blockflöten" befunden. Trotz Überwachung, der Seuche der Denunziation und eines Netzes von „Informellen Mitarbeitern" der Stasi, auch in den eigenen Reihen, weist der Autor nach, dass es immer wieder Widerstand in der Partei gegeben hat, den insgesamt 14 Mitglieder mit ihrem Leben bezahlt haben.

Wer die Realitäten der kommunistischen Parteidiktatur in der einstigen DDR gewissermaßen hautnah und mit vielen Details belegt kennenlernen will, dem sei dieses durchaus sachliche Buch zur Lektüre empfohlen. Die zeitgeschichtlichen Tatsachen bieten immer wieder die besten Argumente gegen die heute verbreiteten Verniedlichungsversuche und gegen das Vergessen dieser bitteren Phase der gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte.

Klaus Hornung

***Christian Schwießelmann: „Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Mecklenburg und Vorpommern – Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes (1945-1952)"** („Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte", Band 58), Düsseldorf 2011, herausgegeben im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Droste Verlag, Düsseldorf 2011, 512 Seiten, 49 Euro.*

»Nun haben wir den Salat«

Josef Priller sagte Generalen die Meinung und hatte meist Recht

Nun haben wir den Salat". Das dachte der deutsche Jagdflieger, der am Morgen des 6. Juni 1944 über die Küste der Normandie flog. Unter ihm spie die alliierte Invasionsflotte Unmengen an Menschen und Material auf den Strand. Ein lohnendes Ziel, doch außer dem Oberstleutnant Josef Priller und seinem Rottenflieger war nichts von der deutschen Luftwaffe zu sehen. Einen Anflug, mehr würden sie nicht schaffen, ging es ihm durch den Kopf. In der Erwartung, an diesem Tag den Fliegertod zu sterben, brausten die beiden im Tiefflug über den Strand und verschossen ungezielt ihre gesamte Munition. Damit war der einzige Einsatz der Luftwaffe am D-Day nach wenigen Minuten beendet, die Chance, die alliierte Landung aus der Luft zu verhindern, vertan.

Nun war eingetreten, wovor Priller noch einen Tag zuvor gewarnt hatte. Vehement hatte er sich gegen die Verlegung der deutschen Jagdverbände ins Innere Frankreichs gewehrt. So, wie Generalfeldmarschall Erwin Rommel – vergeblich – die Stationierung seiner Panzer in Küstennähe gefordert hatte, war Priller davon überzeugt, dass die Flieger angesichts der erwarteten Invasion weit vorn bleiben müssten. Wahnsinn sei es, so beschwor er seine Vorgesetzten, sie jetzt nach hinten zu verlegen. Doch niemand wollte auf ihn hören. Ihm wurde beschieden, derartige Entscheidungen den Generalstäblern zu überlassen, denn die verstünden mehr davon.

Als Priller am Morgen des Landungstages den Startbefehl bekam, lagen seine Staffeln auf weit entfernten Flugplätzen, während sich das Bodenpersonal und der Tross noch auf dem Marsch befanden und auf den Landstraßen von den gegnerischen Jagdbombern zusammengeschossen wurden. Außer sich vor Zorn beschimpfte Priller nach seiner glücklichen Rückkehr am Telefon seine Vorgesetzten. Die Dummheit und Borniertheit der „Klotzköpfe" in der Generalität wären schuld an der geglückten Landung, der Luftüberlegenheit der Alliierten und der drohenden Niederlage im Westen.



Josef Priller Bild: internet

Priller war in der Luftwaffe als reizbarer Mann und für seinen Jähzorn bekannt. Er stand in dem Ruf, selbst Generalen die Meinung zu sagen. Meistens hatte er Recht.

Der am 15. Juli 1915 in Ingolstadt geborene Priller trat 1935 in das Infanterieregiment 19 ein. Ein Jahr später wechselte er zur Luftwaffe und wurde Jagdflieger. Während des ganzen Krieges an der Westfront eingesetzt, erzielte er bei 1307 Feindflügen 101 Abschüsse. Damit zählte er zu den „Assen" der deutschen Jagdwaffe, was auch durch die Verleihung des Ritterkreuzes mit Eichenlaub und Schwertern zum Ausdruck kam. Anfang 1945 wurde er, inzwischen Oberst, zum Inspekteur der Jagdflieger Ost ernannt und durfte keine Einsätze mehr fliegen. Akribische Stabsarbeit war nicht seine Sache; gesunder Menschenverstand, soldatischer Instinkt und ein hohes fliegerisches Können wiesen ihm stets den Weg zum Erfolg. Dass er das Herz am rechten Fleck und oftmals auch auf der Zunge trug, machte ihn bei seinen Untergebenen ebenso beliebt wie bei seinen Vorgesetzten gefürchtet.

Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft studierte Priller Brauwesen und arbeitete anschließend als Direktor einer Augsburger Privatbrauerei. Auch wenn ein Wiedereinstieg in den Soldatenberuf für ihn nicht in Frage kam, fühlte er sich der Bundesluftwaffe, in der viele seiner einstigen Fliegerkameraden Dienst taten, verbunden. Im Alter von erst 45 Jahren erlag er am 20. Mai 1961 einem Herzinfarkt. Die Luftwaffe flog über seinem Grab eine Ehrenformation, als er auf dem Augsburger Westfriedhof mit militärischem Zeremoniell beigesetzt wurde. *Jan Heitmann*

VW-Geld für Forschung

Vor 50 Jahren wurde die Volkswagen-Stiftung gegründet

Vor knapp 40 Jahren erregte die Studie „Die Grenzen des Wachstums" weltweites Aufsehen. Der Titel des umfangreichen Forschungsprojekts wurde zum Schlagwort für die damals beginnende Diskussion, wie lange die Welt sich ein ständiges Wachstum bei rigoroser Ausnutzung ihrer natürlichen Ressourcen leisten könne.

Die Finanzierung des aus heutiger Sicht vergleichsweise „billigen" Projekts, knapp eine Million Mark, hatte seinerzeit der berühmte Club of Rome bei der Stiftung Volkswagenwerk in Hannover beantragt. Es war eine der ersten bedeutenden Taten der damals noch jungen Stiftung, die 1989, dem Sprachgebrauch folgend, in Volkswagen-Stiftung umbenannt wurde. In diesen Tagen jährt sich ihre Gründung zum 50. Mal.

Die Vorgeschichte der Stiftung spiegelt ein Stück Industriegeschichte der jungen Bundesrepublik wider. Nach 1945 war lange umstritten, wem das in der NS-Zeit gebaute VW-Werk gehöre. Bund und Land Niedersachsen stritten jahrelang, bis sich im Zuge der damals beliebten Privatisierung (dann auch bei den Staatskonzernen VIAG und VEBA) diese um 1960 in Wolfsburg durchsetzte. 60 Prozent der Aktien kamen als „Volksaktien" an Millionen von Kleinaktionären, jeweils 20 Prozent behielten der Bund und Niedersachsen. Mit dem Erlös aus den veräußerten Aktien von rund einer Milliarde D-Mark und dem Anspruch auf den Gegenwert der jährlichen Gewinne aus den Bund und Land verbliebenen Aktien als Vermögensausstattung wurde am 19. Mai 1961 die Stiftung gegründet.

Heute beträgt das Stiftungskapital rund 2,4 Milliarden Euro. Es ist in Aktien, Immobilien und verzinslichen Wertpapieren angelegt. Die Gewinne daraus werden, wie bei Stiftungen üblich, einem bestimmten Zweck zugeführt, hier „der Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre".

Dafür stehen heute in Hannover pro Jahr etwa 100 Millionen Euro bereit. Damit ist die Stiftung die größte gemeinnützige Stiftung privaten Rechts in Deutschland, liegt allerdings weit unter der staatlich finanzierten Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn, die jährlich rund 1,2 Milliarden Euro vergibt. Gleichwohl kann man auch mit 100 Millionen Euro unkonventionell und flexibel eine Menge tun. So hat die VW-Stiftung als erste die damals neue molekularbiologische Forschung (in Braunschweig) gefördert, schon in den 70er Jahren eine gegenwartsbezogene Orientforschung angeregt und in New York, Oxford und Tel Aviv große Zentren zu Deutschland- und Europastudien unterstützt. Ein von Bund und Niedersachsen beschicktes Kuratorium entscheidet über die rund 1000 Anträge pro Jahr, wobei Niedersachsen – zum Unmut anderer Länder – als Stammland des VW-Werks eine Vorzugsstellung hat. Vorsitzender ist derzeit der niedersächsische Wissenschaftsminister Lutz Stratmann, seine Vertreterin Bundesbildungsministerin Annette Schavan.

Größte gemeinnützige Stiftung privaten Rechts in Deutschland

Da Forschung zumal in den Natur- und Technikwissenschaften immer teurer wird, hat man sich, um die Fördermittel möglichst effektiv einzusetzen, auf gewisse Schwerpunkte konzentriert, so unter anderem in der Regionenforschung auf das subsaharische Afrika sowie auf Mittelasien und den Kaukasus, auf Forschungen zum globalen Wandel, auf Simulationen komplexer Systeme und auf die Molekularbiologie. Daneben gibt es zahlreiche Stipendien sowohl für den wissenschaftlichen Nachwuchs als auch für Spitzenforscher.

Ein positiver Effekt der Stiftungsgründung war und ist, dass inzwischen zahlreiche andere Stiftungen (Bosch, Thyssen, Haniel, Siemens) gefolgt sind, manche mit wissenschaftlicher, andere mit sozialer oder karitativer Zielsetzung. Der unlängst gegründete Bundesverband deutscher Stiftungen trommelt unermüdlich für noch größeres Engagement. In der Tat steht Deutschland im Vergleich zu den USA mit ihren großen Stiftungen wie Rockefeller oder Ford noch immer ziemlich am Anfang. *Dirk Klose*

Hoffnung auf alten Charme

Berlin widmet seinem Kurfürstendamm zum 125. Geburtstag ein buntes Veranstaltungsprogramm

Ich hab so Heimweh nach dem Kurfürstendamm, hab so Sehnsucht nach meinem Berlin! Alles was gut war, das kommt mal zurück, wenn darüber auch Zeit vergeht", sang Hildegard Knef 1963. Als sie dieses Lied in die Mikrofone hauchte, war der alte Kurfürstendamm nur ein Abglanz seiner selbst. Das soll sich jetzt ändern.

Damals war die gute Adresse Ku'damm längst dahin, auch als teures Einkaufsparadies war er nicht mehr so gefragt wie vor dem Krieg. Die einst elegante Flaniermeile gab es nicht mehr, doch die Westberliner liebten ihren Ku'damm, schließlich gab es während der Teilung der Stadt nichts Vergleichbares. Nach dem Fall der Mauer zog es dazu die internationalen Besucher vermehrt in den langsam aufblühenden Ostteil der Stadt. Nikolai- und Scheunenviertel sind interessanter als die „alte Tante Ku'damm". Die begann nun just ab 5. Mai ihren 125. Geburtstag zu feiern. Ein halbes Jahr lang soll es hoch hergehen am Ku'damm.

Eine kostenlose Open-Air-Ausstellung wird die Besucher über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Ku'damms informieren. Im Mittelpunkt des Interesses liegen dabei vor allem die großen Bauprojekte wie die Sanierung der Gedächtniskirche, der Neubau des 32 Stockwerke hohen Wolkenkratzers „Zoofenster", welcher das zukünftige Luxushotel „The Waldorf Astoria" beherbergen wird, der spektakuläre Umbau des traditionsreichen Bikini-Hauses, die Renovierung des Zoo-Palastes und die Sanierung des Cumberland-Hauses. Geplant ist, den traditionsreichen Boulevard in eine moderne, zukunftsorientierte Flaniermeile mit ganz besonderem Flair zu verwandeln. Eine goldene Infotreppe lädt dazu ein, sich über die Veranstaltungen auf dem Ku'damm zu informieren oder Führungen zu buchen.

Eine besondere Attraktion wird die Freunde des Automobils am 28. und 29. Mai erwarten: ein exklusives Oldtimertreffen auf Deutschlands Prachtboulevard. Höhepunkt des Treffens ist die Präsentation des Originalpatentwagens von Mercedes aus dem Jahre 1886. Bis zu 1250 Oldtimer aus den 1930er bis 1970er Jahren können auf einer zwei Kilometer langen Ausstellungsfläche im Rahmen des Oldtimertreffens, beginnend am Breitscheidplatz bis zum Olivaer Platz, bestaunt werden. Neun automobilherstellende Nationen präsentieren landestypische Fahrzeuge, historische und aktuelle Mode und entsprechende kulinarische Köstlichkeiten.

Die wechselvolle Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Straße wird anhand kleiner Geschichten über Bewohner und Gebäude in Glasvitrinen zur Schau gestellt. So wird der Boulevard zum Freilichtmuseum. Mal umjubelt, mal geschmäht, hat der Kurfürstendamm wie keine andere Straße Deutschlands eine besondere Geschichte aufzuweisen – von einem Reitweg zum Prachtboulevard. Der Ursprung geht auf das 16. Jahrhundert zurück. Kurfürst Joachim II. (1505–1571) wollte per Pferd zu seinem Jagdschloss im Grunewald. Dazu musste der Weg geebnet werden. Lange Zeit blieb es bei einem Knüppeldamm zwischen Tiergarten und Grunewald, der lediglich mit Holzbohlen befestigt war. 1787 wurde erstmals der Name „Churfürsten Damm" erwähnt. Seine jetzige Länge erhielt er durch die Erweiterung des Reitwegs bis zum Halensee. Reichskanzler Otto von Bismarck war es schließlich, der den Reitweg 1878 zum Boulevard ausbauen ließ – 3,5 Kilometer lang und 53 Meter breit.

Die Metropole Berlin war in diesen Jahren ein besonderer Anziehungspunkt. Mit der Bevölkerung wuchs auch der Verkehr. Gehwege säumten den „Hauptspazierweg" für Wagen und Reiter. Als dann am 5. Mai 1886 die erste Dampfstraßenbahnlinie vom Zoologischen Garten bis Halensee ihren Betrieb aufnahm, war auch der Kurfürstendamm als städtischer Boulevard geboren. An seinen Rändern schossen Wohn- und Geschäftshäuser wie Pilze aus dem Boden. Die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und ein Luna-Park bestimmten das Gesicht.

Auch bei Nacht sehenswert: Der Kurfürstendamm in Berlin — Bild: Horovitz

Künstler wie Emil Nolde und Otto Dix sowie Intellektuelle zog es an den Kurfürstendamm, Theater und Kinopaläste, Cafés und Cabarets sorgten für das gewisse Ambiente. Die damals sensationelle Leuchtreklame tauchte den Boulevard bei Nacht in ein schillerndes Licht. Nicht allen gefiel das, vor allem auch weil sich so mancherlei Gelichter am Ku'damm herumtrieb. 1930 schimpfte Gottfried Benn über „Kriminelle und Transvestiten, Psychoten und Bankrotteure, Barschleicher, Stummelraucher und frigide Sumpfpflanzen". Die Nationalsozialisten machten diesem Treiben schnell ein Garaus. Der Kurfürstendamm versank im Dunkel; schließlich zerstörten die alliierten Luftangriffe auch noch einen großen Teil der Bebauung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bemühte man sich, mit Prachtbauten wie dem Hotel Kempinski oder dem Café Kranzler, dem Einkaufstempel KaDeWe oder der Schaubühne am Lehniner Platz alte Zeiten wieder aufleben zu lassen. So ganz gelungen schien es nicht, doch Hildchen Knef hat in ihrem Lied auf die Zeit gebaut. Und so bleibt zu hoffen, dass mit dem 125. Geburtstag der Ku'damm seinen alten Charme zurück erhält.

Silke Osman

Er konnte entkommen

Der Preußeninteressierte weiß um den tragischen Fluchtversuch des späteren Friedrich II. als Kronprinz und die ihm folgenden drakonischen Strafen des Königs Friedrich Wilhelm I. Weniger bekannt dürfte schon sein, dass mit Peter Karl Christoph von Keith ein Beteiligter des gescheiterten Versuchs sich der Rache des Soldatenkönigs entziehen konnte.

Keith war wie der nicht zuletzt wegen seines traurigen Endes ungleich bekanntere Hans Hermann von Katte ein Vertrauter Friedrichs. Der aus Poberow in Hinterpommern stammende Spross einer aus Schottland stammenden Familie diente dem Kronprinzen als Leibpage. Dem König blieb Keiths Sympathie für seinen Sohn und die Missbilligung seiner eigenen Härte nicht unbemerkt und so versetzte er ihn als Leutnant ins ferne Wesel.

Von dort aus unterstützte der junge Offizier 1730 die Fluchtpläne seines königlichen Freundes. Nach deren Aufdeckung warnte ihn der Prinz mit einem Zettel, auf dem stand: „Sauvez Vous – Tout est decouvert" (Bringt Euch in Sicherheit – Alles ist aufgedeckt). Über Holland entkam Keith mit Hilfe des englischen Gesandten Philip Stanhope, 4. Earl of Chesterfield, vor den ihm vom Preußenkönig nachgesandten Verfolgern nach England. Von dort ging er mit Admiral John Norris nach Portugal, wo er als Major in der Kavallerie des iberischen Königreiches Dienst tat. So mussten sich die Preußen nolens volens damit begnügen, statt seiner ein Bild von ihm an in Wesel zu hängen.

Nach dem Wechsel von Friedrich Wilhelm zu Friedrich kehrte Keith aus dem Exil nach Preußen zurück, heiratete mit Adriane von Knyphausen die Tochter eines vormaligen Ministers, wurde Stallmeister, Oberstleutnant und Kurator der Akademie der Wissenschaften. Er hatte sich von seinem Freund nach dessen Thronbesteigung allerdings mehr erhofft. Am 27. Dezember 1956 starb der am 24. Mai 1711 geborene Hinterpommer.

M. R.

»Entweder ich liebe keinen oder alle«

Ihr Streben nach Freiheit, wie sie sie verstand, machte Fanny zu Reventlow zur »Skandalgräfin«

Fanny Gräfin zu Reventlow versuchte, sich der Rolle zu entziehen, welche die Gesellschaft und vor allem ihre Mutter für sie bestimmt hatten. Die Gräfin tat dieses mit einer enormen Konsequenz und zahlte dafür einen hohen Preis.

Fanny Sophie Liane Auguste Adrienne zu Reventlow wurde am 18. Mai 1871 in das als prüde geltende Viktorianische Zeitalter geboren. Sie war das, was man eine „höhere Tochter" nennt. Ihr Vater war Landrat in Husum, wo auch ihre Wiege stand, sie selber als Gräfin Mitglied der Aristokratie. Im Gegensatz zu ihrer älteren Schwester Agnes war sie nicht bereit, sich auf die ihr für die Zukunft bestimmte Rolle als Ehefrau und Mutter vorzubereiten. Sie reagierte mit Widerstand, den vor allem ihre Mutter, aber auch andere Mitglieder der Familie zu brechen versuchten.

Als die Eltern 1885 längere Zeit verreist und die Gouvernante erkrankt ist, nutzt Fanny die Gelegenheit, um mit ihrem jüngeren Bruder Carl in der „grauen Stadt am Meer" herumzustreunen. Als Folge wird das Mädchen Ostern 1886 zur weiteren Erziehung in das Freiadelige Magdalenenstift in Altenburg geschickt – wo sie allerdings noch im selben Jahr wieder herausfliegt, weil sie Schulden gemacht hat, um einer Schulfreundin einen Gedichtband schenken zu können. Fanny wird zu Verwandten aufs Land geschickt.

In einer dieser Verwandten, Fanny Gräfin zu Rantzau, findet das Mädchen eine Seelenverwandte. Die Schwester ihrer Mutter richtet der künstlerisch Interessierten ein Atelier ein und verschafft ihr Malunterricht. Fanny weiß, dass ihre Eltern ihr kein Kunststudium ermöglichen werden, erreicht aber mit Unterstützung ihrer Tante, dass sie auf das Lehrerinnenseminar darf. In dem Bestreben, möglichst schnell von den Eltern unabhängig zu werden, schließt sie

> »Ich will überhaupt lauter Unmögliches, aber lieber will ich das wollen, als mich im Möglichen schön zurechtzulegen«

bereits nach anderthalb statt der üblichen zwei Jahre die Ausbildung mit dem „Zeugnis der Befähigung für den Unterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen" ab.

Durch eine Unachtsamkeit Fannys fällt ihren Eltern wenige Monate später ihre Liebeskorrespondenz in die Hände. Sie wird in ein Pfarrhaus in Adelby bei Flensburg verbannt, wo sie Moral und Haushalt lernen soll. Von dort flieht sie zu einer Freundin nach Wandsbek.

Bei Else Gutschow, so der Name der Freundin, lernt sie den Gerichtsassessor Walter Lübke kennen und lieben. Die beiden werden ein Paar und er finanziert ihr eine Ausbildung in Schwabing, seit König Ludwig I. eine der Kunstmetropolen Europas. Dort nimmt Fanny nicht nur Malunterricht, sondern beginnt auch eine Affäre mit dem polnischen Maler Adolf Herstein. Sie wird schwanger, erleidet eine Fehlgeburt und gesteht ihrem Ehemann die Wahrheit, der sich daraufhin von ihr scheiden lässt.

Fanny hat sich als Malerin, nicht als Schriftstellerin verstanden, verdient ihren Lebensunterhalt nun jedoch vornehmlich durch schriftstellerische Tätigkeit. Sie übersetzt französische Literatur und fängt selber an zu schreiben, beispielsweise für die 1896 gegründete satirische Wochenzeitschrift „Simplicissimus".

1897 ist sie erneut schwanger, bringt noch im selben Jahr ihr einziges Kind Rolf zur Welt. Ihr Sohn ist die einzige Person, zu der sie eine konstante Bindung entwickeln sollte. Den Namen seines Vaters gibt sie nicht preis.

Bei einem Spaziergang mit Rolf durch die Isarauen trifft Fanny 1899 den Schriftsteller Friedrich Huch, der sie mit Ludwig Klages bekannt macht. Fanny gewinnt Klages dafür, die Vormundschaft für Rolf zu übernehmen, und bei ihm findet sie Unterstützung in ihrem Vorhaben, einen Roman über ihr bisheriges Leben zu schreiben. Bezeichnend für Fannys Selbstverständnis ist, dass sie den Roman schreiben will, um Geld zu verdienen, nicht um sich künstlerisch auszudrücken, denn dafür dient ihr die Malerei. So entsteht bis 1903 „Ellen Olestjerne", ihr Erstlingsroman und eines ihrer bekanntesten Werke.

Über Klages gewinnt Fanny auch Kontakt zu dem okkulten Kreis der sogenannten „Kosmiker". Einen zentralen Punkt in der esoterischen Ideologie dieser Kosmiker spielte deren Frauenideal der Mutter und Hetäre. Fanny entsprach diesem Ideal in hohem Maße und genoss bei den Kosmikern ein entsprechendes Ansehen. Fanny ihrerseits hatte Probleme, die Kosmiker ernst zu nehmen. Hiervon zeugt ihr humoristischer Schlüsselroman „Herrn Dames Aufzeichnungen oder Begebenheiten aus einem merkwürdigen Stadtteil" aus dem Jahre 1913.

Im Schwabinger Café Stephanie lernt Fanny 1906 Erich Mühsam kennen. Dieser anarchistische Schriftsteller, der ein ähnlich abenteuerliches Bohèmeleben wie sie führt, vermittelt ihr eine Scheinehe mit dem ihm befreundeten baltischen Baron Alexander von Rechenberg-Linten. Der im schweizerischen Ascona lebende adlige Alkoholiker braucht eine adlige Ehefrau, um von seinem Vater als Erbe eingesetzt zu werden; und die chronisch klamme Fanny kann die ihr zugesagte Hälfte des Erbes gut gebrauchen. 1911 wird in Ascona geheiratet.



Fanny zu Reventlow — Bild: Archiv

Doch Fanny hat Pech. Zwar hält sich ihr (Schein-)Mann an die Abmachung und dessen Vater stirbt auch schon zwei Jahre später. Allerdings hat der das Theater durchschaut und Fannys Mann enterbt, so dass den beiden nur dessen Pflichtteil bleibt. Und es kommt noch schlimmer: Die Bank in Locarno, bei der Fanny ihren Teil des Erbes anlegt, geht pleite. Fanny verarbeitet die Pleite in ihrem 1916 erscheinenden Briefroman „Der Geldkomplex".

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges brachte Fanny neue Sorgen. Durch ihre Heirat mit dem Balten war sie russische Staatsangehörige geworden und konnte als Angehörige eines Feindstaates nicht mehr ungehindert ins Reich. Ihr Sohn wiederum war als deutscher Staatsangehöriger zum Kriegsdienst auf deutscher Seite eingezogen worden. Mit Unterstützung der Mutter gelingt Rolf 1917 die Flucht zu ihr in die Schweiz. Als deutscher Soldat wird er allerdings aus dem Tessin als Grenzkanton ausgewiesen. Am Bahnhof von Bellinzona müssen Mutter und Sohn voneinander Abschied nehmen. Es wird eine Trennung für immer. Im Juni 1918 verunglückt Fanny bei einem Fahrradsturz schwer. Noch im selben Monat, am 26., verstirbt sie in Locarno auf dem Operationstisch.

Manuel Ruoff

Amtsenthebungen als Maßnahme gegen Politiker, die sich nicht an das Grundgesetz halten

Zu: „Sarrazin" (Nr. 17)

Die Diskussionen um Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab" inspirierten vermutlich den für eine „Bunte Republik" schwärmenden Bundespräsidenten Christian Wulff (CDU) zu der Äußerung: „Der Islam gehört zu Deutschland." Innenminister Friedrich (CSU) widersprach ihm. Seither stehen sich beide Aussagen unentschieden gegenüber. Wer hat Recht?

Wenn politische Fragen von einschneidender Bedeutung für das deutsche Volk zu klären sind, ist das Grundgesetz zu befragen. Es begrenzt den Handlungsspielraum von Politikern. An ihm haben sie ihre politische Meinung und Zielsetzung auszurichten. Amtsträger sind durch ihren Eid an dieses Gesetz gebunden. Die im Grundgesetz enthaltenen Grundrechte gelten für jeden, der in Deutschland lebt, also auch für Muslime. Für Muslime gelten aber auch die religiösen Gesetze des Korans. Jedoch sind Koran und Grundgesetz nicht miteinander vereinbar, wie Foglendes zeigt: Laut Grundgesetz ist die Würde des Menschen unantastbar, die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses unverletzlich und es sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Durch Anweisungen des Korans wird dagegen die Würde Andersgläubiger verletzt. Sie werden mit Vieh verglichen. Frauen werden den Männern untergeordnet. Außerdem stehen das Familien-, Erb- und Strafrecht des Korans deutschem Recht entgegen. Diese Beispiele belegen: Der Koran ist mit dem Grundgesetz nicht kompatibel. Der Islam kann daher nicht zu Deutschland gehören und Muslime sind nicht integrierbar. Politiker, die wie der Bundespräsident Wulff eine „Bunte Republik" wollen, die an Schulen Islamunterricht einführen und die den Bau von Moscheen fördern, um in Deutschland den Islam zu etablieren, handeln grundgesetzwidrig. Parteiausschluss und gegebenenfalls Amtsenthebung sollte die Mindestkonsequenz für diese politischen Extremisten sein, die vorsätzlich das Grundgesetz missachten und die ihren Amtseid brechen, um ihre grundgesetzwidrigen Ziele zu erreichen.

Dieter Bliesener, Hamburg

Schon vergessen?

Zu: CDU

„Schwarz-Gelb am Horizont" „Längst hat sich die CDU dem grünen Zeitgeist angepasst". Aha! Ich las von Wilfried Böhm: „Der Tag, an dem die Mauer fiel", dass am 9. November 1989 anlässlich einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages Kanzleramtsminister Seiters allen mitgeteilt habe, dass die DDR ihre Grenzen geöffnet habe. Daraufhin seien alle Abgeordneten aufgestanden und hätten gesungen: „Einigkeit und Recht und Freiheit" – bis auf die Grünen. Sie hätten sich erhoben und den Plenarsaal verlassen. Durch diesen Affront zeigten sie, dass es mit ihrem Nationalbewusstsein und dem Wunsch nach Einheit nicht weit her war.

Marg.-Elfriede Krause, Pattensen



Kampf gegen Rechts: Leicht gerät ein Unbescholtener in die Schusslinie
Bild: ddp images

Freie Assoziation zu Klopsen

Zu: Borrussia Dortmund

In freier Assoziation an eine Königsberger Gaumenfreude, bekannt in Form von Bällchen als „Klopse", könnte man in diesen Tagen bezüglich der jungen Fußballtruppe aus Dortmund mit ihrem Trainer Jürgen Klopp auf eine sportliche Augenweide im Umgang mit Bällen schließen.

Wenn schon die lateinisierte Form des deutschen Wortes Preußen aus mancherlei Gründen, gewollt oder fahrlässig, aus dem deutschen Sprach- und Denkgebrauch verloren zu gehen droht, so ist es eben dieser „Ballspiel-Verein Borussia 1909", der im Jahre 2011, 310 Jahre nach der Thronbesteigung des Königs in Preußen, seine siebte Deutsche Fußballmeisterschaft feiern darf und damit stolz die schwarz-gelbe Flagge zeigt. Wenn das der Kaiser wüsste! Neben der Borussia aus Dortmund sind noch vier weitere preußische Kickervereine in der ewigen Bundesligatabelle gelistet: Borussia Mönchen-Gladbach, Borussia Neunkirchen, Tennis Borussia Berlin und Preußen Münster. Als geborener Westfale gratuliere ich hiermit, stellvertretend für alle Preußen, in diesem Sinne dem Schwarzwälder Fußball-Lehrer Klopp und seinen torhungrigen Kloppsen – auch in stillem Gedenken an die Konkurrenz der immerhin „Königsblauen" auf Schalke.

Heinz Welchert, Norden

Über Nacht als Rechtsradikaler verschrien und geächtet

Zu: „Kampf gegen Rechts"

Immer wieder liest man, dass irgendwelchen Organisationen im Kampf gegen Rechts ein großer Erfolg gelungen ist, weil sie diesen oder jenen entlarvt haben. Ich selbst, Sacha Korn, ein Musiker und Musikmanager, gehöre neuerdings auch zu jenen „bösen Rechten". Bis vor kurzem war ich sehr erfolgreich, international anerkannt, habe als Berater und Verleger für international bekannte Künstler, wie zum Beispiel Terence Trent D'Arby, Limp Bizkit, Marilyn Manson, aber auch mit Manager-Legenden wie Pete Bannett (Manager der Beatles, Rolling Stones) gearbeitet.

Plötzlich erschien ein Lied von mir, „Mein Land", auf der NPD-Schulhof-CD. Da die Rechte davon über das Ausland offiziell lizensiert wurden, hatte ich keine Einspruchsmöglichkeit. Und ohne dass ich dazu befragt wurde, war ich plötzlich für alle der böse Rechte. Das Goethe-Radio, das weltweit meine Musik spielte, nahm mich von den Playlisten, Interviews wurden abgesagt, die Antifa schrieb Berichte über mich! Aber der Text „Warum werde ich verbannt, wenn ich sag, ich liebe mein Land ..." spricht aus der Tiefe meines Herzens. Ich liebe mein Land, bin Patriot, aber weder Mitglied der NPD noch habe ich was mit ihnen zu tun, noch bin ich radikal oder gar kriminell. Ich habe fast zehn Jahre im Ausland gelebt, von Los Angeles über Mailand bis hin nach Lodz in Osteuropa. Überall wurde ich gut aufgenommen, nie wurde mir Fremdenfeindlichkeit unterstellt, geschweige denn, dass ich ein Nazi sei. Doch genau so wird mit mir umgegangen. Ein Label nahm sogar Künstler aus ihrem Vertrieb, nur weil diese bei mir unter Vertrag sind.

Man nimmt uns hier in Deutschland den Stolz und verlangt, identitätslos dahinzuleben und ein unendlich großes Maß an Toleranz anderen gegenüber aufzubringen, die unser Land ganz offen hassen, ausbeuten und sich nicht im Geringsten anpassen wollen.

Wer sich mit meiner Musik näher beschäftigt, weiß, dass meine Lieder niemanden ausgrenzen, sondern einfach nur zeitgeistkritisch sind, sich mit der Suche nach Identität, Heimat und unseren Wurzeln beschäftigen.

Prinzipiell bedanke ich mich bei allen, die mir die Möglichkeit geben, meine Musik und meine bescheidene Sicht auf die mich umgebende Welt äußern zu dürfen. Ich kann nicht wissen, was wo und in welchem Zusammenhang erscheint. In Zeiten des Internets wird einfach viel kopiert, woanders „gepostet" oder bei youtube reingestellt. Es ist generell ein qualitativer Unterschied, jemandem ein Interview oder Musik zur Verbreitung zu geben, oder sich einer „Sache", wie zum Beispiel der NPD, mal ganz konkret gesagt, zu verschreiben. Jede noch so kleine patriotische Äußerung wird einem sofort als neonazistisch unterstellt. Die Spielwiese für Patrioten wird einem in Deutschland nach und nach entzogen.

Der Kampf gegen Rechts unterliegt heutzutage in Deutschland keiner Mäßigung und keiner Kontrolle mehr. Es ist die zurzeit größte, staatlich finanzierte Hetz-Kampagne, die sich zum Ziel gemacht hat, eine Minderheit – die eigentlich gar keine ist – aus der Geschichte zu entfernen. Das deutsche Volk, seine Kultur und Identität. Einfach Dinge anders zu betrachten, wird hierzulande leider nicht länger toleriert.

Ich habe nur gefragt: „Warum werde ich verbannt, wenn ich sag, ich liebe mein Land ..." Auffallend oft wird das Fragen gerade von jenen untersagt, die für das „Recht auf Meinungsäußerungen" anderer Länder demonstrieren gehen. Wir haben uns einschüchtern lassen und nehmen jetzt alles hin, obwohl wir wissen, dass es uns schadet. Aber wovon distanzieren wir uns? Von uns selbst, von unseren Traditionen, unserer Kultur, und warum machen wir das? Der Raum der freien Meinungsäußerung wird immer weiter eingeengt und kriminalisiert. Deutschland wird abgeschafft, und keiner macht was.

Doch mir fällt auf, dass immer mehr Menschen zu sich selbst stehen und sich trauen, auch einer eigentlich tabuisierten Meinung zuzustimmen.

Ich distanziere mich von Dummheit und Gewalt. Ich gebe jedem ein Interview. Ich bin weltoffen, tolerant und stolz auf mein Land und ich möchte etwas ändern.

Sacha Korn, Teltow

Tief bewegt von Foto in der *PAZ*

Zu: „Dresden an der Ostsee" (Nr. 9)

Tief bewegt war ich, als mich beim Durchblättern der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* mein Vater, Ernst Lorenz, anblickte. Ich brauchte danach einige Zeit, um diese unerwartete Begegnung, die mich wie ein Gruß von weit her meines 2004 verstorbenen Vaters berührte, zu verarbeiten. Mein Vater ist der Marineoffizier, der auf dem dem Artikel beigefügten Bild mit einem Wehrmachtsoffizier spricht. Ich (* Oktober 1942) kenne das Originalbild vom März 1945 in kleinem Format aus dem Privatbesitz meines Vaters seit meiner frühen Kindheit.

Mein Vater, Crew 35, war damals als Kapitänleutnant Erster Offizier auf dem Zerstörer „Z 34 Erich Koellner" seit der Indienststellung des Schiffes am 5. Juni 1943 (Kommandant Korv.Kpt. Karl Hetz). Nach der Räumung Norwegens wurde „Z 34" ab Februar 1945 in der Ostsee eingesetzt: Zur Sicherung auf See und entlang der pommerschen Küste, in der Danziger Bucht bis nach Ostpreußen sowie zum Transport von Soldaten, Verwundeten und Flüchtlingen aus den Häfen Hela, Pillau, Kolberg, Gotenhafen, Danzig und Swinemünde.

In ununterbrochenem Einsatz hat der Zerstörer mit seiner Besatzung dort Zuverlässiges und Hervorragendes geleistet (auch nachzulesen in den Berichten ehemaliger Besatzungsmitglieder: Rolf Güth: „Zerstörer Z 34 – Ein Kriegstagebuch vom Alltag des Seekrieges"; Günter Kneter: „Zerstörer Z 34 – Erlebnisberichte aus dem Leben an Bord von Z 34, dem Landeinsatz, den Überführungskommandos und der Gefangenschaft").

Das Foto ist eine eindringliche Momentaufnahme. Es ruft nicht nur die schmerzliche Erinnerung an die Atmosphäre der letzten Kriegstage in Ostdeutschland, an Flucht und Vertreibung und die damit verbundenen Leiden der Menschen zurück, sondern vermittelt auch einen tiefen Eindruck von der Haltung der Soldaten, von der Treue und absoluten Zuverlässigkeit der Marine gegenüber der Bevölkerung.

Dr. Ulrike Rix-Lorenz, Noer-Lindhöft

Müssen Vertriebene dankbar sein?

Zu: 8. Mai, Tag der Befreiung?

Es gibt Bestrebungen, den 8. Mai zum offiziellen „Tag der Befreiung" zu erklären. An einem Tag, an dem eine, mehrere oder viele Person/en von irgendetwas befreit worden ist/sind, atmen die betreffenden Menschen auf und sind dankbar gegenüber dem Befreier. So sollte sich doch eine Befreiung darstellen! Ja, die Kampfhandlungen waren im Mai 1945 zu Ende. Die Welt atmete auf. Aber ging es nun den Menschen in Deutschland besser? Waren Not, Elend und Verfolgung vorbei, wie es die heutige Generation so sehen möchte?

Man muss sich fragen, ob es am 8. Mai 1945 den Siegermächten wirklich darum ging, das deutsche Volk von Hitler zu befreien. Oder waren da andere Ambitionen vorhanden? Gibt es da nicht einen Widerspruch, wenn es im US-Dokument ICS-1067 vom April 1945 heißt: „Deutschland wird nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt"? Oder wie die englische Sonntagszeitung „Sunday Correspondent" am 16. September 1989 schrieb: „Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, dass wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten."

Nun will man in Deutschland diesen Tag, an dem die deutsche Wehrmacht gezwungen war, bedingungslos zu kapitulieren, zum offiziellen Feiertag erheben – zum „Tag der Befreiung"! Steht in Deutschland eigentlich alles auf dem Kopf? Erwartet die heutige junge Generation, dass ihre Eltern oder Großeltern dankbar sein sollten, dass 16 Millionen Menschen aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden sind; dass über zwei Millionen Menschen bei der Vertreibung umgekommen sind; dass zum Beispiel in Ostpreußen ganze Familien ausstarben (ich selbst habe die Hungerzeit bis Ende 1947 in Ostpreussen erlebt), dass ein Viertel des deutschen Gebietes abgetreten werden musste; dass Fabriken demontiert worden sind; dass unendlich viele Patente und Kunstgegenstände requiriert worden sind; dass nach der Kapitulation in weiten Teilen des besetzten Deutschland Willkür, Vergewaltigungen, aber keine Rechtssicherheit herrschte und schließlich, dass noch immer kein Friedensvertrag unterzeichnet worden ist? Ich bin versucht zu sagen, dass eine Gesellschaft, deren Volk 1945 eine so katastrophale Niederlage erleben musste, mit der Einführung eines „Tages der Befreiung" die tatsächlichen Verhältnisse leugnet. Die Kriegs- und Nachkriegsgeneration hat unbeschreibliche Leiden und Verluste ertragen müssen. Das darf, wie manches andere, nie vergessen werden und bedingt schon aus diesem Grunde, dass diese Zeit nicht umgedeutet werden darf! Eine „Befreiung" sieht anders aus!

Inge Keller-Dommasch, Schweiz

Schwiegermutter war kaisertreu

Zu: Leserbrief „Gedenken an Opfer zentrieren" (Nr. 14)

Der 27. Januar 1945 ist nicht nur „Befreiung von Auschwitz". Ich bin Herrn Gizewski sehr dankbar dafür, dass er darauf hinweist, was an jenem 27. Januar „sonst noch in Mitteleuropa und im Osten Deutschlands geschah". So ist zum Beispiel die Familie meiner Frau selbst davon betroffen: Am 27. Januar 1945 besetzte die Rote Armee Rastenburg in Ostpreußen, wo meine Frau geboren wurde und aufwuchs. Vor den Augen ihrer beiden kleinen Kinder – meine Frau war damals knapp sechs Jahre alt, ihr Bruder um drei Jahre jünger – verhafteten die Sowjets (GPU) dann auf der Straße die Mutter und deportierten sie in ein Lager nach Sibirien, aus dem sie nicht mehr zurückkehrte. Insofern ist der 27. Januar für die Familie meiner Frau ein besonders denkwürdiger Tag, an dem Auschwitz keinerlei Rolle spielt.

Als ich dies vor einigen Jahren im Gespräch mit einem Vertreter der DKP-nahen und vom Verfassungsschutz observierten VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes) im Zusammenhang mit dem Gedenktag des 27. Januar erwähnte, meinte er nur lakonisch, so schlimm dies auch für die Familie meiner Frau sei, so sehr müsse ich doch bedenken, dass meine Schwiegermutter (die ich ja nie kennenlernen durfte) schließlich zum Tätervolk gehört habe und folglich nur das Opfer einer verständlichen Rache geworden sei. Ich habe daraufhin das Gespräch abgebrochen!

Noch eine Bemerkung am Rande: Meine Eltern, beide vor dem Ersten Weltkrieg geboren, wuchsen jeweils in einem von der Monarchie geprägten Elternhaus auf, was dazu führte, dass auch ich als Kind schon den Hinweis erfuhr, der 27. sei Kaisers Geburtstag (Wilhelm II., geboren am 27. Januar 1859), an welchem meine Eltern bis 1918 noch schulfrei hatten.

Wolfgang Reith, Neuss

Ein Jubiläum

Zu: „Fluchttage" (Nr. 17)

Sie sollen wissen, dass mich die Veröffentlichung meines Beitrags „Fluchttage" in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* auf ganz besondere Weise erfreut hat.

Damit ergab sich für mich nämlich gewissermaßen ein persönliches Jubiläum. Denn seit dem 13. Mai 1961 sind in jedem Jahr Arbeiten von mir im *Ostpreußenblatt* erschienen.

Also kann ich mit der vorgenannten Veröffentlichung auf 50 Jahre freie Mitarbeit an unserer Zeitung zurückblicken. Und das schon lange unter Ihrer Regie! Danke!

Hannelore Patzelt-Hennig, Achim

Das Ostpreußenblatt

Nr. 19 – 14. Mai 2011

MELDUNGEN

»Krusenstern« in der Heimat

Königsberg – Die „Krusenstern“, 1926 auf der Tecklenborg-Werft in Bremerhaven als „Padua“ vom Stapel gelaufen und heute Segelschulschiff der Baltischen Flotte, war Anfang dieses Monats in seiner Heimat unterwegs. Nach einem viertägigen Aufenthalt in Bremerhaven nahm das Schiff Kurs auf Hamburg. Das diesjährige Festival der Segelschiffe, an dem die Bark teilnahm, war dem



„Krusenstern“ Bild: Wikipedia

Bau des neuen Hafens von Bremerhaven gewidmet. Die Gäste konnten das Schiff besichtigen und sich mit der Arbeit der 118 Matrosen an Bord vertraut machen. In der Hansestadt Hamburg nahm das Schiff vom 6. bis 8. Mai am 822. Hafengeburtstag teil. Anschließend nahm das Schiff, das bereits über 3000 Seemeilen gesegelt ist, Kurs auf Lübeck, wo es am 100. Jubiläum seines Schwesterschiffs „Passat“ teilnimmt. *J. T.*

Wieder in Betrieb

Königsberg/Berlin – Am 29. Mai wird die Zugverbindung Königsberg–Danzig–Berlin wieder in Betrieb genommen. Der Zug wird wie in den vergangenen Jahren bis zum 2. Oktober regelmäßig verkehren. Schon seit dem 14. April werden Fahrkarten verkauft. Der Zug hat 30 Sitzplätze für die Verbindung Königsberg–Danzig und 30 Schlafwagenplätze für die Strecke Königsberg–Berlin in der ersten und der zweiten Klasse. Die Zugverbindung verbindet die Stationen Heiligenbeil, Braunsberg, Elbing, Marienburg und Dirschau. In Dirschau wird der Zug geteilt und ein Waggon geht weiter über die Route Danzig–Zoppot–Gdingen, während ein Waggon weiter über Posen und Frankfurt an der Oder nach Berlin fährt. In Posen wird dieser Waggon an den Zug aus Kiew Richtung Berlin angehängt. Für die Fahrt von Königsberg nach Berlin benötigt der Zug 15 Stunden und 12 Minuten, für den Rückweg von Berlin nach Königsberg 17 Stunden 14 Minuten. Die Kosten für eine Fahrkarte Königsberg–Berlin betragen 3900 Rubel (96 Euro) in einem Coupé der zweiten Klasse und 4700 Rubel (116 Euro) für die erste Klasse. In Zukunft wird der Preis von dem jeweiligen Umrechnungskurs abhängen. Günstiger ist jedoch die Fahrt mit dem Bus. Eine Reise nach Berlin ab Südbahnhof kostet 3000 Rubel (74 Euro), vom internationalen Bahnhof (Nordbahnhof) sind es lediglich 2200 Rubel (54 Euro). *J. T.*

Sportkomplex für Pillaus Strand

Planung soll diesen Sommer beginnen – Trotz Widrigkeiten soll der Bau in drei Jahren fertig sein

Jahrzehntelang war Pillau militärisches Sperrgebiet und bis heute ist es nur mit Sondergenehmigung zugänglich. Dennoch plant die Stadt den Bau eines großen Sportkomplexes für internationale Wettbewerbe. Ein Vorstoß, der nicht allen gefällt.

Die für Sport zuständige Behörde der regionalen Verwaltung hat vorgeschlagen, am Strand von Pillau einen großen Wassersportkomplex mit über 2000 Zuschauerplätzen zu bauen. Im Rahmen dieses Komplexes sollen zwei offene Plätze für Strandvolleyball und -fußball entstehen sowie Gebäude mit Umkleidekabinen, Duschkabinen und Trainingsräumen für den Winter. Zur Zeit bereitet die Pillauer Stadtverwaltung den Grundbucheintrag für das für das Bauvorhaben vorgesehene Grundstück von 2,5 Hektar Größe vor. Mit der Bauplanung wird noch diesen Sommer begonnen. Die gesamte Planungsphase soll nach zehn bis zwölf Monaten abgeschlossen sein. Nach etwa zwei Jahren Bauzeit soll das neue Stadion dann fertig sein.

Doch längst nicht jeder ist von dieser Idee begeistert. Die Bewohner der naheliegenden Häuser haben bereits protestiert. Die Verantwortlichen der Stadt erklären zwar, man habe sich mit der „Initiativgruppe der Anwohner“ zu Gesprächen getroffen und sei zu einer Einigung gekommen, aber auch Vertreter der Umweltschutzbehörde haben Bedenken geäußert. Ihrer Meinung nach ist der Sportkomplex viel zu dicht am Strand vorgesehen, was dazu führen würde, dass die Wurzeln der Pflanzen und Bäume ihren Halt verlieren, so dass die Vordüne, die den Strand begrenzt, auf lange Sicht verschwinden würde. Auf jeden Fall müssten vor Baubeginn je ein ökologisches und wirtschaftliches Gutachten erstellt werden.

Gegen die Pläne richten sich auch diejenigen, die die Schönheit des Strandes genießen möchten. Da in Cranz und Rauschen der Strand bereits aufgrund der Versäumnisse der Russen in Sachen Küstenschutz fast vollständig verschwunden ist, suchen vor allem die Königsberger nach anderen Erholungsorten am Meer. Pillau ist in letzter Zeit zu einem beliebten Ausflugsziel geworden. Wenn der Bau des Wassersportkomplexes realisiert wird, steht ihnen zumindest ein Teil des Strandes nicht mehr zur Verfügung.



Hier soll Pillaus Sportkomplex entstehen: Bernsteinsammler unweit des Zarin-Elisabeth-Denkmals Bild: Tschernyschew

Noch ist Pillaus Zugang reglementiert

Die Stadtregierung hingegen wird nicht müde zu wiederholen, dass der Wassersport der Region vielversprechende Möglichkeiten bietet. Vorbild sei Rauschen, wo in diesem Jahr ein internationaler Strandvolleyball-Wettbewerb stattfindet. Oleg Kosenkow, Chef der örtlichen Sportbehörde, meint, dass der Strand von Pillau ausgezeichnete Voraussetzungen böte.

Allerdings gibt es einen Umstand, der zuvor gelöst werden müsste, sollte Pillau Austragungsort internationaler Turniere werden. Da die Stadt im Grenzgebiet liegt und Marinestandort der Baltischen Flotte ist, wird der Zugang für Ausländer streng reglementiert und ist nur mit „Propusk“ (Einlassdokument) möglich. Ohne Änderung dieser Regelung wird die Teilnahme ausländischer Sportler an Wettbewerben also kaum möglich sein. Pillaus Sportkomplex würde an Attraktivität verlieren. *Jurij Tschernyschew*

Eurocopter für Luftnotdienst in Allenstein

Der neue Rettungshubschrauber beeindruckt Piloten und Sanitäter, wirft aber neue Probleme auf

Der Luftnotdienst (Lotnicze Pogotowie Ratunkowe, LPR) in Allenstein hat einen modernen Eurocopter als Rettungshubschrauber in Dienst gestellt. Bereits im Herbst 2009 hatte die polnische Luftrettung ihren ersten Hubschrauber des Typs EC 135 erhalten. Zu seiner Heimatbasis war die Landeshauptstadt Warschau gewählt worden. Doch jede der 16 Woiwodschaften sollte über mindestens einen solchen modernen Helikopter verfügen, das Ziel war ein landesweites Netz von ärztlichen Notfalldiensten.

Als letzter bekam der Luftnotdienst in Allenstein die neue Maschine. Sie ersetzte ihren Vorgänger, den ausgedienten und veralteten Hubschrauber Mi-2. Bereits Anfang Februar war der Eurocopter nach Allenstein gekommen, bevor er jetzt endlich offiziell in Dienst gestellt wurde.

Die Piloten und die Rettungssanitäter sind von der hochmodernen Ausstattung des Fluggerätes beeindruckt. Der Eurocopter ist ein leichter zweimotoriger Mehrzweckhubschrauber, der sowohl für militärische als auch notdienstliche Zwecke eingesetzt wird. Er wurde vom Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Konzern entwickelt, der später in Eurocopter Deutschland aufging. Er ist mit elektronischen Einrichtungen ausgerüstet wie Autopilot, Wetterradar und Flugfunktransponder, der die Flüge bei Tag und Nacht ermöglicht.

Flugplätzen fehlen Einrichtungen für Nachtflug

Diese Funktion wird in absehbarer Zeit nur schwer anwendbar sein, da es auf den an Krankenhäusern der Region gelegenen Flugplätzen an geeigneten Einrichtungen mangelt, die eine Landung in der Dunkelheit erlauben würden. Es sollen dafür allerdings spezielle Haushaltsmittel vorgesehen werden, so der stellvertretende Woiwode Jan Mascianica. Wann sie aber überwiesen werden, bleibt unklar.

Ein anderes Problem für die volle Auslastung des hochmodernen Hubschraubers ergibt sich aus der Tatsache, dass kein entsprechender Hangar dafür vorhanden ist. Daher wird er zurzeit in den Hangars des lokalen Flugvereins untergebracht. Ein neuer, nur für den Eurocopter vorgesehener Hangar soll auf dem Gelände des dazugehörigen Flughafens entstehen. Dem Luftnotdienst wurden dort 0,8 Hektar Bauplatz zugewiesen. Für welchen Preis er aber vom Flugverein abgetreten wird, entscheidet erst eine professionelle Grundstücksbewertung.

Für den EC 135 ist kein entsprechender Hangar vorhanden

Der Rettungshubschrauber wird die Arbeit der Notärzte und des Personals wesentlich erleichtern, besonders im herannahenden Sommer. Der Leiter des Allensteiner LPR-Stützpunktes, Roman Kozłowski, unterstreicht, dass es in der Vergangenheit Tage gegeben habe, wo sogar sieben Einsätze notwendig gewesen seien. Die Zahl der Flüge pro Monat habe sich damals auf bis zu 80 belaufen.

Diese Information soll nun die potenziellen Besucher beruhigen, da sie im Notfall jederzeit medizinisch gut versorgt werden können. Darüber hinaus sei noch berücksichtigt worden, dass die Allensteiner Universität vor ein paar Jahren um eine expandierende Fakultät für Humanmedizin erweitert wurde. Dies brachte viele komplizierte Untersuchungen, vornehmlich aber die Magnetresonanztomographie auf den höchsten Stand der medizinischen Technik und verkürzte die Wartezeiten der Patienten beträchtlich. Viel mehr Eingriffe können jetzt an Ort und Stelle unternommen und somit den Kranken die teuren und umständlichen Hin- und Rükkfahrten nach Warschau oder Danzig erspart werden. *Grzegorz Supady*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

was ist Raum, was ist Zeit? Diese Frage stelle ich mir immer wieder, wenn ich Anrufe oder Briefe erhalte, die weit in die Vergangenheit zurückführen und die dazu aus einem anderen Land kommen. Wie das Telefonat, das ich soeben führte. Es kam aus den Niederlanden, und ich kannte die Frau nicht, die da so unerwartet anrief. Und dann stellte sich heraus, dass wir in unseren Lebensläufen einige Schnittstellen hatten, die sogar tiefer waren, als zuerst vermutet. Sie: Königsbergerin wie ich, zwar erheblich jünger, aber mit wach gebliebenen Erinnerungen an jenen Dr. **Hans Rosenstock**, über den ich aufgrund einer Zuschrift von Herrn **Gerhard Mannke**, der unter den in Königsberg verbliebenen Ärzten auch diesen Hausarzt seines Großvaters nannte, geschrieben hatte. Den in Folge 42/2010 erschienenen Bericht hatte sie im Internet gefunden, und er hatte sie sehr berührt, denn der erwähnte Arzt war ihr Großvater gewesen. Und nun begannen die gemeinsamen Erinnerungen, denn Dr. Rosenstock, ein Hausarzt von altem Schrot und Korn, hatte unsere Familie jahrzehntelang betreut. Als meine Mutter 1920 an Wanderrose erkrankte und wochenlang im Fieberwahn lag, sah er fast täglich nach ihr und als sie – fast ein medizinisches Wunder – wieder genas, nahm er sie oft mit in seiner Miet-Droschke, mit der er zu seinen Patienten in den östlichen Vororten, nach Kalthof, Devau, Liep und Lauth fuhr. Und ich vierjähriges Marjellchen durfte mit! Unvergessen blieben für das Stadtkind diese Fahrten, die für meine Mutter eine Art „Reha“ waren, von keiner Krankenkasse verschrieben. Von diesen von mir geschilderten Kutschfahrten hatte auch ihre Großmutter immer gesprochen, so erinnerte sich die Anruferin, denn Dr. Rosenstock wurde oft von seiner Frau begleitet.

Ja, für seine Enkeltochter war es natürlich ein Erlebnis, über ihren geliebten Großvater sprechen zu können, und es war eine gewisse Dankbarkeit zu spüren, dass sich noch ehemalige Patienten auf so eindrucksvolle Weise an ihn erinnerten. Dazu gehörte auch Herr Mannke aus Elmshorn, und mit ihm möchte sie auch in Verbindung treten. Zwar hat sie als Kind Königsberg früh verlassen, weil ihre Familie nach Holland ging, aber sie konnte noch über die letzten Tage des alten Arztes berichten, der, – nachdem seine Frau in russischer Gefangenschaft in Lochstädt verstorben war – auf einem weiteren Transport seinem Leben selber ein Ende setzte. Ihr Mann stammt aus einer alten Königsberger Familie, die wegen der damaligen politischen Umstände bereits 1933 nach Holland emigrierte. Es gibt noch viel zu erzählen, und so werden wir auch weiterhin in Verbindung bleiben.

Ja, was ist Raum, was ist Zeit? Das gilt auch für die nächste Zuschrift, die aus Belgien kommt, und sie bezieht sich auf die in Folge 12 in unserer Kolumne erwähnte „Chronik von Großwaltersdorf“ von **Erich Henneman**. Wieder mal ein Beispiel, welche weiten Kreise eine kleine Anfrage ziehen kann. Es ging um das kleine Dorf Pfälzerort/Drutischken, das zum Kirchspiel Großwaltersdorf gehörte. Diese Chronik veranlasst nun Frau **Martha Thierfeldt-Peeters** aus Wilrijk, nach der Herkunft ihres Mannes zu suchen, der aus Ostpreußen stammt. G. K. Thierfeldt wurde 1930 in Gumbinnen geboren. Das Ehepaar ist nach der sogenannten Wende schon viermal in Ostpreußen gewesen, und die Belgierin hat das Land nun recht lieb gewonnen, wie sie schreibt, so dass sie für ihren Mann nach dessen Wurzeln sucht. Sein Großvater, der in Gumbinnen eine Tischlerei hatte, wurde 1848 in Walterkehmen geboren, das 1938 in Großwaltersdorf umbenannt wurde. Die Schwester von Herrn Thierfeldt besitzt einen Ortsplan, den nach Kriegsende die Tochter des letzten Bürgermeisters aufgestellt hat, so wie sie ihren Heimatort in Erinnerung hatte. Darin ist auch der Hof von Familie Thierfeldt verzeichnet. Die Belgierin bittet mich nun, nachzuforschen, ob die Hoflage stimme und wer zu der auf dem Hof ansässigen Familie Thierfeldt gehörte oder mit ihr verwandt war. Das kann ich natürlich nicht, weil ich nicht die Unterlagen besitze. So ist nun wieder unsere Familie gefragt, und ich bitte unsere Helfer, die sich mit der Chronik von Großwaltersdorf befassten und hierüber Auskunft geben könnten, sich an Frau Thierfeldt-Peeters zu wenden, falls sie in Bezug auf Hof und Familie Thierfeldt fündig werden. Das Ehepaar bezieht schon seit Jahren unsere Zeitung und liest besonders gerne unsere „Ostpreußische Familie“, auf die sie nun ihre Hoffnung setzt. (Martha Thierfeldt-Peeters, Varenlan 21 in 2610 Wilrijk, Belgien.)

Den Namen tragen wir nicht umsonst: Es dreht sich bei uns eben alles um die „Familie“, ob um die gesamte „Ostpreußische“ oder um die eigene Sippe. Und da macht unsere Leserin **Anna Maria Priebe** keine Ausnahme. Sie schreibt: „Ich bin auf der Suche nach meinem Großonkel und hoffe, dass ein Beitrag in der Ostpreußischen Familie Hinweise bringen kann.“ Die eigene kann sie nicht mehr befragen. Das letzte Familienmitglied, das ihr hätte Auskunft geben können, war eine Schwester ihres Großvaters. Bis zu deren Tod vor drei Jahren stand Frau Priebe noch mit ihr in Verbindung. Ihr Tod war auch der Auslöser für ihre Suche nach ihrem Großonkel, dem bis heute vermissten Bruder **Heinz** der Verstorbenen. Frau Priebe schreibt:

„Heinz war der jüngere Bruder meines Opas **Artur**. Die Familie Priebe kam nach dem Ersten Weltkrieg aus der Provinz Posen zuerst nach Milken, Kreis Lötzen, und dann 1927 nach Modgarben, Kreis Rastenburg. Das Ehepaar **Friedrich** und **Berta** Priebe hatte sechs Kinder: **Willy**, *8. Februar 1920, Artur, *20. Dezember 1920 – mein Großvater –, **Else**, *22. August 1922, **Friedel**, *6. Februar 1925, Heinz, *4. Oktober 1926, und **Gertrud**, *10. Dezember 1931. Am 27. Januar 1945 mussten die Eltern mit dem auf dem Hof verbliebenen Kindern fliehen. Gemeinsam mit **Martha**, **Lothar** und **Sabine Wegner** verließen sie Modgarben und kamen über Umwege nach Schenefeld in Schleswig-Holstein. Heinz war zur Zeit der Flucht bereits verschollen. Er wurde nach Aussagen seiner älteren Schwester 1942 eingezogen und kehrte nicht mehr in das Dorf zurück. Die letzte Meldung stammt vom 27. Mai 1944, seitdem gilt er als vermisst bei Nowy Dwor. Er war SS-Panzergrenadier.“





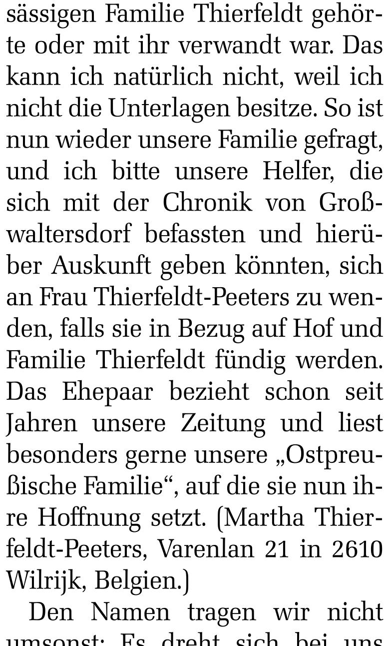
Bilder (4): Cellesche Zeitung

Elisabeth Krahn, Roland Schluff, Dieter Scholz und Manfred Kirinnis (von links)

Dass sich aus seiner Einheit jemand meldet und etwas über seinen Tod aussagen kann, glaubt Frau Priebe nicht, da ja anscheinend die Suche über die betreffenden Institutionen keinen Erfolg gebracht hat. Aber sie würde sich über jede Information über ihren Großonkel freuen, wie überhaupt über die gesamte Familie Priebe. Ob ehemalige Nachbarn aus Modgarben, Mitschüler der Kinder, Freunde der Familie: Vielleicht meldet sich jemand bei Anna Maria Priebe. Sehr freuen würde sie sich, wenn sich jemand aus unserm Leserkreis an ihre Großeltern erinnert, auch aus der Zeit nach der Flucht, als die Familie in Wilkenroth/Waldbröl lebte. Im *Ostpreußenblatt*, Folge 20/1979 wurde dem Paar zur Eisernen Hochzeit gratuliert. Erst aus der Anzeige erfuhr sie, dass der Urgroßvater Friedrich Priebe Generalkirchenrat von Dönhofstädt gewesen war. Über jede Auskunft über ihre Familie würde sich die Suchende sehr freuen. Sie bedauert, dass sie ihren Großvater nicht zu dessen Lebzeiten befragen konnte, sie war erst sieben Jahre alt, als er 1994 verstarb. Sie hat auch an seine Geschwister keine Erinnerungen bis auf jene Großtante Friedel, die letzte Überlebende der Priebes aus Modgarben. Umso intensiver bemüht sie sich jetzt um die Familiengeschichte, zu der unsere Leserinnen und Leser hoffentlich etwas beitragen können. (Anna Marie Priebe)

Ja, hätten wir bloß früher fragen können! Das klingt immer wieder aus den Zuschriften jüngerer Suchender auf, die sich an uns wenden. Sie setzen auf Zeitzeugen, die authentische Auskunft geben können. Zu ihnen gehört die Schriftstellerin **Elisabeth Krahn**, die in Celle eine hervorragende Informationsarbeit an Schulen leistet, die auf ein solch großes Interesse bei ihren jungen Zuhörern stieß, dass diese nicht nur einen Dokumentarfilm, sondern auch ein Gedenkbuch erstellten. Ich bat Frau Krahn um einen Bericht für unsere Ostpreußische Familie. Hier ist er:

„Nachdem durch das niedersächsische Innenministerium die Schulen das Thema ‚Flucht – Vertreibung‘ in den Geschichtsunterricht an den Gymnasien aufgenommen hatten, meldete ich mich als Zeitzeugin. Ergebnis: Nach einer ausführlichen Vorbesprechung – Inhalt, Aufbau und Durchführung – zeigten die Schülerinnen und Schüler ein unerwartet großes Interesse. Die Nachgespräche mit den Lehrkräften verliefen ohne Änderungsforderungen. Im Gegenteil: Der Vortrag wurde insgesamt als sehr positiv beurteilt. Daher macht es nachdenklich, dass ich in 2,5 Jahren nur in fünf Klassen war. Nach Auskunft des BdV ist das Interesse in jedem Bundesland verschieden. Vielleicht genügt auch die Handreichung des Innenministeriums. Allerdings nahm das Hölty-Gymnasium in Celle das Thema zum Anlass, eine Projektarbeit der Abi-Klasse in Form einer DVD durchzuführen. Die Jugendlichen interviewten vier Zeitzeugen in deren Wohnung. Anschließend wurden in der Schule Einzelbefragungen mit DVD-Filmen gemacht. Unter Leitung des Lehrers Herrn **Mews** stellten die Jugendlichen nicht nur die DVD her, sondern übernahmen auch den Kommentar und die gesamte Technik. Die öffentliche Premiere erfolgte am 25. Februar vergangenen Jahres. Ein großer Bericht in der Zeitung machte die Arbeit bekannt. Zum 50-jährigen Bestehen des Gymnasiums erschien dann im Herbst ein Gedenkbuch, in dem dieses Thema behandelt wurde, ein Zeichen, dass unser Schicksal ernst genommen wird. So geht ein besonderer Dank an das Hölty-Gymnasium.“



Die ostpreußische Familie

Ruth Geede — Bild: Pawlik

Soweit der Bericht von Frau Krahn. In der in ihm erwähnten Dokumentation wird der 45-Minuten-Film als sehenswert bezeichnet und der Empfehlung, die DVD auch anderen Schülergenerationen zugänglich zu machen, ist man nachgekommen. Besonders berührte die jungen Dokumentarfilmer, dass die vier Zeitzeugen bei Kriegsende in ihrem Alter oder noch jünger waren. Außer der aus dem Oberland stammenden Elisabeth Krahn berichten der Königsberger Roland Schluff, der bei der Flucht sieben Jahre alt war, der ebenfalls aus Ostpreußen stammende **Manfred Kirinnis** und der Schlesier **Dieter Scholz** über die Erlebnisse, die ihre Kindheit und Jugend so gravierend bestimmten. Für sie alle blieb die Heimat unvergessen und deshalb stellten sie sich gerne den Jugendlichen als Interviewpartner zur Verfügung. Wer sich für die DVD interessiert, kann sich über www.zack-die-buehne.de informieren.

Und zum Schluss noch ein kleiner Wunsch, der nach Königsberg führt. Da gab es einmal das Café Alt Wien in bester Lage am Steindamm, dieser pulsierenden Hauptverkehrsader der ostpreußischen Metropole. Herr **Frank Sedlmeier** wollte mit einem Foto des Hauses Steindamm Nr. 158 seine Mutter zu ihrem Geburtstag überraschen, denn dort wurde sie geboren. Ihre Eltern **P. Gotthelf** und seine Frau **Erna** betrieben das Café, ob als Besitzer oder Pächter, ist nicht bekannt. Leider verzögerte sich die Suche, da die Anschrift von Herrn Sedlmeier fehlte, die aber für eine Umfrage benötigt wird. So gab es am Geburtstag im März nicht die gewünschte Überraschung. Trotzdem bleibt der Wunsch bestehen, ein Foto von „Alt Wien“ wäre für die Familiengeschichte wichtig. Vielleicht erinnern sich auch noch einige Königsberger an das damals sehr bekannte und beliebte Café und ihre Betreiber. Die Familie gelangte nach der Flucht aus Königsberg über Umwege nach Bad Wildbad, wo sie noch heute lebt. (Frank Sedlmeier, Alte Höfener Straße 4 in 75323 Bad Wildbad, Telefon 07081/956022.)

Eure
Ruth Geede



Aus den Heimatregionen

Viel vor

»Allensteiner Welle« feierte zehn Jahre

Die „Allensteiner Welle“, eine von Radio Allenstein ausgestrahlte Rundfunksendung in deutscher Sprache für die deutsche Volksgruppe im südlichen Ostpreußen, hat ihren zehnten Geburtstag gefeiert.

„Wir freuen uns sehr, dass die Sendung dank guter Zusammenarbeit schon seit zehn Jahren besteht. Ich bin überzeugt, dass sie mindestens so lange weiter gesendet wird“, kommentierte der deutsche Generalkonsul in Danzig, Joachim Bleicker, den Geburtstag. „Die ‚Allensteiner Welle‘ ist für die Deutschen, die in der Zerstreuung leben, sehr wichtig. Dank ihr wissen selbst Menschen, die in den masurischen Wäldern leben, dass der polnische Staat die deutsche Sprache und Kultur unterstützt und dass sie sich nicht als Fremde fühlen müssen“, lobte der Bundesbeamte die Republik Polen.

Chefredakteur verriet Zukunftsprojekt

Auch Henryk Hoch, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, fand positive Worte über die Kooperation: „Diese Rundfunksendung ist sehr wichtig. Sie zeigt unsere sehr gute Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungen und den polnischen Nachbarn ...“ Außerdem bedankte er sich bei seinem Vorgänger, dem Chefredakteur von Radio Allenstein, Leszek Sobanski, und bei der ersten Geschäftsführerin, Ewa Kordaczuk.

Sobanski nutzte die Gelegenheit, die Festgäste über den Plan zu informieren, einen Kanal für die nicht-polnischen Volksgruppen im Internet einzurichten. Ende dieses Jahres soll es so weit sein. *PAZ*

Generationenwechsel an der Spitze

Peter Oprzondek gab die Führung der AGMO in jüngere Hände

Drei Jahrzehnte lang stand Peter Oprzondek an der Spitze der Bonner AGMO e.V. Das Lebenswerk des gebürtigen Hindenburgers, die „Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen“, wurde jüngst in die Hände der Bekenntnisgeneration übergeben.

Menschenrechtsverletzungen erfuhr der junge Peter Oprzondek am eigenen Leib. Nach der geglückten Flucht im Jahre 1966 und dem in Aachen abgeschlossenen Maschinenbaustudium verschrieb sich der „unmittelbar Betroffene“, wie sich der 67-Jährige heute noch bezeichnet, dem Recht auf Heimat. Unter der forschen Ägide von Hartmut Koschyk, der gerade den Vorsitz der Schlesischen Jugend (SJ) übernahm, gelang es Oprzondek ab 1980 seine Landsleute zu solidarisieren. Schnell war innerhalb der SJ die „Arbeitsgemeinschaft Menschenrechtsverletzungen in Ostdeutschland“ aus der Taufe gehoben. Zur gleichen Zeit konstituierten sich im Windschatten der Solidarnosc die ersten schlesischen Initiativgruppen, aus denen Ende 1985 der Deutsche Freundschaftskreis (DFK) hervorging. Nach Vorbild von Amnesty International klärte die spätere AGMO e.V. die bundesdeutsche Öffentlichkeit erstmals umfassend über das Schicksal der Deutschen in der Volksrepublik Polen auf. Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ skizzierte seinerzeit die „Wild Ost Truppe“ um Peter Oprzondek als „ein Häuflein junger, beinharter Grenzkämpfer, das ausgezogen war, hinter den feindlichen Linien die Unterdrückungsmethoden aufzudecken“. An die Stelle der Einzelschicksalsbetreuung ostdeutscher Dissidenten trat nach der gesellschaftspolitischen Wende 1989 die finanzielle und materielle Unterstützung der allerorten entstandenen DFK-Ortsgruppen.

Der neue Vorsitzende des Vorstandes ist erst 31 Jahre alt

Ein kurzerhand in Groß Strehlitz eingerichtetes Büro koordinierte den bereits im Untergrund begonnenen Aufbau der Verbandsstrukturen und ist bis heute Garant für die Arbeit vor Ort. Der Wiedererlangung der deutschen Muttersprache gilt seither das Augenmerk aller Aktionen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die auf Spendengelder angewiesene AGMO e.V. jeweils nur im Kleinen Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten vermag. Das sind etwa didaktische Materialien für Grundschulen oder Buchpräsente für Kinderwettbewerbe. „Über das Fortbestehen einer deutschen Volksgruppe in den Oder-Neiße-Gebieten wird aber das Gelingen einer flächendeckenden Einrichtung deutscher Kindergärten und Grundschulen entscheiden“, wie Oprzondek bei seiner Verabschiedung am 30. April anmahnte. Immer wieder appelliert die AGMO e.V. an die politische Klasse, ihren Schutz- und Obhutspflichten nachzukommen. Dass der Verein dafür auch in Zukunft agil aufgestellt ist, spiegelt sich nicht zuletzt im neugewählten Vorstand wider. Mit Tobias Körfer (31), seinem Stellvertreter, Tilman Fischer (20), Schriftführer Stephan Krüger (34) und Beisitzer Oliver Grzimek (24) gehen im neunköpfigen Vorstand fortan gleich vier Vertreter der jungen Generation ans Tagewerk. *O.G.*



ZUM 100. GEBURTSTAG

Lippe, Elsa, geb. **Rachstein**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Gaitlingweg 22, 48167 Münster, am 18. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Madeya, Gisela, geb. **Modricker**, aus Lötzen, jetzt Bäkekamp 40, 26215 Wiefelstede, am 22. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Görtz, Heinrich, aus Wehlau, jetzt Wilhelmstraße 1, 52428 Jülich, am 22. Mai

Prawitt, Lisbeth, geb. **Moehrke**, aus Klein Powayen, Kreis Samland, jetzt Rhedaer Straße 17, 33330 Gütersloh, am 18. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kasper, Margarete, geb. **Dombrowski**, aus Illowo, Narzym, Kreis Neidenburg, jetzt Ul. Slowackiego 5, PL 14-100 Osteroda, am 19. Mai

Vorwald, Friedrich, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Am Breitle 7, 86156 Augsburg, am 20. Mai

Wiese, Lieselotte, geb. **Nischk**, aus Lyck, jetzt Heitmannstraße 53, 22083 Hamburg, am 18. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Frank, Maria, geb. **Zürcher**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Am Mühlkanal 19, 72336 Balingen, am 18. Mai

Kerstan, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Mainzer Straße 135, 56068 Koblenz, am 17. Mai

Kurrat, Lina, geb. **Schützle**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Dorfstraße 32, 02708 Lawalde, am 22. Mai

Zöttl, Eva, geb. **Kleist**, aus Lyck, Yorkplatz 5, jetzt Am Eichenwald 14, 88356 Neusäß, am 17. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dröse, Elma, geb. **Siegmund**, aus Warnikam, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schlesienweg 1, 21745 Hemmoor, am 21. Mai

Klauss, Eva, geb. **Alexander**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Vogesenstraße 15, 47137 Duisburg, am 16. Mai

Lippek, Olga, geb. **Lagerpusch**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, jetzt Stettiner Straße 41, 72202 Nagold, am 17. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Asmuss, Ruth, geb. **Baranski**, aus Freiort, Kreis Lötzen, jetzt Germanenweg 15, 22455 Hamburg, am 17. Mai

Feyerabend, Helmut, aus Wehlau, Kirchenstraße, jetzt Rendsburger Straße 3, 24796 Bovenau, am 20. Mai

Herrmann, Herbert, aus Stobingen, Ripkeim, Kreis Wehlau, jetzt Königsberger Straße 12, 42719 Solingen, am 21. Mai

Jablonski, Hanna, geb. **Joswig**, aus Georgensfelde, Kreis Lyck, jetzt Willy-Brandt-Straße 14, 76571 Gaggenau, am 16. Mai

Paulsen, Anni, geb. **Bitschkat**, aus Giesen/Kiöwen, Kreis Treuburg, jetzt Westerheide 29, 25996 Wenningstedt/Sylt, am 20. Mai

Petschulies, Bruno, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Friedrichstraße 18, 65232 Taunusstein, am 19. Mai

Seliger, Helmut, aus Lötzen, jetzt Emminger Straße 20, 78532 Tuttlingen, am 22. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bittmann, Gertrud, geb. **Dorroch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Am Eicherwald 3, 55234 Wendelsheim, am 22. Mai

Bombor, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Emil-Barth-Straße 79, 40595 Düsseldorf, am 21. Mai

Czesnat, Elisabeth, geb. **Weidmann**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Albertusstraße 60, 41061 Mönchengladbach, am 20. Mai

Gerotzky, Rosemarie, geb. **Strehl**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Heimstättenweg 3, 21220 Seevetal, am 20. Mai

Glatzel, Hildegard, geb. **Reisgies**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Keplerweg 36, 73207 Plochingen, am 21. Mai

Hetzelt, Gertrud, geb. **Lasars**, aus Lyck, jetzt Gorch-Fock-Weg 7, 21502 Geesthacht, am 16. Mai

Küch, Lieselotte, geb. **Olschewski**, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 36, jetzt Waldmeisenweg 7, 53127 Bonn, am 22. Mai

Labesius, Horst, aus Dammfelde, Kreis Angerburg, jetzt Maisacher Straße 112 B, 82256 Fürstenfeldbruck, am 15. Mai

Mengert, Georg, aus Treuburg, jetzt Loestraße 32, 45768 Marl, am 17. Mai

Mittag, Helene, geb. **Lange**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, jetzt Erikastraße 18, 21244 Buchholz, am 21. Mai

Pingel, Konrad, aus Graiwen, Kreis Lötzen, jetzt Kornblumenweg 10, 89171 Illerkirchberg, am 8. Mai

Schnakenberg, Margarete, geb. **Römpke**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, jetzt Gaußstraße 7, 27580 Bremerhaven, am 22. Mai

Schramm, Charlotte, geb. **Gardeick**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Rosenhof Ahrensburg, Haus D, App. 432, Lübecker Straße 3-11, 22926 Ahrensburg, am 20. Mai

Stahnke, Anna, geb. **Herbst**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Lange Reihe 21, 27711 Osterholz-Scharmbeck, am 18. Mai

Tiedemann, Martha, geb. **Pissarek**, aus Sentken, Kreis Lyck, jetzt Oldachstraße 26, 22307 Hamburg, am 21. Mai

Voss, Gertrud, geb. **Pyko**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Jungmannstraße 33, 65933 Frankfurt, am 17. Mai

Winter, Margarete, geb. **Rossmannek**, aus Ortelsburg, jetzt Bergstege 13, 46483 Wedel, am 18. Mai

Zollek, Anna, geb. **Bernatzki**, aus Ortelsburg, jetzt Stendaler Straße 7, 38350 Helmstedt, am 22. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boie, Ilse, geb. **Moschonat**, verw. **Meyer**, aus Lyck, jetzt Förstereiweg 6, 24358 Ascheffel, am 21. Mai

Cramer, Ursula, geb. **Hecht**, aus Wehlau, Große Vorstadt, jetzt Treeneblick 2 B, 24988 Oeversee, am 21. Mai

Doll, Hildegard, geb. **Beckmann**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, jetzt Brahmsstraße 19, 67551 Worms, am 16. Mai

Domnik, Werner, aus Malga, Kreis Neidenburg, jetzt Im Lindenstück 13, 45309 Essen, am 19. Mai

Horn, Gerhard, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Waldesruh 10, 53639 Königswinter, am 19. Mai

Hübner, Herbert, aus Rothenen, Kreis Samland, jetzt Selgenauer Weg 14, 12355 Berlin, am 22. Mai

Kirsch, Ella, geb. **Lasogga**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Duisburger Straße 14, 47226 Duisburg, am 22. Mai

Kittler, Lisbeth, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Arendseer Weg 1, 39606 Osterburg, am 16. Mai

Klaas, Ida, geb. **Rinau**, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, jetzt Schlehenstraße 4, 31515 Wunstorf, am 16. Mai

Lunkwitz, Horst, aus Lyck, General-Busse-Straße 10, jetzt Wohnstift Walter Cordes, Fahrner Straße 133, 47169 Duisburg, am 16. Mai

Mai, Eva, geb. **Soltau**, aus Peyse, Kreis Samland, jetzt Lindenstraße 27, 57462 Olpe, am 19. Mai

Muth, Gerda, geb. **Mamat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Römerstraße 9 A, 76879 Hochstadt, am 17. Mai

Orlowski, Hugo, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Ringstraße 99, 51371 Leverkusen, am 17. Mai

Porrey, Elisabeth, geb. **Raffael**, aus Groß Jauer - Neuforst, Kreis Lötzen, jetzt Baumschulenstraße 10, 15569 Woltersdorf, am 16. Mai

Rautenstrauch, Eva, geb. **Schmidt**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, jetzt Adolf-Jukkenack-Straße 25, 59067 Hamm, am 21. Mai

Reichardt, Elfriede, geb. **Hein**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Lindenstraße 21, 38518 Gifhorn, am 13. Mai

Stankat, Paul-Helmut, aus Augsgirren, Kreis Tilsit-Ragnit und Memel, jetzt Drosselgang 9, 23746 Kellenhusen, am 17. Mai

Trawny, Erika, aus Neidenburg, jetzt Hohe Straße 9, 40213 Düsseldorf, am 19. Mai

Treczoks, Liesbeth, geb. **Bolz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 143, jetzt Mengeder Straße 524, 44359 Dortmund, am 21. Mai

Weinert, Charlotte, geb. **Szameit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Philosophenstraße 23, 67547 Worms, am 18. Mai

Ziemba, Elisabeth, geb. **Müller**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Aßlinger Straße 11, 85567 Grafing, am 18. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bickele, Herta, geb. **Szepan**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Heckenweg 91, 86720 Nördlingen, am 20. Mai

Bohl, Eva, geb. **Böhm**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Friedlandstraße 4, 51375 Leverkusen, am 18. Mai

Bruns, Erna, geb. **Wieberneit**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, jetzt Südkamp 2 A, 31199 Diekholzen, am 17. Mai

Crispien, Margot, geb. **Legien**, aus Elchdorf, Kreis Samland, jetzt Stiftsbogen 74, 81375 München, am 20. Mai

Eggers, Ruth, geb. **Lange**, aus Lyck, jetzt Heinrich-Seidel-Straße 2, 18209 Bad Doberan, am 18. Mai

Erith, Alfred, aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Hauptstraße 67, 29364 Langlingen, am 21. Mai

Freyer, Hannalore, geb. **Frischmuth**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, jetzt Liebigstraße 23, 30163 Hannover, am 17. Mai

Götz, Gertrud, geb. **Seredszus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Beelitzer Straße 1 E, 14554 Seddiner See, am 17. Mai

Haake, Hermine, geb. **Schleiser**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Lottestraße 37, 22529 Hamburg, am 17. Mai

Heinemann, Vera, geb. **Kopp**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Wedemarkstraße 39, 30900 Wedemark, am 18. Mai

Huck, Heinz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Neubrückenstraße 2, 33142 Büren, am 19. Mai

Kirsch, Marta, geb. **Hincha**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Cranachweg 4, 23617 Stockelsdorf, am 18. Mai

Kleiner, Hildegard, geb. **Malotke**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Neue Aue 2, 52355 Düren, am 18. Mai

Lange, Werner, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Nelkenweg 3, 91301 Forchheim, am 21. Mai

Lumma, Willy, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, jetzt Gladbekker Straße 26, 46236 Bottrop, am 16. Mai

Misdorf, Erna, geb. **Kudritzki**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Sülldorfer Brooksweg 115, 22559 Hamburg, am 19. Mai

Priess, Christel, geb. **Kalweit**, aus Lötzen, jetzt Heidkampstraße 54, 32257 Bünde, am 20. Mai

Quitzrau, Charlotte, geb. **Kalinowski**, aus Lötzen, jetzt Bahnhofstraße 23, 35066 Frankenberg, am 20. Mai

Richter, Elfriede, geb. **Gerleick**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Südstraße 3, 04539 Groitzsch, am 16. Mai

Rose, Siegfried, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, jetzt Caspar-Lehmann-Straße 14, 29525 Uelzen, am 19. Mai

Schmidt, Hubert, aus Passenheim-Abbau, Kreis Ortelsburg, jetzt Heinrich-von-Kleist-Straße 2, 97688 Bad Kissingen, am 19. Mai

Schweda, Wilhelm, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Pierenkemperstraße 17, 45891 Gelsenkirchen, am18. Mai

Soboll, Willi, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Königsbank 50, 45663 Recklinghausen, am 17. Mai

Unvericht, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt 8965 W. Sierra Pinta Dr., Pretoria, AZ. 85382-8693, USA, am 16. Mai

Venske, Charlotte, geb. **Samel**, aus Pojerstieten, Kreis Samland, jetzt Dorfstraße 72, 17111 Schönfeld, am 22. Mai

Woywadt, Helmut, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Hoisdorfer Landstraße 72, 22927 Großhansdorf, am 18. Mai

Zimmermann, Helga, geb. **Bruisch**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Plan 20, 25813 Husum, am 21. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arnold, Edith, geb. **Szybalski**, aus Griesen, Kreis Treuburg, jetzt Hardenbergstraße 35, 45472 Mülheim, am 17. Mai

Bastek, Heinrich, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Richard-Wagner-Straße 21 A, 38820 Halberstadt, am 22. Mai

Bernhardt-Matthae, Dr. Marion, geb. **Matthae**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Hoster 3, 56355 Nastätten, am 21. Mai

Beutel, Inge, geb. **Rahn**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Springbornstraße 226, 12487 Berlin, am 17. Mai

Brink, Reintraut, geb. **Kalnowski**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Kistenmacherstraße 12, 48527 Nordhorn, am 17. Mai

Budweg, Erwin, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Edelfalter 13, 41564 Kaarst, am 17. Mai

Buhl, Elisabeth, geb. **Sawitzki**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Steinweg 12, 37431 Bad Lauterberg, am 17. Mai

Fölsch, Charlotte, geb. **Wanagat**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Warwischer Hinterdeich 178, 21037 Hamburg, am 19. Mai

Funk, Erna, geb. **Mertins**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Holtkampstraße 9, 32257 Bünde, am 20. Mai

Gaedtke, Werner, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Nordlandweg 32, 22145 Hamburg, am 16. Mai

Gödecke, Christa, geb. **Faust**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Appelweg 3, 38536 Meinersen, am 17. Mai

Griephan, Elfriede, geb. **Kugge**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Am Tegeler Hafen 5, 13507 Berlin, am 17. Mai

Hennings, Helga, geb. **Korgitta**, aus Ortelsburg, jetzt 5/17 A Walton Gresc. Abbatsford 2046, Australien, am 21. Mai

Jankowska, Elisabeth, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Gawlik Maly, PL 11-510 Wydminy, am 11. Mai

Knizia, Hugo, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, jetzt Finkenstraße 5, 57647 Nistertal, am 20. Mai

Kranzhöfer, Georg, aus Allenstein, jetzt Eberhardstraße 6, 71546 Aspach, am 20. Mai

Kullak, Edith, geb. **Reck**, aus Arlen, Kreis Lötzen, jetzt Drittelshof 4/1, 71636 Ludwigsburg, am 7. Mai

Lossau, Waltraut, geb. **Prorok**, aus deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Sachsenweg 116, 22455 Hamburg, am 21. Mai

Meyer, Hans, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Ohmstraße 8, 16761 Henningsdorf, am 22. Mai

Mielke, Karl, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Stahlsberg 71, 42279 Wuppertal, am 21. Mai

Mosolewski, Martha, geb. **Nistral**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, jetzt Paulusstraße 36, 33428 Harsewinkel, am 21. Mai

Orzessek, Ruth, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, jetzt Am Hallacker 24 B, 28327 Bremen, am 16. Mai

Patz, Gertrud, geb. **Siegmund**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Eichkoppelweg 34, 24229 Kiel, am 21. Mai

Pätzel, Gerhard, aus Wangnikken, Kreis Samland, jetzt Göppinger Straße 60, 96515 Sonneberg, am 16. Mai

Pieszek, Erich, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Blumenstraße 72, 18246 Jürgenshagen, am 21. Mai

Preuk, Lothar, aus Zielkeim, Kreis Samland, jetzt Böhlener Straße 26, 04416 Markkleeberg, am 18. Mai

Prochacka, Irma, aus Rhein und Groß Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Kosciuszki 16, PL 11-520 Ryn, am 9. Mai

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2011

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 14. Mai, 15.45 Uhr, HR: Zauberhafte Heimat: Köpenick.

Sonnabend, 14. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Das Weltreich der Deutschen. Ostafrika, Südwest, Südsee.

Sonntag, 15. Mai, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 15. Mai, 20.05 Uhr, N-TV: Die Freimaurer.

Sonntag, 15. Mai, 23.35 Uhr, ARD: Bericht vom Parteitag der FDP.

Montag, 15. Mai, 20.15 Uhr, ZDF Neo: Deutschland von oben.

Dienstag, 17. Mai, 13.15 Uhr, 3sat: Sommer in Masuren.

Dienstag, 17. Mai, 20.15 Uhr, N-TV: Mengeles Geheimnis.

Dienstag, 17. Mai, 22 Uhr, ZDF: Verloren am Hindukusch. Die Bundeswehr in Afghanistan.

Dienstag, 17. Mai, 22.15 Uhr, N24: Flucht aus Berlin.

Mittwoch, 18. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Mein Deutschland – Geteilte Heimat. Fremde Nachbarn.

Mittwoch, 18. Mai, 23.30 Uhr, ARD: Kirche, Karma und Konsum. Was glauben die Deutschen?

Donnerstag, 19. Mai, 19.15 Uhr, Phoenix: Mein Deutschland (1/3): Geteilte Heimat.

Donnerstag, 19. Mai, 21 Uhr, Phoenix: Vertrieben – Das Schweigen der DDR.

Donnerstag, 19. Mai, 22.30 Uhr, SWR: Der Krieg – Sieg und Niederlage.

Freitag, 20. Mai, 20.15 Uhr, Eins Extra: Panzer gegen Polen. Honeckers Geheimplan gegen Solidarnosc.

Freitag, 20. Mai, 22.15 Uhr, N24: Piraten – Schrecken der Meere.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Prorok, Hartmut, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Am Juliusstollen, 53809 Ruppichteroth, am 21. Mai

Przetak, Otto, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Uhlenfeld 50, 59075 Hamm, am 16. Mai

Reins, Herta, geb. **Jonischkeit**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, jetzt Pölitzer Weg 21 A, 23843 Bad Oldesloe, am 22. Mai

Rogowski, Helmut, aus Griesen, Kreis Treuburg, jetzt Waldenser Straße 37, 71277 Rutesheim, am 16. Mai

Schwarz, Horst, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Händelstraße 40, 44805 Bochum, am 21. Mai

Seyda, Reinhard, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Stormstraße 16, 44651 Herne, am 13. Mai

Simanski, Otto, aus Narthen, Kreis Neidenburg, jetzt Teufelsbadweg 3, 37520 Osterode, am 17. Mai

Struck, Eva, geb. **Neumann**, aus Heiligenbeil, Wollweberstraße 12, jetzt Rudolf-Breitscheid-Straße 21 A, 23968 Wismar, am 16. Mai

Tempel, Fritz, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Dorffeld 25, 30966 Hemmingen, am 18. Mai

Venohr, Rudi, aus Heiligenbeil, Baderstraße 6, jetzt Pagenstrothsweg 25, 33332 Gütersloh, am 22. Mai

Warsewa, Elfriede, geb. **Blumenstein**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Bornumer Straße 1, 30449 Hannover, am 17. Mai

Zeil, Hildegard, geb. **Dahlmann**, aus Neidenburg, Schloßgut, Kreis Neidenburg, jetzt Bergstraße 10, 19348 Perlenberg, am 21. Mai



Ramminger, Gerhard aus Kiefernberg, Kreis Schloßberg, und Frau Hildegard, geb. **Chmielewski**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, jetzt Brüderstraße 69, 58507 Lüdenscheid, am 18. Mai



Bergmann, Helmut, aus Ortelsburg, und Frau Inge, geb. **Homann**, aus Minden, jetzt Valira 4, 17487 Ampuria, Brava, Spanien, am 12. Mai

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Jahresbericht 2010 der Göppinger Kreisfrauengruppe aus der Landsmannschaft Ost & Westpreußen erstellt von der Leiterin Frau Vera Pallas. Die Gruppe bestand im Jahre 2010 aus 33 Frauen und einem Mann. Die Gruppe trifft sich regelmäßig jeden 1. Mittwoch im Monat ohne Sommerpause. Es findet im Gasthaus Pflug (jetzt "Mykonos") statt. Das Treffen in der regionalen Presse angekündigt. Die älteste Teilnehmerin ist Jahrgang 1916, die Jüngste wurde 1948 geboren. An diesen Nachmittagen wird die ostpreußische Kultur gepflegt, indem Mundartgedichte und Geschichten vorgelesen, oder einfach gemeinsam alte Volkslieder gesungen werden, um sich dann mit Stuhlgymnastik wieder beweglich zu machen. Die Gruppe fuhr auch mit dem Zug nach Stuttgart und besuchte gemeinsam mit einer Schulklasse der Hermann-Hesse-Schule aus Göppingen die Ausstellung "Ihr und Wir". Die Teilnehmer stellten sich dort als „Zeitzeugen" den Fragen der Schüler. Im Programm hatte die Frauengruppe einen Nachruf zum Tode von Hildegard Rauschenbach. Die Teilnehmer hörten Berichte über den Dichter Arno Holz und erfuhren etwas über das Leben der Königin Luise und tauschten ostpreußische Kochrezepte aus. Auch die Handarbeitstechniken früherer Zeiten wurden vorgestellt, vor allem die Entstehung eines Jostenbandes. Die Gruppe feierte das zehnjährige Jubiläum von Vera Pallas als Leiterin der Frauengruppe. Als Gast konnte dazu die „Landesmutter" Uta Lüttich begrüßt werden. Die Frauengruppe versucht mit dem Programm sich jahreszeitlich an den Bräuchen aus der Heimat zu orientieren. Sehr wichtig sind Kontakte zu anderen Frauengruppen, wie denen in Schorndorf und Ulm. Die Frauengruppen treffen sich zu Sommerfesten oder zum gemeinsamen Fischessen. Im Oktober war durch die Insolvenz des Pächters ein Lokalwechsel nötig geworden. Die Gruppe wurde im „Glashaus" in Salach freundlichst aufgenommen. Im letzten Jahr waren auch Verluste in der Runde zu betrauern, es waren Frau Minuth und auch Herr Pallas. Die Frauengruppe ist als die größte in der Region weit bekannt. Vera Pallas präsentiert bei vielen Gelegenheiten ostpreußische Handarbeiten, wie in Stuttgart während der Landes-Kultur- und Delegierten Tagung, auch bei der Osterausstellung und dem Tag der Heimat, ebenso während des Besuches der Werkwoche und des historischen Frauenseminars in Bad Pyrmont sowie bei landsmannschaftlichen Begegnungen, und auch bei der BDV Tagung in Stuttgart. Da die Frauengruppe im Alter beweglich bleiben will, wird bei den Treffen eine leichte Stuhlgymnastik angeboten. Auch in Bad Pyrmont ist Vera Pallas für den Frühsport zuständig.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Freitag, 27. Mai bis Sonntag, 29. Mai: Fahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPE

Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 20. Mai, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Anfragen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 25 15 995.

BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Oberhavel – Vorstandsmitglied und Buchautor Hans-Joachim Kroschewsky erhielt eine besondere Ehrung. Seine Romane „Königsberg/Ostpreußen – wir wollen leben" und „Von der Wahrheit vergessen", welche die tragischen Schicksale der Vertreibung von Familien aus Ostpreußen schildern, wurden in die Bibliothek der Märkischen Dichterstraße des Kulturfördervereins Mark Brandenburg aufgenommen.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremen – Die **Jahreshauptversammlung** fand am 31. März statt. Infolge der stattgefundenen Ergänzungswahlen gab es dabei auch einige Veränderungen im Vorstand. Hans Rummel, Beisitzer (und Fleckzubereiter) seit 1992, musste leider aus gesundheitlichen Gründen sein Vorstandsamt aufgeben. Auch Helmut Auschra, erst im Vorjahr zum Kassenverwalter gewählt, konnte dieses Amt aus gesundheitlichen Gründen nicht weiterführen. Beiden ist herzlich für die von ihnen geleistete Tätigkeit zu danken. – Zur neuen Kassenverwalterin wurde Gerda Steffens und zu ihrem Vertreter Armin Bielski gewählt. In besonderer Anerkennung seiner Verdienste für die Landsmannschaft wurde Dr. Christian Tietze zum Ehrenmitglied gewählt. Der Geehrte ist kein Mitglied der Landsmannschaft, hat aber seit vielen Jahren sehr wesentlich dazu beigetragen, dass die Gruppe trotz fehlender finanzieller Unterstützung durch das Land Bremen und kostspielige Vorhaben realisieren konnten. Das war möglich, weil sie mit ihrer seriösen Kulturarbeit bei der Bremer Justiz gut bekannt war und in Dr. Tietze als Oberstaatsanwalt einen Förderer hatte, der dann, wenn eine Verkehrsstraftat die öffentliche Anklage nicht unbedingt erforderte, eine Bußgeldzahlung gelegentlich auch an die Gruppe als gemeinnützigen Verein veranlasste. Seit zwei Jahren ist Dr. Tietze im Ruhestand, daher war jetzt ein geeigneter Zeitpunkt gekommen, ihm mit der einstimmigen Wahl zum Ehrenmitglied zu danken. Weitere Informationen über die Geschäftsstelle: Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469716.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

KREISGRUPPE



Osterode – Sonnabend, 14. Mai, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562 (Nähe Bahnhof Ohlsdorf): Die Gruppe lädt ein zu einem bunten Nachmittag bei Kaffee und Kuchen.



Insterburg – Am Mittwoch, 4. Mai, hatte die Insterburger Sensburg – Sonntag, 15. Mai, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein mit Singen.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 30. Mai, 15 Uhr, Gasthaus „Waldquelle", Meckelfeld, Höpenstraße 88 (erreichbar mit Bus 443 bis Waldquelle): Die Gruppe trifft sich zum Heimatnachmittag.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Seltene Jubiläen: Asta Walter ist 60 Jahre Mitglied der LOW. Obwohl in Pfungstadt bei Darmstadt geboren, gehört Asta Walter von der Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg 60 Jahre der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen (LOW) an. Dies ist ein so seltenes Jubiläum, das es wohl nicht nur in Hessen kaum ein zweites Mal geben wird. Durch ihren Mann Fritz Walter (gestorben 1992), der 25 Jahre Vorsitzender war, kam Asta Walter zur Landsmannschaft, fand viele Freunde und wurde dort heimisch. Ihren Mann hat sie ein Vierteljahrhundert bei seiner Arbeit aktiv unterstützt. Mit ihm unternahm sie 1975 eine Reise nach Masuren und 1990 besuchte sie auch seine Heimatstadt Gumbinnen. Zwölf Jahre lang hatte sie das Amt der Schatzmeisterin inne und versah in den letzten Jahren auch den Besuchsdienst. Im Gedenken an ihren Mann hat sie bis heute der Kreisgruppe die Treue gehalten. **Irmgard (82) und Erhard (88) Karnetzke** können ebenfalls auf eine jahrzehntelange Mitgliedschaft in der LOW zurück-blicken. Sie stammen aus Marienwerder und schlossen sich 1975 der Kreisgruppe an. Schon in der Heimat hatten sie sich flüchtig kennengelernt und nach der Flucht 1949 geheiratet. Auch sie sind treue Mitglieder, ihrer westpreußischen Heimat tief verbunden. Selten haben sie an einer Versammlung nicht teilnehmen können. Irmgard Karnetzke war einige Jahre im hessischen Landesvorstand stellvertretende Vorsitzende der Kreisgruppe und nahm bis zuletzt den Besuchsdienst wahr. Ihr Mann ist seit vielen Jahren bis heute Beisitzer für Westpreußen. Im Namen aller gratulierte der Vorsitzende Gerhard Schröder den Jubilaren herzlich und wünschte ihnen weiterhin Wohlergehen und Gesundheit. Den beiden Damen überreichte er für ihre Treue und ihr großes ehrenamtliches Engagement je ein Blumenbukett. – **Dieter Leitner** konnte beim Treffen der Gruppe im Kranichsteiner Bürgerhaus am See als neues Mitglied Susanne Eggert begrüßen. Erwin Balduhn rezitierte zum Auftakt des gemütlichen Teils das Gedicht „Frühling am Haff" von Gustav Kalweit. Mit einem Gedicht grüßte Anni Oest wieder alle, die im letzten Monat Geburtstag hatten. Über den berühmten Danziger Astronom, Ratsherrn, Brauer, Radierer und Drucker Johannes Hevelius hielt Dieter Leitner aus Anlass zu dessen 400. Geburtstag einen informativen Vortrag. Hevelius war der bedeutendste Mondforscher seiner Zeit in Europa. Auf Pfefferstadt in Danzig hatte er sein Observatorium. Er bediente sich praktisch nicht des Fernrohrs und benutzte zur Beobachtung vorzügliche selbstgebaute Diopter, Räderuhren, Sextanten und Quadranten. Sein 1640 erschienenes Fixsternverzeichnis enthielt 1564 Sterne bis zur siebten Größe. Sein Hauptwerk „Selenographia" war die erste und über 100 Jahre gültige Mondtopographie. Papst Innozenz X. lobte sie sehr, meinte aber, es sei schade, dass sie ein Ketzer geschrieben habe. Die polnischen Könige besuchten und förderten ihn, der französische König Ludwig XIV. setzte ihm eine lebenslange Rente aus. Die Royal Society und die Académie Française nahmen ihn als Mitglied auf. Hevelius starb an seinem Geburtstag, am 28. Januar 1687, mit 76 Jahren und wurde in der Katharinenkirche beigesetzt. Eine Anekdote ist überliefert. Hevelius hatte einen sehr sprachbegabten Papagei. Wenn die Brauer abends nach Hause gingen, riefen sie ihrem Prinzipal zu: „Herr Hewelke, nu goahne wi!" Der Vogel konnte diese Laute vortrefflich nachahmen. Als der Hausherr gestorben war und aus dem Haus getragen wurde, hüpfte sein getreuer Papagei auf den Sarg und ließ kläglich wieder seinen altbekannten Ausspruch hören. Karl Lask hielt einen eindrucksvollen Vortrag über Treuburg. Als sich 1560 der brandenburgische Herzog Albrecht und sein Cousin Sigismund II. August von Polen zur Jagd trafen, vereinbarten sie, dass jeder von ihnen in seinem Land zur Erinnerung an das Treffen eine Stadt gründen sollte. So entstanden Marggrabowa (Markgrafenstadt) im Kreis Oletzko und Augustow. Treuburg erhielt seinen Namen erst 1928 als Dank dafür, dass in der Stadt bei der Volksabstimmung im Juli 1920 keine einzige Stimme für Polen abgegeben wurde. Die treue Stadt hat 1945 bei den Kämpfen schwer gelitten. Einst war ihr Marktplatz berühmt, denn er war mit einer Größe von sechs Hektar der größte Deutschlands. Auf einem kleinen Hügel in der Mitte erhob sich die evangelische Kirche. Seine einstige Größe kann heute nur

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

noch erahnt werden. Die Stadt heißt heute Olecko und auf dem Marktplatz befindet sich eine Grünanlage. Als Zeichen der Völkerverständigung pflanzten die Besucher dort eine Tanne als Europabaum. Karl Lask erhielt herzlichen Beifall.

Dillenburg – Am Mittwoch, dem 27. April unternahm die Kreisgruppe einen **Ausflug nach Bad Ems**. Los ging es mit dem Bus um 10 Uhr vom Café Eckstein. In Herborn-Burg stiegen noch einige Mitreisend zu. Leider waren es nur 15 Personen. Einige konnten wegen Alter, Krankheit oder anderweitiger Verpflichtungen nicht mitfahren, andere sagten aus verschiedenen Gründen im letzten Moment ab. Bei herrlichem Sonnenschein ging es quer über den schönen Westerwald in Richtung Montabaur. In der Nähe des Skigebiets Fuchskaute gab der Bus den Geist auf, und die Gruppe hatte eine halbe Stunde Aufenthalt bis der Ersatzbus aus Dillenburg eintraf. Dann ging es reibungslos weiter nach Bad Ems, wo die Gruppe mit geringer Verspätung gegen 11.30 Uhr ankam. Im italienischen Restaurant neben der russischen Kirche, die anschließend besichtigt wurde, gab es Mittagessen. Die russische Kirche steht direkt an der Uferpromenade. Sie ist der Heiligen Alexandra, einer Märtyerin, der Gemahlin des römischen Kaisers Diokletian, geweiht. Gleichzeitig ist sie dem Gedenken der Zarin Alexandra Fjodorowna gewidmet, der Ehefrau von Zar Nikolau II. und Schwester des deutschen Kaisers Wilhelm I. Sie war eine geborene Prinzessin Charlotte von Preußen. Im 19. Jahrhundert besuchten viele reiche Russen die deutschen Kurbäder wie Bad Ems. Nach 1850 waren oft Tausende im Jahr, die manchmal wochenlang blieben und den Wunsch äußerten, orthodoxe Gottesdienste zu feiern und das nicht nur an hohen Feiertagen. Da auch die Stadtväter wünschten, dass sich ihre Kurgäste wohlfühlten, wurde durch Bad Emser Bürger ein Baukomitee gegründet, mit dem Ziel, Gelder zum Bau einer orthodoxen Kirche zu sammeln, nicht nur von russischen Kurgästen, sondern auch bei einheimischen Bürgern. Zar Nikolaus und Zarin Alexandra, die öfter mit Familie und großem Bedienstetenstab in Bad Ems weilten, stifteten insgesamt mehr als 10 000 Taler. So konnte die Kirche nach dem Vorbild der Moskauer Christi-Erlöser-Kirche gebaut und im Jahre 1876 geweiht werden. Der Grundriss ist dem griechischen Kreuz nachgebildet. Die ganze Kirche ist im barocken Stil ausgestattet mit viel Vergoldung. Die Ikonostase wurde vorgeschnitzt aus Russland geliefert und in Bad Ems von kaiserlich-russischen Hofschreiner Schrader vergoldet und fertig gestellt. Die Ikonostase trennt den Gemeinde- vom Altarraum, der nur vom Geistlichen betreten werden darf, und der nur zu sehen ist, wenn die „Königstür“ während des Gottesdienstes geöffnet ist. Die Ikonen links und rechts der Tür zeigen die Gottesmutter mit dem Christuskind und Jesus Christus mit Buch, die über der Tür des sogenannten Mandylon (Christuskopf auf Tuch) und das Abendmahl. Außerdem befinden sich links und rechts noch die Ikonen der Patronin der Kirche, der Heiligen Alexandra und von Johannes dem Täufer. Diese Ikonen malte der Kirchenmaler Karl T. von Neff im westlich-italienischen Stil des 19. Jahrhunderts, nicht auf die alte russisch-byzantinisch-orthodoxe Art. Da der orthodoxe Gottesdienst im Stehen absolviert wird, fehlt jegliches Gestühl. Es gibt auch keine Orgel, sondern die Liturgie wird nur vom Chor begleitet, da nur „die Stimme des Menschen würdig ist, Gott zu preisen“. Dies alles, und noch einiges mehr, wurde von einer netten Dame der russischen Gemeinde erklärt. Danach fuhr der Bus die Gruppe an der Lahn entlang nach Balduinstein. Unterwegs waren viele Campingplätze zu sehen sowie die Orte Dausenau mit dem schiefen Turm an der Stadtmauer, Nassau mit seinen Schlössern (die Stammburg der Nassauer als Ruine und Schloss Stein), bei Langenau das Kloster Arnstein und die Kirchenruine von Kloster Brunnenburg. Dann führte die Route von der Lahn weg über die Höhen durch Diez mit seiner Burg und der Pfarrkirche nach Balduinstein. Von dort ging es mit dem Schiff weiter bis Limburg. Da die Sonne schien und auch der Wind nicht zu stark wehte, saßen einige Teilnehmer auf dem Oberdeck, weil sie etwas von der Landschaft sehen wollten. Die meisten bleiben unter Deck, tranken dort Kaffee und aßen ein riesiges Stück Apfelkuchen. Dabei wurde tüchtig plachandert. Nach zirka zwei Stunden war Limburg erreicht, dessen Dom aber schon lange vor der Ankunft zu sehen war. Auf dem letzten Teil der Fahrt zog sich der Himmel immer mehr zu und als die Teilnehmer auf den Bus warteten, begann es zu regnen mit Blitz und Donner. Während der Fahrt durch die Stadt bis zur Autobahn goss es in Strömen, dann schien wieder die Sonne, so dass die Gruppe die Fahrt durch den Westerwald genießen konnte. Es war insgesamt ein schöner und interessanter Tag in angenehmer Gesellschaft. Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, 25. Mai um 15 Uhr im Café Eckstein, Königsberger Straße, statt. Hans-Joachim Naujoks wird über Gumbinnen sprechen zum Thema „Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung, früher und heute“. Dazu zeigt er Bilder von einer Reise dorthin.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 25. Mai, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee: Treffen der Gruppe. Dr. Christoph Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum hält einen Dia-Vortrag über „Ostpreußen in Farbbildern vor 1945“. Gäste sind herzlich willkommen. – Beim Treffen der Gruppe im April erfreute Andreas Hartmann alle Anwesenden mit einem netten Vortrag. Viele lustige Geschichten und Gedichte unter anderem von Franz Kafka, Kurt Tucholsky, Karl Valentin, Heinz Erhard und Heinrich Spörl wurden von ihm in ausdrucksvoller Weise vorgetragen. Alle bedankten sich mit viel Beifall und hätten gern noch weiter zugehört.

Celle – Bericht zur Jahreshauptversammlung 2011. Die Kreisgruppe Celle der Landsmannschaft Ostpreußen lud kürzlich zu ihrer Jahreshauptversammlung ein. Der 1. Vorsitzende, Manfred Kirrinnis, begrüßte die erschienenen Mitglieder und Gäste recht herzlich. In einer Gedenkminute wurde der verstorbenen Mitglieder des letzten Jahres gedacht. Bei Kaffee und Kuchen blieb auch genügend Zeit für das persönliche Gespräch. Der Vorsitzende Manfred Kirrinnis ging in seinem Bericht neben den Veranstaltungen vor Ort in Celle auch auf die Aktivitäten der Bezirksgruppe Lüneburg, der Landesgruppe Niedersachsen und der Bundes-Landsmannschaft ein. Schatzmeisterin Monika Jepp stellte im Kassenbericht die Entwicklung der Finanzen vor. Im Kassenprüfungsbericht bescheinigte Elisabeth Krahn eine ordnungsgemäße Führung der Kasse ohne Beanstandungen und stellte daraus folgend den Antrag auf Entlastung des Vorstandes. Diesem gab die Mitgliederversammlung mehrheitlich statt. Für die anstehenden Neuwahlen wurde der 2. Vorsitzende, Uwe Jäckel, zum Wahlleiter ernannt. Der 1. Vorsitzende Manfred Kirrinnis und Schriftführerin Rita Schluff wurden als bewährte Amtsinhaber wieder gewählt. Zu Kassenprüfern bestimmte die Mitgliederversammlung Elisabeth Krahn und Erwin Bories. Die Amtszeit von Uwe Jäkkel (2. Vorsitzender), Monika Jepp (Schatzmeisterin) und Maria Gerigk (Kassenprüferin) dauert noch bis zur nächsten Jahreshauptversammlung an. Weiterhin gehört Roland Schluff dem Vorstand als Beisitzer an. Für dieses Jahr ist eine Halbtagesfahrt nach Sehnde (OT Wehmingen) geplant, wo das Straßenbahnmuseum besichtigt wird.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Sonnabend, 28. Mai/Sonntag, 29. Mai: Die Gruppe trifft sich beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt.

Düsseldorf – Montag, 23. Mai, 15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung „Stalin, der Kriegsherr“. – Mittwoch, 25. Mai, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Alfred Eisfeld „Die Deutschen in der Sowjetunion zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende der Stalin-Ära 1941-1956“. – Freitag, 27. Mai, 8 Uhr, bis Dienstag, 31. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. – Sonntag, 29. Mai, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Autorenlesung mit Ingeburg Jacobs. Die Autorin liest aus ihrem Buch „Wolfskind, die unglaubliche Lebensgeschichte des ostpreußischen Mädchens Liesabeth Otto“. – Mittwoch, 25. Mai, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorffsaal, 1. Etage: Singprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft unter Leitung von Radostina Hristova.

Essen – Freitag, 20. Mai, 15 Uhr, „Gastronomie St. Elisabeth“: Singen von Mai- und Frühlingsliedern mit Landsmann Julius Wermter. **Achtung:** Die Kreisgruppe Essen trifft sich ab dem 18. März 2011 nicht mehr in der Stern Quelle, Schäferstraße 17 sondern in der Gaststätte „Gastronomie St. Elisabeth“, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen. Die Gaststätte ist mit der Straßenbahn 109, Richtung Frohnhausen/Breilsort, Haltestelle „Kieler Straße“ gut zu erreichen. Von der Haltestelle bis zur Gaststätte sind maximal fünf Minuten zu laufen.

Gütersloh – Montag, 23. Mai, 15-17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis.

Neuss – Donnerstag, 26. Mai, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube Neuss, Oberstraße 17: „Tag der offenen Tür“ mit Kaffee und Kuchen. – Freitag, 27. Mai bis Montag, 30. Mai, evtl. Dienstag, 31. Mai: Jahresausflug nach Erfurt. – Ostpreußen in Neuss feierten am 1. Mai ihr **Frühlingsfest**: Die Ostpreußische Landsmannschaft feierte mit vielen Gästen am Sonntag, 1. Mai, ihr großes Frühlingsfest mit Live-Musik und Frühlingsliedern. Der Einladung des Vorsitzenden der LMO, Peter Pott, waren viele Ostpreußinnen, Ostpreußen und Freunde gefolgt.



Der 1. stellvertretende Bürgermeister von Neuss, Thomas Nickel, überbrachte die Grüße von Rat und Verwaltung der Stadt Neuss. Dem Anlass entsprechend waren die Tische im Saal in zarten Frühlingsfarben und mit Blumen gedeckt. Der Storch thronte auf seinem Nest und erinnerte daran, dass in Ostpreußen mit dem Frühling auch die Störche eintrafen und brüteten. Sie symbolisierten ebenso wie grüne und blühende Zweige das Wiedererwachen der Natur und die Fruchtbarkeit. Hanne Wiberny trug ein Gedicht vor, das sie über Frühlingsfeste der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss geschrieben hatte. Mai-Königin wurde Edeltraut Kniepert. Kaum zu glauben aber wahr, sie zog auch noch den 1. Preis der Tombola, ein Essen für zwei Personen. Dieser Frühlingsfest-Sonntag war wirklich ihr Glückstag. Der Vorsitzende der LM Schlesien, Herr Jantosch, seine Stellvertreterin, Frau Radtke, und der Vorsitzende der LM Pommern, Herr Krause, waren Ehrengäste auf diesem Fest und erfreuten sich mit den anderen Ehrengästen an dem schönen Programm. Es wurde eifrig getanzt und bei Kaffee und Kuchen ausgiebig geschabbert und gelacht. Zu späterer Stunde gab es auch herzhafte ostpreußische Spezialitäten vom Metzgermeister Seidenberg.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 28. Mai bis Sonntag, 29. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt.

Mainz – Donnerstag, 19. Mai, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Freitag, 20. Mai, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

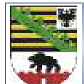
Chemnitz – Die **Frühlings- und Osterveranstaltung** der Kreisgruppe fand am 15. April unter dem Motto „Osterglocken läuten“ statt. Die Vorsitzende Siglinde Langhammer erinnerte die Gruppe an die typisch ostpreußischen Bräuche. Sie sagte: „Neben dem Osterfeuer galt zu Ostern in vielen Gegenden auch das Wasser als sehr wichtig.“ Deshalb hat sich der Brauch des Osterwasser-Holens entwickelt. So war Osterwasser-Holen noch vor Sonnenaufgang ein beliebter Brauch der jungen Mädchen. Geschöpft wurde das Wasser gegen die Strömung und dann schweigend nach Hause getragen, damit es seine Wunderwirkung nicht verliert. „Schmackoster, schmackoster, drei Eier, Stück Speck, paar Pfennige, dann lauf ich rasch weg!“ Mit diesen oder ähnlichen Sprüchen und Osterruten zog man von Haus zu Haus. Langschläfer bekamen dabei die Ruten zu spüren. Ingrid Labuhn, die Leiterin des Kulturkreises, bereicherte nicht nur mit dem Chor die schöne Veranstaltung, sondern erzählte sehr viel über die Glocken in Ostpreußen sowie über den Hamburger Glokkenfriedhof. Sie brachte ein sehr schönes Begleitblatt über die Glocken für alle Mitglieder mit sowie eine Duftbriefmarke „Maiglöckchen“. Helga Graeme brachte das Gedicht „Die Glocke“ von Schiller wieder in Erinnerung. Sie trug einige Passagen daraus vor und so mancher erinnerte sich an seine Schulzeit und war glücklich dabei. Erna Felber, eine wunderbare Mundartsprecherin, brachte die „Kulinarische Betrachtung eines Ostpreußen“ zu Gehör. Die Geschichte über die Cholesterinchen ist wunderbar geschrieben. Danach schmeckten die Süßigkeiten, die am Empfang schon verteilt worden waren, doppelt gut.

Leipzig – 20 Jahre BdV Kreisverband Leipzig. Am 9. April beging der BdV Kreisverband Leipzig mit einer festlichen Veranstaltung sein 20-jähriges Bestehen. Der Chor „Lied der Heimat“ eröffnete mit den Hymnen aller Landsmannschaften die Feierstunde. Es folgte die Totenehrung, bei der aller Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung sowie der verstorbenen Heimatfreunde gedacht wurde. Der Vorsitzende Peter Wolf begrüßte die sehr zahl-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

reich erschienenen Mitglieder und hieß die Ehrengäste herzlich willkommen. Von den Ehrengästen waren erschienen, der BdV-Landesvorsitzende Mühle, der Pressesprecher Fiolka, die Bundestagsabgeordnete Kudla, die Fraktionsvorsitzende der CDU Liebscher, Herr Dr. Baumann vom Sächsischen Innenministerium, der Landesgruppenvorsitzende Schulz, die Frauenreferentin Arnold sowie die Vorsitzenden mehrerer Kreisgruppen, Frau Köcher, Frau Link, Herr Gauß. In seiner Ansprache gab Peter Wolf einen Rückblick über die vergangenen 20 Jahre Verbandsleben. Erst nach der Wende konnten sich auch in Leipzig die Vertriebenen zusammenfinden und zu ihrer Heimat bekennen. Über 40 000 Heimatvertriebene sind 1990 in Leipzig gemeldet. Am 10. April 1991 wurde der Leipziger Kreisverband des BdV im Amtsgericht in das Register eingetragen. Von den Gründungsmitgliedern Christa Rühle, Edeltraut Ludwig, Dr. Maria Deißiger, Horst Pritzkall und Herbert Quaißer konnte nur Edeltraut Ludwig begrüßt werden. Für ihre hervorragende Arbeit als Schatzmeisterin, die sie bis heute ausführt, wurde sie mit Blumen und herzlichem Beifall geehrt. Große Verdienste erwarb sich der langjährige Vorsitzende Max Duscha, der von 1994 bis zu seinem Tode im Dezember 2009 den Kreisverband leitete. Ihm und seiner Ehefrau Anna-Maria gebührt besondere Hochachtung. Im Januar 2010 wurde Peter Wolf von der Mitgliederversammlung als neuer Vorsitzender gewählt. 20 Jahre BdV Kreisverband Leipzig bedeutet 20 Jahre kontinuierliche Arbeit auf der Grundlage der „Charta der Heimatvertriebenen“. Eine starke Kraft im Verband sind die einzelnen Landsmannschaften mit eigenständigen Aktivitäten in vielen Bereichen. 1994 wurde der Chor „Lied der Heimat“ gegründet, der sich besonders der Pflege und Weitergabe der heimatlichen Kultur verpflichtet hat. Bei vielen Auftritten im In- und Ausland, bei großen und kleinen Veranstaltungen hat der Chor Freude bereitet und ist noch heute, wenn auch mit kleinerer Mitgliederzahl, tätig. Kulturelle Veranstaltungen in den historischen Heimatgebieten, in Hohenstein, Osterode, Königsberg und Liegnitz waren Höhepunkte, die Begegnung mit den Menschen dort, das Wiedersehen mit der Heimat waren für alle Beteiligten unvergessliche Erlebnisse. Viele Erinnerungen, festgehalten in Wort und Bild, auf Video und CD sowie in den angefertigten Chroniken zeugen von den Aktivitäten und Leistungen der Mitglieder, von dem Bemühen, die Erinnerung an die Heimat zu bewahren und das kulturelle Erbe zu erhalten. Aber es gab nicht nur „eitel Sonnenschein“. Viele treue Mitglieder sind im Laufe der Jahre verstorben, altersbedingte Beschwerden machen zu schaffen und der Mitgliederschwund ist nicht aufzuhalten. Aus finanziellen Gründen musste im Januar 2010 die geräumige Geschäftsstelle, in der auch ein Proberaum für den Chor zur Verfügung stand, aufgegeben werden. Das war ein schwerer Neuanfang, zuerst in einer winzig kleinen Räumlichkeit, bis der Kreisverband im „Haus der Demokratie“ ein neues Domizil fand. Dass die Arbeit trotz mancher Schwierigkeiten weitergeführt werden kann, ist das Verdienst der vielen ehrenamtlich tätigen Heimatfreunde aus allen Gruppen, die sich seit Jahren mit großer Einsatzbereitschaft für den Verband engagieren, sei es als Chormitglied, als Vorstandsmitglied oder wo auch immer Hilfe benötigt wird. Ihnen allen sei ein großes „Dankeschön“ ausgesprochen. Herzlicher Dank gilt auch Herrn Dr. Baumann für die Hilfe und Unterstützung bei der Beantragung und Gewährung der Fördermittel des Sächsischen Innenministeriums. Ohne diese Förderung hätten große und wichtige Veranstaltungen nicht stattfinden können. Die BdV-Mitglieder wissen diese Hilfe sehr zu schätzen. Mit herzlichem Beifall wurde dem Vorsitzenden für seine Ausführungen gedankt. Zur Freude vieler Heimatfreunde hatte Peggy Liebscher sich bereit erklärt, die Festrede zu halten, und sie wurden nicht enttäuscht. In ihrer sehr warmherzigen Rede bekundete Frau Liebscher ihre Hochachtung vor der Lebensleistung der Heimatvertriebenen, die nach allem Schweren, was sie durchgemacht haben, voller Tatendrang den Neuanfang wagten. „Die Heimat zu verlieren, bedeutet gleichzeitig die Identität zu verlieren.“ Aber es gab kein Jammern, die Vertriebenen packten mit an, um das Land wieder aufzubauen, sie brachten ihre Fertigkeiten und ihren Fleiß mit ein. Dem Leipziger Verband, bei dem sie bereits mehrmals zu Gast war, sprach Frau Liebscher Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus, besonders auch für die Kulturarbeit. In ihren Grußworten gratulierten auch die anderen Ehrengäste dem Kreisverband zum 20-jährigen Bestehen, dankten für die vielfältigen Aktivitäten und wünschten weiterhin ein erfolgreiches Wirken. Nach der Pause erfreute der Chor „Lied der Heimat“ und die Gruppe „Lyra“ der Deutschen aus Russland mit Frühlingsliedern und Rezitationen. Leider musste das Kulturprogramm aus Zeitmangel gekürzt werden. In seinem Schlusswort dankte der Vorsitzende Peter Wolf allen Heimatfreunden für ihr Erscheinen und den Beteiligten für ihren Einsatz.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Dessau – Sonnabend, 28. Mai und Sonntag, 29. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt.

Gardelegen – Sonnabend, 28. Mai und Sonntag, 29. Mai: Ostpreußentreffen in Erfurt. – Dienstag, 31. Mai: Busfahrt nach Hitzacker mit Dampferfahrt.

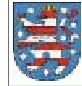
Magdeburg – Freitag, 27. Mai, 16 Uhr, TUS: Singproben des Singkreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Oldenburg – Sonnabend, 14. Mai und Sonntag, 15. Mai, jeweils von 10 – 18 Uhr: „Rosenzauber“ im Stadt-Hotel Oldenburg. Am Wochenende 14. / 15. Mai 2011 stellt die Arbeitsgemeinschaft „HILFE für EUCH“ wieder ihre erlesenen Handarbeiten aus Ostpreußen im Stadt-Hotel Oldenburg, Eversten, Hauptstraße 40 aus. Sie wurden in einem „Hilfe-zur- Selbsthilfe-Projekt“ dort von Frauen geschaffen, die sich damit für ihre Familien ein Zubrot erarbeiten. Sie bekommen die vorbereiteten Materialien von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft gebracht, die sie auf ihren Versorgungsfahrten vor Ort verteilen und besprechen. Auf späteren Fahrten werden die fertigen Sachen abgeholt und auf Ausstellungen zum Kauf angeboten. Der Erlös geht vollständig an die Frauen und mehrere Hundert weitere bedürftige Familien, die die Arbeitsgemeinschaft seit Jahren betreut. In der Ausstellung angeboten werden Decken und Kissen, Läufer und Bänder für den Wohnbereich, Schönes und Nützliches für Küche und Bad, feines Filetgehäkeltes und filigrane Weißstickerei. Die Ausstellung ist auch auf den Hochzeitsmonat Mai abgestimmt und bietet viele Aussteuer- und Geschenkartikel an, sogar festliche Kleidung für die kleinen und großen Gäste. Wer dennoch warme Socken braucht oder Strandartikel sucht, findet auch davon etwas im Angebot. Man kann auch Typisches aus Ostpreußen erwerben, etwa Bärenfang, Bernstein oder Honig.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Schmalkalden – Es ist nach der politischen Wende. Auch im thüringischen Brotterode und in Schmalkalden finden sich Ostpreußen zusammen, die außer einer Heimatgruppe einen Chor gründen. Der Königsberger Horst Pahlke plädiert für den Namen Immanuel Kant und es gelingt ihm, seine Heimatfreunde zu überzeugen. Im Vordergrund stehen die Kantschen Prinzipien. Horst Pahlke wurde durch sie geprägt und er fühlt sich ihnen verpflichtet. Pahlke wurde als Bürgermeister des Sprungschanzenortes Brotterode gewählt. Gesundheitliche Gründe machten später seinen Rücktritt erforderlich. Die ehrenamtliche Arbeit aber blieb. Jeden Monat wurde einmal geprobt und mit großem Engagement ein Heimatnachmittag gestaltet. Horst hatte viele Ideen, er fühlte sich für die Umsetzung verantwortlich, ging es ihm doch darum, das ostdeutsche Kulturgut zu pflegen und in das Thüringer Land zu tragen. Es war ein erfülltes Leben. Im 83. Lebensjahr folgte er nach schwerer Krankheit seiner Ehefrau Mariechen drei Wochen später in den Tod. Seine Landsleute mussten Abschied nehmen. Die Orgel intonierte als letzten Gruß das Ostpreußenlied. „Lieber Horst Pahlke, wir danken Dir für Deine Treue zur Heimat. Du trugst sie im Herzen. Wi wönsche die e Platzke am Himmelsrand, dat Du immer kannst sehe Dien Ostpreuße und Dien Thüringer Land“.

Ostpreußisches Landesmuseum

Mittwoch, 18. Mai, 19 Uhr: **Fanny Lewald – eine emanzipierte Schriftstellerin aus Königsberg.** Kommentierte Lesung mit der Autorin Roswitha Schieb und der Schauspielerin Regina Pressler

Fanny Lewald (1811–1889), in einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Königsberg geboren, ist eine der wichtigsten deutschen Schriftstellerinnen des 19. Jahrhunderts. Erst im Alter von 30 Jahren konnte sie an die literarische Öffentlichkeit treten, zunächst mit anonymen Beiträgen aus Königsberg in der Stuttgarter Zeitschrift „Europa“, die ihr Onkel August Lewald redigierte. Es folgten zahlreiche Romane und Aufsätze zu politischen und sozialen Zeitfragen, die auch heute noch lesenswert sind. Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam. Eintritt: 4 Euro.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstr. 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75 99 50, Fax: (04131) 75 99 511, E-Mail: presse@ol-lg.de,

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

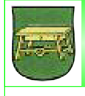


ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.de.

Trauer um Herbert Schäfer – Die Kreisgemeinschaft Angerapp trauert um ihren Kreisältesten. Seit 1968 gehörte Herbert Schäfer, geboren am 6. August 1924 in Darkehmen und am 29. April 2011 in Stuttgart verstorben, dem Kreistag und ab 1986 dem Kreisausschuss an. Von 1986 bis 2002 war er als Schatzmeister der Kreisgemeinschaft tätig. In Dankbarkeit und Würdigung seiner Verdienste nimmt die Kreisgemeinschaft Abschied von einem aufrechten Ostpreußen. Sein Wirken und sein Verdienst um die Kreisgemeinschaft wird den Mitgliedern unvergessen bleiben.

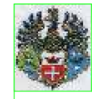
Edeltraut Mai/Doris Bienert



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Martin Heyser, Telefon, Billungstraße 29, 26614 Soltau, Telefon (05191) 978932, E-Mail: mheyser@gmx.de. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (05191) 978932, Billungstraße 29, 29614 Soltau.

Es war ein langer Weg vom letzten *PAZ*-Beitrag der Kreisgemeinschaft im August 2010 bis zum heutigen, und es gäbe viel zu berichten. Dieser Bericht wird sich auf wenige aktuelle Informationen beschränken: Ganz vornean steht das **Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28./29. Mai in Erfurt.** Die Messehallen geben dafür genügend Raum. Während sich die Heimatkreise in Halle 2 versammeln, findet in Halle 1 das Gros der Veranstaltungen statt, zentral die Großkundgebung am Sonntag, 11 Uhr. Sofern es Ihnen möglich ist, nehmen Sie bitte auch teil am Ökomenischen Gottesdienst in der Severikirche, Sonnabend, 10 Uhr. Selbstverständlich ist auch die Kreisgemeinschaft in Halle 2 mit einem Sitzblock unter dem Ebenrode-Schild vertreten, Anlaufstelle für Sie als Besucher. Geschäftsstelle und Kreisvertreter werden für Sie ansprechbar sein. Aber es ist auch eine gute Gelegenheit, sich mit Verwandten, Freunden und Bekannten zu verabreden, gerade, wenn man sich sonst kaum sieht! Die gute Verkehrsanbindung könnte dazu beitragen. Mehr im Internet unter www.ostpreussen.de. Nicht zu vergessen: Erfurt ist Thüringens reizvolle Landeshauptstadt und ebenfalls immer einen Besuch wert. – Wichtig sind der Kreisgemeinschaft ihre **Ostpreußenreisen.** Die Reise 2011 ist bereits seit Februar ausgebucht, erstmals wieder seit vielen Jahren. Das darf wohl als Erfolg verbucht werden, obwohl erst im Vorjahr das Reiseunternehmen gewechselt wurde. Bedauerlich ist natürlich, dass einige Anfragen nicht mehr berücksichtigt werden konnten. – Was die Spendentätigkeit betrifft, wurden in Monatsfrist nach Erscheinen die Kosten für den Heimatbrief aufgefangen. Es sei Ihnen ganz herzlich für die ungebrochene Unterstützung und Ihr Vertrauen gedankt. Der Heimatbrief ist das wichtigste Bindeglied zwischen allen Mitgliedern und Freunden des Vereins. Vielseitigkeit und Niveau wurden und werden häufig bestätigt. Möge es so bleiben! – Abschließend noch zwei personenbezogene Nachrichten: Am 10. März 2011 konnte Fritz Alshuth, Heimatort Groß Trakehnen, seinen 100. Geburtstag begehen. Es ist zwar nicht mehr ganz selten, dass ein hohes Lebensalter erreicht wird, aber es ist nicht selbstverständlich, dass körperliche und geistige Frische in dem Maße erhalten bleiben, wie es bei Herrn Alshuth der Fall ist. Möge er sich noch lange seines beneidenswerten Zustandes erfreuen. – Leider gibt es auch eine traurige Nachricht: Bereits am 23. Dezember 2010 verstarb im 93. Lebensjahr Helmut Rammoser aus Kummeln. Er war langjähriger Kirchspielvertreter für das Kirchspiel Kattenau, bevor Inge Höft das Amt 1997 übernahm. Helmut Rammoser nahm noch in hohem Alter an den Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft in Winsen teil und hatte mit Akribie ein privates Ostpreußenmuseum in Kassel aufgebaut. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Freitag, 20. Mai, 17 Uhr, Vortragssaal des Museums, Eingang: Karmelplatz 5 im Stadtarchiv: Museum Stadt Königsberg: **„Königskrönungen in Königsberg“.** Das Museum nimmt die 150. Wiederkehr der Selbstkrönung König Wilhelms I. im Jahre 1861 zum Anlass, dem Besucher zur Fertigstellung der Dauerausstellung zu Königsbergs Geschichte und Kultur eine Wechselausstellung zu den Königsberger Krönungen 1701 König Friedrich I. und 1861 König Wilhelm I. vorzustellen. Diese Wechselausstellung wird überwiegend aus eigenen Beständen und mit einigen Leihgaben bestritten. Eine Einführung gibt Lorenz Grimoni. Im Anschluss an die Einführung wird der 1. Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) und der Stiftung Königsberg, Klaus Weigelt anlässlich der Vollendung seines 70. Geburtstages geehrt. Die Laudatio hält Dr. Eberhard Neumann von Meding. Da für diese Veranstaltung mit einer größeren Besucherzahl gerechnet, werden alle PKW- Fahrer gebeten, vor dem Rathaus zu parken.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@ freenet.de

Der besondere Tag – Wieder **„Tag der offenen Tür“** im Lötzener Heimatmuseum in Neumünster, Brachenfelder Straße 23 (unweit Rathaus). Nicht nur die Räume der ständigen Ausstellung zur Geschichte und Kultur dieses ostpreußischen Kreises werden am Sonnabend, 14. Mai 2011, von 10 bis 16 Uhr zu besichtigen sein. Auch die Sonderausstellung „Kunst aus unserer Patenstadt – Fotokunst von Michael Ermel“ ist noch zu sehen (bis zum 10. Juni). Um 16.15 Uhr beginnt im Veranstaltungsraum des Lötzener Heimatmuseums die Lesung des Schriftstellers Friedhelm Zühr, Berlin. Er stellt seinen Ende 2010 erschienenen Roman „Salomos Zauberberg“ vor und spricht über „Thomas Mann und Ostpreußen“. – Der Eintritt auch zu dieser Veranstaltung ist wie immer frei.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357391, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

„Der Mai ist gekommen ....“, sangen 65 Landsleute zu Beginn der Feierstunde beim Willenberger Treffen am 1. Mai in Herne. Helga Frankiewicz hatte eingeladen, und es waren wieder viele vertraute Gesichter da. Sie konnte unter anderem begrüßen den Kreisvorsitzenden Dieter Chilla mit Frau Barbara, den Ehrenvorsitzenden Edelfried Baginski, den ehemaligen Kreisvertreter Wilhelm Geyer mit Frau Helga, den Geschäftsführer der Kreisgemeinschaft Hans Napierski mit Frau Brigitte, Christel Bury aus Fröhlichshof sowie einige Mitglieder des Kreistages. Nach dem Lied „Kein schöner Land in dieser Zeit ...“ sprach Edelfried Baginski die Totenehrung. Als Übergang zu der Ansprache des Kreisvorsitzenden sangen alle mit Akkordeonbegleitung das alte schöne Lied „Im schönsten Wiesengrunde ...“ In seiner Ansprache ging der Kreisvorsitzende Dieter Chilla auf die Arbeit und die Ziele der Kreisgemeinschaft ein. Durch die Veranstaltung von Heimatseminaren und anderen Bemühungen wurde eine Anzahl von Landsleuten der mittleren Generation für die Mitarbeit gewonnen. Eine zunehmende Bedeutung haben die Veröffentlichungen der Kreisgemeinschaft im Internet mit den Informationen über Geschichte, Geografie und Literatur des Kreises Ortelsburg. Die Verbindung zu den Menschen in unserer Heimat und auch zur dortigen Verwaltung soll intensiviert werden. Er erwähnte die Busfahrt der Kreisgemeinschaft vom 1. bis 10. August nach Ortelsburg unter dem Leitmotiv „Masuren einmal anders“ zugleich zur 620 Jahrfeier der evangelischen Kirche in Passenheim. Abschließend stellte er fest und begründete, dass die Kreisgemeinschaft im Vergleich innerhalb der Landsmannschaft einen hervorragenden Platz einnimmt. Nach ihm sprach Hans Napierski die Schlussworte. Er stellte fest, dass Helga Frankiewicz seit zwei Jahrzehnten als Schatzmeisterin und als Vertreterin des Kirchspiels Willenberg in der Kreisgemeinschaft arbeitet und dankte ihr unter Beifall der Anwesenden für ihren Einsatz. Im Einzelnen erläuterte er die Busreisen der Kreisgemeinschaft zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt Ende Mai und die Masurenreise im August und rief zur Teilnahme am Ortelsburger Kreistreffen am 18. September im Kulturzentrum Herne auf. Reges Interesse fanden die zum Verkauf

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

ausgelegten Bildbände einiger Kirchspiele sowie die Orts- und Lagepläne der Ortschaften des Kreises Ortelsburg. Das heimatliche, harmonische Beisammensein ging erst am späten Nachmittag zu Ende.



OSTERODE

Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Straße 8, 24306 Plön, Tel. (04522) 593580. Geschäftsstelle: Martin-Luther-Platz 2, 37520 Osterode am Harz., Tel. (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Hamm – Sonntag, 15. Mai, 10 Uhr, Hamm-Westünnen, Von Thünen-Halle (Vereinsheim des Schützenvereins Westünnen 1893 e.V.), Hubert-Westermeier-Straße 1: Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Osterode. – Sonnabend, 28. Mai bis Sonntag, 29. Mai: Fahrt nach Erfurt zum Deutschlandtreffen. Abfahrt nach Erfurt und zurück zu den Startorten sowie an allen Veranstaltungstagen zwischen Erfurt und dem Hessen Hotelpark Hohenroda. Fahrtkosten: 215 Euro im DZ, 240 im EZ. Es sind noch einige Plätze frei. Informationen bei Dieter Malter, Telefon (0201) 6462291 oder mobil (0178) 6582162. – Montag, 4. Juli bis Sonnabend, 23. Juli: Fahrt nach St. Petersburg, Russland. Diverse Stationen auf der Fahrtroute in den Baltischen Ländern Litauen, Lettland, Estland und in Ostpreußen, Polen. Reisepass: Glütigkeit bis mindestens Februar 2012. Der Reisepass wird bis spätestens Mai 2011 zur Beschaffung des Visums (Einreise nach Russland) benötigt. Achtung: Der Personalausweis reicht nicht aus! Visum: Es sind zwei aktuelle biometrische Passbilder erforderlich. Für eine spätere kurzfristige Beschaffung des Visums fallen Mehrkosten für den Teilnehmer an. Reisebus: Moderne Ausstattung. Fahrtkosten: 1713 Euro pro Person im DZ, 275 EZ-Zuschlag. Zahlung: Anzahlung von 300 Euro pro Teilnehmer bei verbindlicher Anmeldung. Tagesprogramm: Montag, 4. Juli, 6 Uhr: Abfahrt in Essen, Übernachtung im Hotel „Gromada" in Schneidemühl. Dienstag, 5. Juli: Weiterfahrt, Übernachtung im Hotel „Wodnik" in Lötzen. Mittwoch, 6. Juli: Weiterfahrt bis Kaunas, Litauen, Übernachtung im Hotel „Park Inn". Donnerstag, 7. Juli: Weiterfahrt bis Pleskau, Übernachtung im Hotel „Rishskaja". Freitag, 8. Juli: Übernachtung im Hotel „Intourist" in Nowgorod. Sonnabend, 9. Juli: Verbleib in Nowgorod mit Besichtigungsprogramm. Sonntag, 10. Juli: Weiterfahrt nach St. Petersburg, Übernachtung im Hotel „Karelia" in St. Petersburg. 11. bis 12. Juli: Verbleib in St. Petersburg. Mittwoch, 13. Juli: Weiterfahrt nach Reval/Tallin, Übernachtung im Hotel "Dzingel". Donnerstag, 14. Juli und Freitag, 15. Juli: Übernachtung im Hotel „Arensberg" in Kuressaare. Sonnabend, 15. Juli: Übernachtung im „Maritim Park Hotel Riga", Lettland. Sonntag, 16. Juli und Montag, 17. Juli: Übernachtung in Schwarzort oder Nidden. Dienstag, 18. Juli: Übernachtung im „Pensjonat Magda" in Kruttinnen. Mittwoch, 20. Juli und Donnerstag, 21. Juli: Übernachtung im Hotel „Inter-Plast" in Gilgenburg. Freitag, 22. Juli: Übernachtung im Hotel „Sen" in Muschten, Polen. Sonnabend, 23. Juli: Rückfahrt. Informationen bei Dieter Malter, Telefon (0201) 6462291 oder mobil (0178) 6582162.





TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax 3970, e-Mail: iklink@gmx.de. Stellvertreter: Manfred Bednarzik, Gartenstraße 126, 33397 Rietberg, Telefon (052444) 9275888, E-Mail: m.bednarzik@versanet.de. Geschäftsführerin: Astrid Welsch, Am Gysenberg 15, 44805 Bochum, Telefon (0234) 8906028, E-Mail: AstridWelsch@web.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Freitag, 20. Mai bis Sonntag, 22. Mai: **Treffen der Heimatfreunde des Kirchspiels Herzogskirchen.** Programm: Freitag, 20. Mai, 18.30: Anreise am späten Vormittag, Begrüßung, gemeinsames Abendessen im Hotel. Zeit für Begegnungen und Gespräche, Fotos (Diaschau) von der gemeinsamen Jubiläumsreise vom 20. bis 29. Juli 2010 nach Treuburg. Sonnabend, 21. Mai: 7.30 Frühstücksbuffet, 9.30 Uhr Feierstunde, Eröffnung des Treffens, 11 Uhr Ende des offiziellen Teils, 11.30 Uhr pünktliche Abfahrt mit dem Bus nach Lüneburg, 13.30 Uhr Kaffeetrinken mit Kuchen oder Brotvesper im „Krone Bier- und Event-Haus" in Lüneburg, 15 Uhr Führung im Ostpreußischen Landesmuseum, zirka anderthalb Stunden, es gibt genügend Ruheplätze, 17 Uhr Rückfahrt nach Celle, 18.45 Uhr Ankunft im Hotel Schaperkrug, 19.30 gemeinsames Abendessen; es gibt ein leckeres Buffet, danach gemütliches Beisammensein. Sonntag, 22. Mai: ab 7.30 Uhr Frühstücksbuffet, danach Zimmer räumen, Gepäck kann im Hotel bis zur Abreise abgestellt werden, 10 Uhr Fahrt mit eigenem Pkw in die Innenstadt Celles, bitte die Bahnfahrer im Pkw mitnehmen und zurückbringen, 10.40 Uhr Schlossführung, zirka eine Stunde, 12.15 Uhr Kaffee und Kuchen im historischen Café Müller am Französischen Garten, Ausklang.

Erfolgreiche Datenbank

Der Bestand des Bildarchivs Ostpreußen wächst ständig

Das Internetbildarchiv der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. www.bildarchiv-ostpreussen.de ist auf dem besten Wege, die erste Adresse für Bilder aus Ostpreußen zu werden. Immer häufiger wird von Google oder Wikipedia auf diese Quelle verwiesen. Damit verbunden ist eine wachsende Zahl von Interessenten, die Kontakt zu den Mitarbeitern des Projektes aufnehmen, sei es, um Bilder aus dem Archiv für eigene Zwecke zu nutzen oder um eigene Bilder zur Archivierung bereitzustellen. Die durchschnittliche Zahl der Zugriffe auf das Bildarchiv liegt bei 600.


Bildarchiv-Internetseite: Suchergebnis — Bild: Ostpr. Bildarchiv

Genau das ist das Ziel: das Interesse an Ostpreußen wach zu halten beziehungsweise zu vermehren, Ostpreußen auch nachfolgenden Generationen bekannt zu machen. Es dient zum einen der Sammlung und langfristigen Sicherstellung von Text- und Bildinformationen, zum anderen zu deren Verbreitung. Nicht zuletzt baut es eine Brücke zu den jetzigen Bewohnern, die sich um Verständnis für die Geschichte bemühen.

Es sind nicht nur Privatpersonen, in- und ausländische Freunde Ostpreußens, die über die Bilder Gemeinsamkeiten entdecken und auch untereinander zu einem Austausch kommen. Es gibt Anfragen von Verlagen und Filmgesellschaften. Angesehene Institute wie das Herder-Institut, das Bildarchiv Foto Marburg oder das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen unterstützen das Projekt.

Das Archiv ist von den Anfängen im Jahre 2006 bis heute ständig gewachsen. Waren es 2008 noch 8000 Bilder, so liegt die Zahl heute bei 21500. Parallel zu der steigenden Zahl der Bilder aber auch der Anfragen der Interessenten wurde die Gruppe der Mitarbeiter permanent erweitert. Heute sind allein im zentralen Projektteam zwölf ehrenamtliche und halbehrenamtliche Helfer damit beschäftigt, tausende Bilder, die dem Archiv bereits zur Verfügung gestellt wurden, zu bearbeiten. Dazu kommen Bildarchivare, die von den Kreisgemeinschaften eingesetzt wurden. Das Scannen der Bilder, die Aufarbeitung der Bilddateien (Beseitigung von technischen Mängeln und Gebrauchsspuren, Einstellen von Tonwerten, Kontrast und Bildschärfe), das Eingeben der

Über 21500 Bilder bereits archiviert

beschreibenden Textinformationen, das Zusammenfassen von Bildern zu Themengruppen und schließlich das Verorten der Bildobjekte auf geeigneten Plänen sind zeitaufwändige Tätigkeiten. Hinzu kommt die Programmierung des Systems und die Digitalisierung umfangreichen Kartenmaterials. Das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai in Erfurt ist eine gute Gelegenheit mit dem Archiv in Kontakt zu treten und Bildmaterial zu übergeben, da das Bildarchiv dort mit einem eigenen Stand vertreten sein wird. Gesucht werden hauptsächlich Ansichten aus der Zeit vor 1945, aber auch gute Fotos aus der Zeit danach, die dann vor Ort gescannt werden. Auf dem Deutschlandtreffen wird eine neue Benutzerschnittstelle des Systems vorgestellt, welche die Bedienung vereinfacht und neue Funktionalitäten verbunden mit zusätzlichen Einsatzmöglichkeiten bietet. Bilderlisten ermöglichen dem Anwender, auf seine Zwecke abgestimmte Abfolgen von Bildern (zum Beispiel für Vorträge) zu erstellen, zu speichern und jederzeit aufzurufen. Daneben steht die bewährte Expertensuche zur Verfügung, in der der Nutzer die verschiedensten Suchkriterien miteinander kombinieren kann. Wer lieber in Karten navigiert, kann sich, ausgehend von der Ostpreußen-Übersichtskarte, in das ihn interessierende Gebiet hineinzoomen und Abbildungen durch Anklicken der Bildsymbole aufrufen.

Je mehr Bilder archiviert und damit für die Nachwelt gesichert sind, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Suchende fündig werden und das wiederum fördert die Bereitschaft am Gelingen dieses Projektes mitzuwirken. Wie viel wertvolles Material mag schon durch die Entsorgung von Nachlässen verlorengegangen sein? Wie viele interessante Geschichten der Erlebnisgeneration sind nicht aufgeschrieben worden? Es kann nicht das Anliegen der Ostpreußen sein, Bilder aus der Heimat wegzuschließen, im Gegenteil, sie sollten so weit wie möglich Verbreitung finden.

Manfred Schwarz
manfred.schwarz@bildarchiv-ostpreussen.de

Kreuzworträtsel (Fragen): Vorliebe; Schwäche (franz.) – amerik. Boxlegende (Muhammad) – Wesen, Gemüt – Laubbaum, Rüster – Europ. Atomgemeinschaft (Kurzwort) – Jazzstil – zottiger Waldgeist – Stadt in Süditalien – Vorgesetzter – Arbeitsentgelt – Gesichtspunkt – chem. Element, Seltenerdmetall – Beistand – höchste römische Himmelsgöttin – Aufpasser, Posten – Pantine – englische Hauptmahlzeit – Maulesel – ungebetener Gast; Teufel – germanische Gottheit – das Glätten der Oberfläche – Leid, Schmerz – Drüsenabsonderung – lediglich – Luftrolle (Sport) – ohne Mängel – Bescheinigung – Titel arabischer Fürsten – Strom in Ostasien – abfressen, abweiden – südfranzösische Stadt – Schiffsleinwand – Gebirge zwischen Europa u. Asien – Stadt in Oberfranken – Zitterpappel – Staat in Südeuropa – Teil eines Ganzen – Hafen in Südschweden – Gruppe von acht Solisten (Musik) – frühere brit. Münzeinheit – schläfrig; erschöpft – artig, brav – Binnenstaat in Ostafrika – Standortbestimmer (Schiff) – vergebens; gratis – griechischer Hirtengott – in der gleichen Weise – Frömmigkeit, Gottesfurcht – Hülle, Futteral – hüpfen, Sprünge machen – schnell befördert Fracht – von Bäumen gesäumte Straße – Stier – Federbettenstoff – engl. Dramatiker (John) – ruhig, lautlos – mit dem Flugzeug ankommen – Eingang – ein Glücksspiel – Rand eines Gewässers – Furchtgefühl – asiatischer Affe – tollen, lärmen (Kinder) – ital. Barockmaler (Guido) – Ferien – Hunnenkönig – Lust, etwas Bestimmtes zu essen – greiser griech. Sagenkönig – Lebensbund – kostspielig – feierliches Gedicht – Erlöser aus einer Gefahr – ein Tierkreiszeichen – Vorrichtung zum Heizen, Kochen – Bodenfläche, Gelände – an einer höher gelegenen Stelle – Senke vulkanischen Ursprungs – Himmelskörper – Haarsalbe – altnordischer Donnergott – zünftig, kernig; originell – Sportwette – Ruhepause – Speisemuschel – zu keiner Zeit – Berichterstatter; Sachbearbeiter – französisches Adelsprädikat – Abk. für Neues Testament – natürlicher Kopfschmuck – algerische Stadt – Fußoder Handrücken – italienisch: ja – Philippineninsel – Vater und Mutter – Felsenhöhle

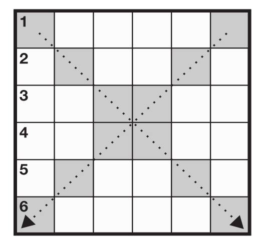
PAZ11_19

Sudoku

	7			4			1	
1			5		7			8
5			9		8			6
	5			9			6	
		6				5		
	8			6			7	
9			8		2			3
7			1		6			4
	3			5			2	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



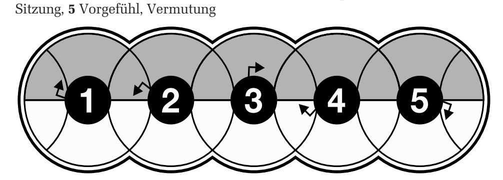
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei andere Begriffe für sofort.

1 frech, unverschämt
2 Horngebilde an Tierzehen
3 Wechseltierchen
4 Klassenerster
5 Haarbüschel
6 Geburtsland

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Begabung, natürliche Neigung.

1 Zweckverband, Klub, **2** Frauenname, **3** Gelehrtensprache, **4** Versammlung, Sitzung, **5** Vorgefühl, Vermutung



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. patzig, 2. Kralle, 3. Amoebe, 4. Primus, 5. Schopf, 6. Heimat – prompt, gleich

Kreiskette: 1. Verein, 2. Regina, 3. Latein, 4. Tagung, 5. Ahnung – Veranlagung

Spurensuche in Osteuropa

Frank Gaudlitz fotografierte Menschen unterschiedlicher Ethnien

Die Bezeichnung „casa mare“ (großer Raum, großes Haus) nutzen die Rumänen, wenn sie über ihre „gute Stube“ sprechen, die nur feierlichen Anlässen vorbehalten ist. Der aus Vetschau/Spreewald stammende Fotograf Frank Gaudlitz hat Menschen verschiedener ethnischer Gruppen und Konfessionen jeden Alters, aller Bildungs- und Gesellschaftsschichten sowie unterschiedlicher Berufe angesprochen und sie gebeten, sich für eine Aufnahme in ihrer privaten Umgebung zur Verfügung zu stellen. Viele machten sich fein zurecht, zogen ihre schönsten Kleider an und ließen sich in ihrer „guten Stube“ fotografieren. Die Innenräume sind unterschiedlich eingerichtet von bäuerlich farbenfroh bis stilvoll elegant.

Die Bilder geben Einblicke in Alltagsgewohnheiten, individuelle Raumästhetik, Erinnerungskultur und Religiosität der Menschen aus Osteuropa. Es ist anzunehmen, dass diese Fotografien als Zeitdokumente betrachtet werden können, weil sie derzeit noch bestehende individuelle Besonderheiten zeigen, die aber in den nächsten Jahren als Folge der EU-Osterweiterung und der Globalisierung verschwinden werden.

Die Sonderausstellung „Casa Mare“ im Donauschwäbischen Zentralmuseum (DZM) Ulm dokumentiert, wie Menschen unterschiedlicher Ethnien leben, etwa die Ungarin Katalin Walter aus der Schwäbischen Türkei, die Ru-



Türkin im Wohnzimmer Bild: DZM

mänen Ion Damian und Vasile Macarie sowie die Sächsin Maria Reuss aus der Dobrudscha oder der Serbe Goran Karanfilovi aus der Vojvodina. Gaudlitz hat sie in ihrer „guten Stube“ vor seine Kamera bekommen.

Zwei Jahre lang führte die fotografische Spurensuche nach Menschen unterschiedlicher Ethnien durch Südosteuropa, in denen auch Deutsche, insbesondere Donauschwaben und Siebenbürger Sachsen, leben.

Er fotografierte Menschen und Innenräume innerhalb Rumäniens in Siebenbürgen, in der Marmarosch und der Dobrudscha, in Südwestungarn in der Schwäbischen Türkei, in Serbien in der Vojvodina und in der Republik Moldau. Die auf dieser Reise entstandene beeindruckende Bilderserie ist im Rahmen der Ausstellung in Ulm zu sehen.

Es handelt sich um ein Projekt der Koordinierung Ostmittel- und Südosteuropa am Museum Europäischer Kulturen, Staatliche Museen zu Berlin, das vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie von der Stiftung Kunstfonds Bonn gefördert wurde. Bekanntlich hat die EU in den vergangenen Jahren den Donauraum als historisch gewachsene Einheit wiederentdeckt. Seit 2009 wird an einer „europäischen Donaustrategie“ gearbeitet. Das Land Baden-Württemberg ist an dem Vorhaben aktiv beteiligt.

Mit der Ausstellung „Casa Mare“ wird ein wichtiger Schritt in Richtung der Annäherung an diesen geographischen Raum unternommen.

Bei ihren bisherigen Stationen in Berlin, Potsdam, Cottbus, Kronstadt (Rumänien), Belgrad (Serbien) und Fünfkirchen (Ungarn) erfreute sich die Präsentation einer guten Besucherresonanz. Die Ausstellung der Porträtserie ist im DZM Ulm noch bis zum 26. Juni zu besichtigen.

Dieter Göllner

Faszination Poststempel

In Ellingen tagte die »Arbeitsgemeinschaft Deutsche Ostgebiete«

Zum 18. Male zeigte die „Arbeitsgemeinschaft Deutsche Ostgebiete“ im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen historische Postbelege. Hartmut Saager, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft und ehemals als Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium tätig, konnte zahlreiche Sammler zu dem Arbeitstreffen begrüßen, darunter auch den Ehrenvorsitzenden Hans-Georg Klemm aus Uttenreuth. Direktor Wolfgang Freyberg vom Kulturzentrum Ostpreußen hieß die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft ebenfalls im Barock-schloss Ellingen willkommen. Dieter Aschenbrenner beleuchtete in seinem Vortrag die Verwendung von Postwertzeichen im Bereich der Tschechoslowakei von 1938 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Dabei ging er auf die Besonderheiten der deutschen sowie der ungarischen Frankaturen und der verwendeten Poststempel in den besetzten Gebieten und im Protektorat Böhmen und Mähren sowie auf die Besonderheiten beim Einmarsch der Roten Armee in dieser Gegend ein. Hans-Joachim Müller und Hartmut Saager informierten in einem Vortrag über den Postverkehr in und aus dem sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens in den Jahren 1945 bis 1947. Zu sehen waren Originalbelege aus dem Landkreis Angerburg sowie zeitgenössische Schriften aus dem Sudetenland.

mef

Die Befreiungsstempel

Ellingen: Auswahl von Stempeln Bild: mef

Um 1900

SPSG zeigt Ausstellung über Westpreußen

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) eröffnet am 14. Mai die Fotoausstellung „Westpreußen um 1900. Hermann Ventzke (1847–1936) unterwegs mit der Plattenkamera“ im Schloss Caputh. Der Lehrer und Fotograf bereiste in den Sommermonaten der letzten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts wiederholt das Land am Unterlauf der Weichsel und besuchte dabei die Marienburg sowie bedeutende Städte wie Thorn, Graudenz, Marienwerder oder Danzig. In der Ausstellung zu sehen sind auch Familienporträts, die während dieser Reisen entstanden. Seine Fotografien aus der ehemaligen Provinz Westpreußen sind heute wertvolle Zeitdokumente. Die Ausstellung des Westpreußischen Landesmuseums mit Fotobeständen aus dem Deutschen Historischen Museum Berlin wird vom Deutschen Kulturforum östliches Europa in Kooperation mit der SPSG gezeigt.

SPSG

> Lehrer Ventzke reiste mit seiner Plattenkamera

Geriebenen Dachziegel aufs Haar

Schönheits- und Reinlichkeitsrituale aus mehreren Jahrhunderten geben Einblick in die tägliche Hygiene

Wenn Kaiser und Könige sich der Körperpflege hingaben, dann taten sie es mit Stil. Wenn ... Man ist lange davon ausgegangen, dass die hochgestellten Persönlichkeiten vergangener Jahrhunderte mehr auf Puder und Parfüm gaben als auf Wasser und Seife. Dass diese Vorstellung nicht immer richtig ist, zeigen derzeit zwei Ausstellungen, die das Thema Reinlichkeit von verschiedenen Seiten beleuchten.

In seiner Jahresausstellung 2011 zeigt das Napoleonmuseum Thurgau auf Schloss Arenenberg Exponate aus eigenen Beständen und Originale aus verschiedenen europäischen Ausstellungshäusern. Diese werden erstmals nicht nur im Napoleonmuseum, sondern auch im neu renovierten „Prinzenflügel“, der ehemaligen Kaiserwohnung auf Schloss Arenenberg, präsentiert. Unter dem Titel „Eau & Toilette – Waschen, Kleiden, Duften ...“ dreht sich alles um Schönheit, Hygiene und Mode. Die Entdeckung eines frühen Wellness-Tempels im renovierten Prinzen-

Ein exklusives Tauchbad für einen Kaiser

flügel des Schlosses gab den Anstoß zu dieser Schau, in der ein fortlaufender Film in die Geschichte des Napoleonmuseums einführt. Das 1906 gegründete Museum, nur zehn Autominuten von Konstanz entfernt, ist das einzige deutschsprachige zur napoleonischen Geschichte. Es beschäftigt sich mit dem Zeitraum von der französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg. Mit jährlich rund 40000 Besuchern zählt das Museum zu den Anziehungspunkten des Bodenseegebietes.

Die neue Jahresausstellung mit ihren seltenen Exponaten ist eine besondere Attraktion in diesem Gebiet. Das exklusive Tauchbad Napoleons III. mit seinen weiß glasierten Keramikfliesen und dem vergoldeten Herrschaftssymbol des Adlers erweckt den Neid so manchen Besuchers. „Die Jahresausstellung auf Schloss Arenenberg blickt durch die Schlüssellöcher der Séparées und Waschräume von der ausgehenden Renaissance bis zum beginnenden 20. Jahrhundert“, so die Veranstalter. „Wer könnte dabei besser aus dem Nähkästchen plaudern als die Kammerzofen und Kammerdiener der hohen Gesellschaft? Wie es dem Sonnenkönig Louis XIV. und seiner Schwägerin Liselotte von der Pfalz am Hof von Versailles erging, erfährt der Besucher der Ausstellung dabei ebenso wie Details der kuriosen Schönheitsrituale von Marie-Antoinette. Die Gemahlin Louis XVI. gilt bis heute als eine der schillerndsten Figuren der französischen Revolution.“ Nicht unbedingt zur Nachahmung empfohlen ist ein Rezept aus der Zeit von Kaiserin Eugénie, der Gemahlin Napoleons III.: Damen von Welt mischten Wasserstoffperoxid mit einem Schuss Salmiakgeist und geriebenem Dachziegel. Auf das Haar gebracht, erhielten sie die gewünschte Farbe: Rotblond à la Kaiserin Eugénie. Während das Napoleonmuseum Thurgau sich den Waschgewohnheiten seit der Renaissance annimmt, zeigt das Museum für Archäologie des Kantons Thurgau ab dem 3. Juli begleitend, welche Rolle die Themen Schönheit, Hygiene und Mode zwischen Steinzeit und Mittelalter spielten.

Nicht ganz soweit zurück führt die Jahresausstellung der Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg. Auch hier wird der Besucher mit einem Thema des Alltags konfrontiert, einem Thema, das man auch heute nur hinter vorgehaltener Hand anspricht. „Das Stille Örtchen – Tabu und Reinlichkeit bey Hofe“ widmet sich Menschlichem, allzu Menschlichen: dem Bedürfnis und wie man damit umging. Die Verfasserin stammt aus einer Zeit, da man dieses Bedürfnis noch vornehm umschrieb – man ging sich mal die Hände waschen oder wie der Franzose sagt: „téléphoner avec ma tante“ (mit der Tante telefonieren). Es gab aber Zeiten, da ging man mit dem menschlichen Bedürfnis und dem Örtchen viel zwangloser um. Die alten Römer hatten neben vielen anderen Errungenschaften schon das wassergespülte Klosett erfunden, allerdings auch die Gemeinschaftslatrine. Man fand nichts dabei, nebeneinander zu sitzen und zu plauschen, vielleicht auch Ge-schäfte zu vereinbaren. Wenn man sich heute über Schmierereien in öffentlichen Toiletten erregt, dann sei darauf hingewiesen, dass an der Wand einer Latrine in Herculaneum, einer antiken Stadt, die beim Ausbruch des Vesuvs 79 n. Chr. unterging, ein Graffito zu lesen war, das heute durchaus peinlich anmutet: „Apollinaris, Leibarzt des Kaisers Titus, hat hier gut gekackt.“ Und war es nicht auch Kaiser Vespasian, der die Einnahmen aus der gewerblichen Nutzung von Inhalten öffentlich aufgestellter Urinale mit einer Steuer belegte? – „Pecunia non olet“, Geld stinkt nicht, dieser Ausspruch soll von ihm stammen. – Urin brauchten Goldschmiede, Gerber und Wollfärber wegen des enthaltenen Ammoniaks. Was sich alles hinter dem Begriff „Toilette bei Hofe“ verbirgt, welche Einrichtungen den Burg- und Schlossbewohnern zur Verfügung standen, darauf macht die Ausstellung im Kloster Schussenried (zwischen Sigmaringen und Biberach gelegen) aufmerksam. Die Vielfalt der Objekte reicht vom Abort bis zur Zahnbürste und lässt sich auf vier große Themenschwerpunkte verteilen: Zimmeraborte und Nachttöpfe, Waschen und Baden, Körperpflege auf Reisen sowie Frisieren, Schminken und Parfümieren. Der Katalog enthält ebenso informative wie unterhaltsame Beiträge – für alle, die nicht nach Schussenried reisen können. Im kommenden Jahr wird die Schau im Deutschordensmuseum in Bad Mergentheim zu sehen sein. Da wird sich der geneigte Leser erinnern, dass „die alten Rittersleut'“ auch schon mit dem „stillen Örtchen“ umzugehen wussten und etwas von Wasserspülung verstanden. Schließlich befanden sich die Aborte einer Ordensburg in einem Turm über einem fließenden Gewässer.

Silke Osman





Nachempfunden: Zwei junge Damen von heute in den Gemächern der Kaiserin Eugénie Bild: Napoleonmuseum Thurgau

Schloss und Park Arenenberg mit Napoleonmuseum Thurgau, CH-8268 Salenstein, sind während der Ausstellung „Eau & Toilette“ bis zum 23. Oktober Montag von 13 bis 17 Uhr, Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

Die Ausstellung „Das stille Örtchen“ in Kloster Schussenried ist bis zum 18. September Dienstag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr und von 14 bis 17 Uhr sowie am Wochenende und an Feiertagen von 10 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 5 / 2,50 Euro. Katalog aus dem Deutschen Kunstverlag, 288 Seiten, broschiert, 24,90 Euro.

Jonglieren mit Worten

Sigrid Sandmann möchte ihre Mitmenschen zum kreativen Umgang mit Worten anregen

Die Hamburgerin Sigrid Sandmann arbeitet mit Sprache und fasst ihre Einfälle in außergewöhnliche Projekte. Ihre Schöpfungen sind mittlerweile international gefragt. Oft geistern Sigrid Sandmann ungewöhnliche Worte durch den Kopf – „Kunstkarotten“ und „Uraltenzukunftsgedanke“ beispielsweise. Diese schreibt sie nicht einfach nur auf, sondern gestaltet sie kreativ. Gerne trägt die Künstlerin ihre Wortkunstwerke in den öffentlichen Raum. Dabei ist es

Schöpfungen müssen zur Umgebung passen

ihr sehr wichtig, dass die Schöpfungen genau zu den Plätzen passen, wo sie ausgestellt werden. Und aus dem Grunde setzt sich Sandmann intensiv mit der Historie der Orte auseinander, spricht mit Menschen, die dort leben oder die Orte kennen.

So war es auch bei einem ihrer Lieblingsprojekte – einem fast 450 Quadratmeter großen Transparent, das im Sommer 2007 an den Grindel-Hochhäusern in Hamburg zu deren 50-jährigem Bestehen hing. Hierfür führte sie Interviews mit älteren Mietern, die schon lange in den Hochhäusern leben. Sie erzählten von der schwierigen Wohnsituation nach dem Krieg und von besonderen Nachbarschaften.

Die Wortkunstwerke der Künstlerin sind auch in beruflichen oder privaten Räumen anzutreffen. So haben einige Menschen einzelne Wörter aus dem ehemaligen Transparent als „Einwortwerke“ erworben und damit ihr Büro oder ihr Eigenheim geschmückt. Eine Beraterin hat das Wort „seelig“ gekauft, das die Künstlerin unkorrekter weise mit doppeltem Vokal geschrieben hat. Die Frau meinte, es passe gut in ihr Büro, weil sie täglich mit der Seele von Menschen zu tun habe. Auch eine IT-Firma nutzt eines der Einwortwerke der Künstlerin im beruflichen Kontext. Die Firma entschied sich für „machen“. Das Eimsbütteler Standesamt ist ebenfalls mit einem Wort aus dem Transparent geschmückt, dessen Bedeutung keiner weiteren Erläuterung bedarf: An der Wand prangt ein überdimensionales „Ja“.



Wortspielerei: Am Grindelhochhaus Bild: privat

Auch auf internationalem Boden spielt Sigrid Sandmann am liebsten mit Sprache: Bei ihrem nächsten Vorhaben, das in Sydney stattfinden wird, möchte sie Menschen dazu ermuntern, sich selbst auszudrücken und im öffentlichen Raum frei zu äußern. Die Menschen sollen hierzu an ein Rednerpult treten und in ein Mikrofon sprechen, ihre Äußerungen sollen dann sichtbar und unzensiert per Lichtprojektion in Leuchtschrift auf einem historischen Cottage erscheinen.

Solche interaktiven Projekte liegen der Künstlerin besonders am Herzen, denn sie möchte die Menschen ermuntern, selbst kreativ zu werden. Auch in der Hansestadt hatten bereits einige Kunstfreunde die Möglichkeit, an einem solchen Projekt mitzuwirken: Im Juni 2010 war Sandmann mit dem „Wortfindungsamt“ beim Stadtteilfest in Ottensen zu Gast. Für einige Wochen wurde sie dort zur Kunstbeamtin: In einem Bauwagen empfing sie Bürgerinnen und Bürger mit deren Wortwünschen. Diese wurden auf Hartschaumplatten in Schilderform gedruckt. Mit weißem Hintergrund und schwarzer Schrift erinnern sie ein wenig an Straßenschilder – und ganz fern ist dieser Gedanke auch nicht. Für einige Wochen waren die Wortkreationen, ebenso wie Straßenschilder, im gesamten Stadtteil zu sehen, da die Erfinderinnen und Erfinder dafür einen geeigneten Ort auswählten und sie dort aufhängten. Solche Wortkreationen erzählen oft ganz persönliche Geschichten, wie beispielsweise der „Blickflirt“, der von Sandmann für eine junge Frau angefertigt wurde: Die Frau platzierte das

Die Wortkreationen fanden viele Freunde

Schild genau an dem Ort, an dem sie jeden Morgen auf dem Weg zur Arbeit mit einem unbekannten Mann einen kurzen Blick austauscht. Da sie selbst so viel Freude an dem Projekt hatte und es auch bei vielen Menschen sehr gut ankam, kann sich die Künstlerin gut vorstellen, ihr „Amt“ noch an vielen verschiedenen Orten zu eröffnen – eine Fortsetzung folgt zunächst im September in Krefeld.

Corinna Weinert

Für Sie gelesen

Hoffnung auf ein neues Leben

Immer wieder wird darüber berichtet, dass es in Deutschland mehr potenzielle Organspendeempfänger als Organspender gibt. Dann wird von mehreren Seiten beklagt, dass es in Deutschland die Regelung der erweiterten Zustimmung statt die Widerspruchsregelung gibt, nach der jeder, der nicht zu Lebzeiten ausdrücklich widerspricht, als Organspender infrage kommt, und dann gerät das Thema vorerst wieder aus der öffentlichen Debatte. Für jene Menschen, die jedoch betroffen sind, weil sie auf ein Organ warten oder weil ihr Angehöriger ohne Regelung nach einem Schicksalsschlag als Organspender infrage kommt, kann das Thema schnell von existenzieller Bedeutung werden.

Dr. med. Eberhard J. Wormer bietet in „Organspende – Hoffnung auf ein neues Leben“ für Betroffene, aber auch für jene, die überlegen, sich einen Organspendeausweis anzuschaffen, wichtige

Informationen zum Thema Organspende

Informationen. So berichtet er von der Geschichte der Organtransplantation und vermittelt so einen Eindruck davon, was inzwischen medizinisch möglich ist und wie viele Menschen sich in der Hoffnung aufs Überleben als Versuchsobjekt zur Verfügung gestellt haben, um dann doch jämmerlich zu sterben. Heute sei die Transplantation bestimmter Organe wie der Niere für manche Kliniken allerdings schon nahezu Alltagsroutine. Der Leser erfährt, welche Organe wie transplantiert werden können, wie lange sich Organe heutzutage konservieren lassen, welche Abstoßungsreaktionen es bei Empfängern gibt und welche Voraussetzungen der Spender erfüllen muss. Interessant ist, dass viele der nach einem festgestellten Hirntod infrage kommenden Spender nicht Unfall-Opfer sind. Oft sind es Hirnblutungen oder Hirninfarkte, die Menschen so sterben lassen, dass sie als Spender noch mit ihrem Tod andere retten können.

Auch wenn Wormer betont, er wolle neutral informieren, so merkt man doch, dass er dem Thema positiv gegenübersteht und es ihn fasziniert. Auch betont er, dass deutschlandweit täglich

Bild: Thorben Wengert / pixelio.de

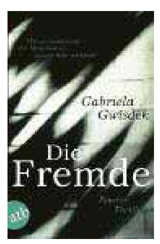
Organspendeausweis

etwa zwölf Organtransplantationen durchgeführt werden, aufgrund von Organmangel aber täglich auch drei Patienten, die auf der Warteliste für Organe stehen, sterben.

Am Ende des Buches findet der Leser dann auch einen Organspendeausweis zum Heraustrennen, was auf jene, die noch keinen haben, durchaus einen gewissen Druck und ein schlechtes Gewissen ausüben kann, schließlich haben sie doch gerade erfahren, wie man als Organspender noch mit dem Tod anderen Leben schenken kann.

Bel

***Eberhard J. Wormer: „Organspende – Hoffnung auf ein neues Leben“**, Lingen Verlag, Köln 2010, kartoniert, 148 Seiten, 4,95 Euro*



Frau ohne Gedächtnis

Spannung allein reicht nicht

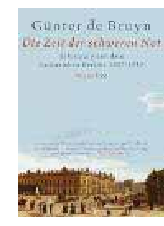
Von Anfang an nimmt der spannungsreiche Psychothriller „Die Fremde“ von Gabriela Gwisdek den Leser unwiderstehlich gefangen. Es ist der erste Kriminalroman aus der Feder der Drehbuchautorin und Ehefrau des Schauspielers Michael Gwisdek. Sie schildert darin das nicht neue Thema der seelischen Abgründe im Menschen und ein unheimliches Verwirrspiel, das sich infolgedessen ergibt. Gwisdek ist eine versierte Erzählerin. Daher rechnet man als Leser nicht damit, seine Zeit mit der Lektüre derart zu vergeuden.

Der Schatten des Allzu-Unwahrscheinlichen bleibt selbst über dem zentralen Ereignis hängen. Nach einem arbeitsreichen Tag in Düsseldorf kommt es im Leben des 35-jährigen Geschäftsmanns Markus Franke am Abend des 4. Juli 2009 zu einer tragischen Wende. Seine Frau ist verschwunden. Am nächsten Tag erfährt er, dass drei Menschen bei einem schweren Unfall auf der Bundesstraße in der Nähe seines Wohnorts bei Celle starben und eine Frau schwer verletzt wurde. Markus' Ahnung, dass es sich um Katharina, seine Ehefrau, handeln könnte, bewahrheitet sich. Es stellt sich heraus, dass sich just zu dem Zeitpunkt des mysteriösen Unfalls ein Serientäter in der Nähe des Unglücksorts herumtrieb. Allem Anschein nach wollte er sich an Katharina für Kränkungen rächen, die immerhin schon 25 Jahre zurückliegen. Jedenfalls steht Katharinas Name auf einer Liste mit den Namen der Opfer, an denen der inzwischen festgenommene Mörder Rache üben wollte und die er bereits umgebracht hat.

Eigentlich sollte es dem Ermittler Leonard nicht schwer fallen, rasch die Hintergründe herauszufinden, doch er schafft es nicht. Erst gegen Schluss, nachdem die nach ihrem Unfall von Amnesie betroffene junge Frau nach Monaten wieder ihr Gedächtnis erlangt hat und die Ereignisse in Carson City/Nevada fortgesetzt werden, darf sich der aus Deutschland eingeflogene Kripo-Beamte auch einmal eines Erfolgserlebnisses erfreuen. Bis dahin reiht sich eine unglaubhafte Einzelheit an die nächste: Ein junger Ehemann, der es hingenommen hat, dass seine übrigens nicht besonders sympathische Frau ihm jahrelang fast alles über ihre Herkunft verschwieg. Die junge Frau ohne Gedächtnis, deren Mann nur zwei Merkmale einfallen, an denen er sie – vermeintlich – erkennt, der sie dann aber von ihrer plötzlich aufgetauchten Zwillingsschwester aus den USA nicht unterscheiden kann ... Es ist schon erstaunlich, was ein Krimiliebhaber alles schlucken soll.

Dagmar Jestrzemski

***Gabriela Gwisdek: „Die Fremde“**, Aufbau Verlag, Berlin 2010, broschiert, 259 Seiten, 9,95 Euro*



Groß trotz widriger Zeiten

Anschauliches Bild Preußens von 1807 bis 1815 gezeichnet

Der 1926 in Berlin geborene Schriftsteller Günter de Bruyn ist in der DDR bekannt geworden, hatte sich aber schon vor der Wende auch in der „alten“ Bundesrepublik eine treue Leserschar erworben. Nach der Wende mutierte er, wie man früher wohl gesagte hätte, zu einem „borussischen“ Autor, indem er sich mehr und mehr der Berlin-Brandenburgischen Geschichte zuwandte und Bücher über Königin Luise und über Berlins Prachtstraße Unter den Linden schrieb. Insbesondere sein vorletztes, als „opus magnum“ gepriesenes Werk über die kulturelle Blüte Berlins zwischen 1780 und 1806 vereinigte gleichermaßen poetische Eleganz und historische Tiefe.

Sein neuestes Buch über Preußens schwere Jahre zwischen der Niederlage gegen Napoleon 1806 und dem Beginn der Befreiungskriege zeigt erneut, wie sehr de Bruyn inzwischen in der preußischen Geschichte verwurzelt ist.

Anhand von knapp 50 Porträts der wichtigsten Persönlichkeiten aus Politik, Militär, Wissenschaft und Kunst – wobei die Beiträge über Künstler und Literaten überwiegen – zeigt de Bruyn, dass Preußen gerade in widrigster Zeit groß war oder besser: groß wurde, indem es sich dank seiner geistigen und moralischen Qualitäten gleichsam selber aus dem Sumpf zog. Selbstverständlich sind dabei Königin Luise, die Politiker v. Stein, Hardenberg, die Militärs Gneisenau, Scharnhorst, Marwitz und Lützow, die Bildhauer Schadow und Rauch, Literaten wie Kleist, Chamisso, Arnim und Eichendorff aufgenommen, aber doch auch eine ganze Anzahl weniger bekannter Personen wie etwa der umstrittene Verleger Friedrich Nicolai, die umtriebige Rahel Levin und ihr Ehemann Varnhagen von Ense, die Dichter Franz Fouqué oder die graue Eminenz neben v. Stein und Hardenberg, Friedrich August Staegemann.

> Der Autor beeindruckt durch Detailkenntnis

In der Summe ergeben diese meist nur acht bis zehn Seiten umfassenden Porträts ein anschauliches Bild von einer Stadt und einem Land, das die tiefste Erniedrigung seit Menschengedenken als unentwegten Ansporn empfand, aus dem Elend und der Schmach wieder herauszukommen. Denn nach der Niederlage von Jena und Auerstedt hing das Schicksal des nach dem Frieden von Tilsit um die Hälfte dezimierten Landes wiederholt am seidenen Faden.

Aber Preußen, zumal Berlin, brodelte. Immer wieder drängten Reformer, vor allem heißblütige Köpfe wie Kleist, Schill oder Lützow, zum Aufstand gegen den verhassten französischen Imperator; andere wie die rationaleren Militärs, vor allem aber Hardenberg wussten, dass ein zu frühes Losschlagen den völligen Untergang des Staates bedeuten würde. Dieser Meinung war auch König Friedrich Wilhelm III.; de Bruyns überzeugende Billigung von dessen angeblich zögerlichen Haltung kommt einer Ehrenrettung dieses Monarchen gleich.

Das Buch fasziniert einmal mehr durch die Detailkenntnis des Autors sowohl zu einzelnen Personen als auch zu kleinsten und abgelegensten Ereignissen wie Heirat, Scheidung, Krankheit und Tod, Reisen und Veröffentlichungen sowie militärischen Positionen. Sein Wissen gereicht jedem Historiker preußischer Geschichte zur Ehre. Hinzu kommt de Bruyns poetische Gabe, seine Fähigkeit und wohl auch seine Neigung, sich in die Mentalität seiner damaligen „Kollegen“ hineinzuversetzen, um deren manchmal wirre Gedanken verständlich zu machen. Was Dichter wie Kleist und andere dachten, drang ja weit in die Kreise von Verwaltung und Militär.

Offiziere, sagt de Bruyn, „die literarisch im weitesten Sinne tätig waren, hat es nie so viele wie in den Jahrzehnten um 1800 gegeben“. Und umgekehrt waren Künstler und Professoren 1813, als der Aufstand mit des Königs berühmten Aufruf „An mein Volk“ losbrach, mit Feuereifer dabei, meldeten sich freiwillig zum Militärdienst, was mitunter zu schon komischen Situationen führte, wenn etwa der Philosoph Fichte mit einem Säbel bewaffnet durch die Straßen stolzierte.

Aber die Kriegsbegeisterung war doch allgemein. Deutschland sollte befreit werden und Enttäuschung und Frustration waren dann umso größer, als mit dem Wiener Kongress das alte System der Mächte und Fürsten weitgehend wieder etabliert wurde.

De Bruyn hat sich auf das knappe Jahrzehnt 1807 bis 1815 beschränkt, womit ein überaus anschauliches Bild Preußens in seiner schwersten Zeit gelingt. Ein kleiner Wermutstropfen aber doch: Der Autor erzählt derart anschaulich und fesselnd, dass man unwillkürlich neugierig wird, wie es bei den einzelnen Personen, die ja fast alle noch mehrere Jahrzehnte nach 1815 vor sich hatten, weitergegangen ist, bei Clausewitz etwa, der ja erst ab 1820 sein großes Werk über den Krieg schrieb. So bricht die Biographie oft etwas unvermittelt ab. Gleichwohl, es ist eines der schönsten Preußenbücher, das wir seit langem erhalten haben.

Dirk Klose

***Günter de Bruyn: „Die Zeit der schweren Not – Schicksale aus dem Kulturleben Berlins 1807 bis 1815“**, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2010, gebunden, 432 Seiten, 24,95 Euro*



Modell Italien

Wirtschaftswunder und Staatsverschuldung

150 Jahre nationale Einheit feiert Italien in diesem Jahr. Pünktlich zum Geburtstagsjubiläum hat Hans Woller vom Münchener Institut für Zeitgeschichte ein Standardwerk zur Geschichte der Apenninenhalbinsel im 20. Jahrhundert herausgebracht. Es war ein bewegtes Jahrhundert mit zwei Weltkriegen, mehreren Wirtschaftskrisen, politischen Umbrüchen und gesellschaftlichen Wandeln.

Wie Deutschland war Italien als Nationalstaat eine Spätgeburt und um 1900 ein bitterarmer Agrarstaat. Im Gegensatz zu den liberalen Ideen der Unabhängigkeitsbewegung, des Risorgimento, entwickelte sich im neuen Königreich eine starke nationalistisch-imperialistische Strömung. Kolonien auf dem „Schwarzen Kontinent“ sollten nicht nur den erhöhten Rohstoffbedarf des Landes im Zuge der Industrialisierung decken, sondern auch eine Heimat für italienische Wirtschaftsemigranten bieten. Ferner unterstreicht der Autor die Bedeutung der nord- und ostafrikanischen Provinzen als Statussymbol im Konkurrenzkampf der europäischen Großmächte und für die nationale Identitätsbildung.

> Provinzen in Nord- und Ostafrika als Statussymbol

Nach dem Ersten Weltkrieg stürzten die nur teilweise erfüllten Gebietsansprüche, Inflation und Konjunktureinbruch den Staat in eine Dauerkrise. Aus ihr erwuchs die faschistische Bewegung Benito Mussolinis.

Nach dem „Marsch auf Rom“ 1922 wurde unter Beibehaltung der Monarchie ein totalitärer Staat errichtet, der einige Nachahmer in Europa fand. An der Seite Deutschlands trat Italien 1940 in den Zweiten Weltkrieg ein.

Der sich abzeichnende Sieg der Alliierten führte 1943 zum Sturz des faschistischen Diktators. Bis zur Kapitulation der deutschen Streitkräfte im April 1945 kämpften Partisanen im faschistisch besetzten Norden.

Eine Volksabstimmung schaffte 1946 die Monarchie ab. Das politische Selbstverständnis der Nachkriegsrepublik stützte sich auf den Widerstands-Mythos, um die faschistische Schuld der Italiener zu relativieren. Stärkste politische Kraft wurden die Christdemokraten (DC), die bis 1993 an allen Regierungen beteiligt waren.

Das Wirtschaftswachstum erreichte in den 1950er Jahren europäische Spitzenwerte. Woller spricht von einem spezifischen „Modell Italien“: Protektionismus und staatliche Subventionen hätten den Aufstieg zur Industrienation ermöglicht. Kehrseite waren eine geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und eine massive Staatsverschuldung.

Die Wirtschaftskrise, ständige Regierungswechsel aufgrund innerparteilicher Streitigkeiten sowie Terrorakte links- und rechtsextremer Gruppen in den 1970er Jahren offenbarten die politische Labilität des italienischen Systems. Anfang der 1990er Jahre deckten Mailänder Anwälte zahlreiche Korruptionsskandale und enge Verbindungen zwischen Politik, Wirtschaft und organisierter Kriminalität auf. Die DC zerfiel. In dieses Machtvakuum stieß Medienunternehmer Silvio Berlusconi mit seiner rechtsliberalen Forza Italia. Seit 2001 regiert der Cavaliere – unterbrochen von einem

> Elegant erzählter Gang durch die Geschichte Italiens

kurzen Intermezzo der Linken von 2006 bis 2008 – mit einem Mitte-Rechts-Bündnis.

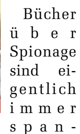
Wollers Kompendium ist ein kenntnisreicher, elegant erzählter Gang durch die italienische Zeitgeschichte. Der Autor berücksichtigt regionale, nationale sowie internationale Entwicklungen und zieht zahlreiche Querverbindungen zur Wirtschaftspolitik. Nur das Urteil zur Gegenwart fällt unscharf aus.

Der Historiker unterschätzt die Gefahr für die Demokratie, die von Berlusconi oder der rechtspopulistischen Lega Nord ausgeht. Weder kann die Rede von der gepriesenen aktiven Zivilgesellschaft noch von einem klaren Profil der Opposition sein. Bilder, Graphiken, Tabellen sowie ein Begriffs- und Personenverzeichnis hätten den Text schließlich aufgelockert und wissenschaftlich aufgewertet.

Sophia E. Gerber

***Hans Woller: „Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert“**, C.H. Beck-Verlag, München 2010, 480 Seiten, 26,95 Euro*





Vergeblich spioniert

Buch entzaubert Mythen um echte Agenten

Bücher über Spionage sind eigentlich immer spannend, geht es doch um Intrigen und Verrat, um Liebe und Leidenschaft. Und dramatisch wird es, wenn nicht Phantasiegestalten wie James Bond auftreten, sondern Tatsachen berichtet werden, die unsere jüngste Vergangenheit berühren. So greift man erwartungsvoll zu dem neuen Buch des ehemaligen Verfassungsschutzchefs eines Bundeslandes, Helmut Roewer, der nicht nur einen Überblick über die Spionage zwischen Deutschland und der Sowjet-union im Zweiten Weltkrieg liefert, sondern auch manche Mythen, die darüber im Schwange sind, richtig stellen will. Da er in einem flotten, bisweilen flapsigen Stil schreibt, ist die Lektüre von „Die Rote Kapelle und andere Geheimdienstmythen“ auch noch kurzweilig.

Viel Neues entdeckt man allerdings nicht, gab es doch Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Flut von Darstellungen gerade der sowjetischen Spionage gegen Deutschland, darunter auch seriöse von Zeitzeugen überwiegend aus der deutschen Abwehr, in der DDR hingegen von ehemaligen roten Agenten, die überlebt hatten. Sicherlich wurden dabei auch Mythen gesponnen, die Roewer aufzuklären sich bemüht, doch sind es manchmal auch nur andere Schlussfolgerungen, die ebenso wahr oder unwahr sein können wie die Erzählungen seiner Vorgänger. Man erfährt, dass die deutsche Aufklärung gegen die Sowjetunion nicht sehr ergiebig war, da es überaus schwierig, wenn nicht unmöglich war, angesichts der totalen Abschottung des Sowjetstaates gegenüber dem Ausland Agenten in die UdSSR einzuschleusen. Der totale Polizeistaat tat ein Übriges. So war denn auch die wichtigste Art der Aufklärung die Luftüberwachung. Deutsche Flugzeuge konnten aus einer Höhe bis zu 13 000 Metern bis etwa zur Linie Woronesch – Stalingrad mit Hilfe von Luftbildkameras das Gelände beobachten. So erfuhr die deutsche Führung, dass nach dem deutsch-polnischen Krieg ein gewaltiger Truppenaufmarsch der Sowjetunion in Gang war, ohne allerdings die Feingliederung der sowjetischen Einheiten wie die Bewaffnung aufklären zu können. Dadurch erklärt sich die Fehleinschätzung der sowjetischen Macht, zumal man nicht in der Lage war zu erkennen, dass hinter dem Ural riesige Rüstungswerke an der Arbeit waren.

Im Deutschen Reich waren zahlreiche Spionagegruppen für die Sowjets am Werk, die nicht koordiniert waren und so häufig einander widersprechende Meldungen nach Moskau funkten. Der Autor meint, dass sie dadurch nicht sehr wirkungsvoll gewesen seien. Ihre Angehörigen arbeiteten aus unterschiedlichsten Motiven für den Bolschewismus. Da war der Legationsrat aus dem Auswärtigen Amt, der sich schon 1937 dem sowjetischen Geheimdienst andiente, weil er durch seine Spielleidenschaft bis über die Ohren verschuldet war. Da gab es den jungen Luftwaffenoffizier, der, wie Roewer schreibt, als „verbummelter Student“ im Luftfahrtministerium gelandet war und dort an allerlei für die Sowjets nützliches Material gelangt war, das er an seinen sowjetischen Führungsoffizier weiterleitete. Aber es waren auch zahlreiche Intellektuelle unter den Sowjetagenten, die in der Zeit der Weimarer Republik in linksextreme Kreise geraten waren und nun für das „Vaterland aller Werktätigen“ spionierten. All diese Grüppchen fassten die deutschen Abwehrstellen unter dem griffigen Titel „Rote Kapelle“ zusammen. Heute werden sie in der Bundesrepublik als antifaschistische Widerstandskämpfer verehrt.

Roewer meint im Gegensatz zu zahlreichen vorangegangenen Autoren von Spionagebüchern, die „Rote Kapelle“ sei nicht sehr

> Den großen Agenten hat es wohl nie gegeben

wirksam gewesen. Den immer wieder vermuteten großen Sowjetagenten im Führerhauptquartier oder im Oberkommando des Heeres habe es nie gegeben. Die deutsche Abwehr hat nahezu alle sowjetischen Spionagegruppen – häufig durch Funküberwachung – entdeckt. Die gefassten Agenten landeten meist in der Todeszelle. Das lesenswerte Buch bietet einen vorzüglichen Überblick über die Spionage zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. *Hans-Joachim von Leesen*

***Helmut Roewer: „Die Rote Kapelle und andere Geheimdienstmythen“**, Ares Verlag, Graz 2011, 472 Seiten, 24,90 Euro*

Ostpreußen-Provinz-Polohemd



Klassisches Polohemd
aus 100% Baumwolle mit dem gestickten Provinzwappen Ostpreußens auf der linken Brust, Farbe dunkelblau
Größe M: Best.-Nr.: 7101
Größe L: Best.-Nr.: 7102
Größe XL: Best.-Nr.: 7103
Größe XXL: Best.-Nr.: 7104

je € 24,95




Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969

Mützen in verstellbarer Einheitsgröße mit gesticktem Wappen

Mützen je € 14,95



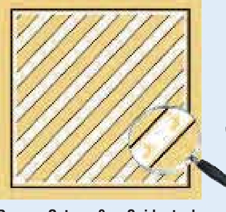
Schlesien-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7106

Ostpreußen-Provinz-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7105

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092



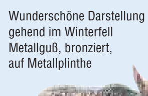
Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je € 29,95

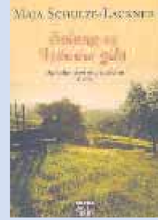
Elch-Standbild

Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe

Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627




€ 99,95



Maja Schultze-Lackner
Solang es Träume gibt
Das Leben einer ostpreußischen Gräfin
Kart., 365 Seiten
Best.-Nr.: 7098, € 7,99



statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



Uwe Rada
Die Memel
Kulturgeschichte eines europäischen Stromes
Geb., 366 Seiten mit SW-Fotos im Text, 8 farb. Fototafeln
Best.-Nr.: 7077, € 19,95



NEU

Uschtrin, Günter (Hrsg.)
Wo liegt Coadjuthen?
Die Geschichte eines ostpreußischen Kirchspiels
Kart., mit Schutzumschlag, 531 Seiten
Best.-Nr.: 7100, € 39,00

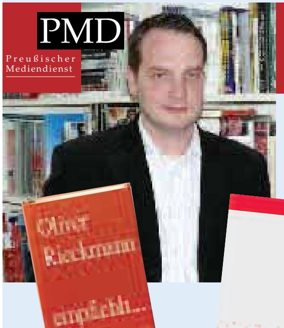
Elch, großes Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013



€ 149,95

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Franz Kadell
Katyn- Das zweifache Trauma der Polen
Der kleine Ort Katyn bei Smolensk in Russland steht symbolisch für die großen politischen Massenmorde der jüngeren Geschichte: Im Frühjahr 1940 wurden rund 15000 Offiziere und Intellektuelle der polnischen Führungsschicht durch die sowjetische Geheimpolizei erschossen. Moskau allerdings beschuldigte die Deutschen, das Massaker begangen zu haben. Die britische und die US-amerikanische Regierung deckten die Geschichtslüge der Sowjetunion lange Zeit aus politischem Kalkül.Erst 1990 bekannte sich Gorbatschow zur sowjetischen Verantwortung für die Morde. Doch noch immer hält die russische Regierung wichtige Akten unter Verschluss und behindert so eine lückenlose Aufarbeitung der Geschehnisse. Auch belasten die gegenseitigen Schuldzuweisungen an der zweiten Katastrophe von Katyn, dem Absturz der polnischen Präsidentenmaschine auf dem Weg zu einer Gedenkfeier im April 2010, das russisch-polnische Verhältnis aufs Neue. Franz Kadell schildert mitreißend die Ereignisse, die zur Traumatisierung Polens führten: minutiös und kaltblütig geplante Morde, internationale geduldete Geschichtsfälschungen, politisch sanktionierte Justizverbrechen und die verheerende Flugzeugkatastrophe. Im Kontrast dazu beschreibt er die Stationen einer schrittweisen Annäherung, die Anlass zur Hoffnung geben, dass Russen und Polen irgendwann zu einem versöhnlichen Nebeneinander finden können.

Geb., 1. Auflage 2011, 256 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 7107

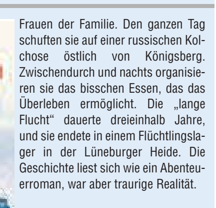
€ 19,99



Alfred de Zayas
Völkermord als Staatsgeheimnis
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7082, € 26,90



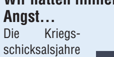
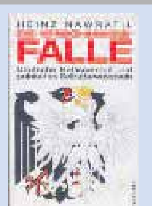
Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000,
Karte 75 x 50 cm, gefalzt, 15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067, € 5,95



Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Arno Surminski führt in diesen authentischen Lebenslauf eines ostpreußischen Jungen ein.Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht, um dann doch nicht in den Westen zu gelangen, sondern in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände zu fallen. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Doch dann brach eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Den ganzen Tag schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Zwischendurch und nachts organisieren sie das bisschen Essen, das das Überleben ermöglicht. Die „lange Flucht“ dauerte dreieinhalb Jahre, und sie endete in einem Flüchtlingslager in der Lüneburger Heide. Die Geschichte liest sich wie ein Abenteuerroman, war aber traurige Realität.

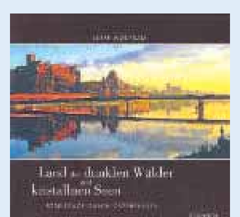
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084

€ 19,95

Christel Wels
Wir hatten immer Angst…
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945-1948
Dieses Buch beginnt in der Zeit, als Ostpreußen noch die östlichste Provinz des deutschen Reiches war. Zu der Zeit undenkbar, dass dieses sich so rasch ändern könnte, dass 700 Jahre deutsche Geschichte ein jähes Ende finden würden. Es wird die Zeit zwischen 1945 und 1948 beschrieben, die schrecklichen Erlebnisse der Familie Faust während der Flucht und ihrer Not leidenden Jahre unter den Russen. Ausgangspunkt ist Groß Pöppeln im Kreise Labiau. Dieser Kreis liegt an der Südostecke des Kurischen Haffs. 1939 wohnten dort ca. 51.000 Menschen, die Kreisstadt Labiau hatte ca. 6500 Einwohner. Groß Pöppeln, das Dorf aus dem die Autorin stammt, liegt ca. 6 km von Labiau entfernt. Dort lebten ca. 200 Menschen. Die Kriegszeit war bereits durch Entbehrungen gekennzeichnet. Das Schlimmste jedoch waren die Verluste der männlichen Familienangehörigen, die ihr Leben an irgendeiner Kriegsfront verloren hatten. Kaum eine Familie blieb verschont und somit waren das Leid und die Trauer ständige Begleiter in den Dörfern und Städten. So stand bereits das Weihnachtsfest 1944 unter keinem guten Vorzeichen. Doch es wurde noch, wie man später wusste, ein letztes Mal in der fest gefügten Dorfgemeinschaft gefeiert. Im Kreis Labiau wurde sehr spät, zumeist um den 20. Januar 1945, oftmals in den frühen Morgenstunden, der Räumungsbefehl gegeben. Alle Bewohner hätten sich unverzüglich vor der ganz nahen Roten Armee in Sicherheit zu bringen. In diesen frühen Morgenstunden machten sie sich mit ihren Habseligkeiten, mit Pferd und Wagen bei minus 20 Grad Celsius auf den Weg. Selbst der aufmerksame Leser dieses Buches wird sich in der letzten Konsequenz nicht vorstellen können, was damals alles passiert ist, es sei denn, er hat es selbst mitgemacht.
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.:7099

€ 12,90



Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Streifzüge durch Ostpreußen
Eine Bilderreise durch Ostpreußen.
Ostpreußen ist Luise Wolfram ans Herz gewachsen. Nach längeren Aufenthalten in Königsberg/ Kaliningrad und vielen Reisen in die Region kennt sie die schönsten Schauplätze dieser unvergleichlichen Landschaft, die heute zu Polen, Russland und Litauen gehört. Und sie kennt die Fragen, die angesichts der wechselvollen Geschichte des Landes gestellt werden.
Erstklassige Naturaufnahmen und die teilweise von Luise Wolfram selbst verfassten Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und alten Ordensburgen.

Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos
Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

statt € 7,95 nur noch € 4,95

Heinz Nawratil
Die Versöhnungsfalle
Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewusstsein
Geb., 263 Seiten
Best.-Nr.: 7097, € 19,95



Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Versen und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergesslichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte. Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Mit dem Ostpreußenlied

CD



Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

CD

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

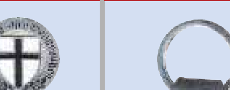
€ 13,90

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen

Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6765, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger




Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Preußen-Schlüsselanhänger




Preußenadler im Wappen
auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 19/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

FDP verliert Geld und Mitglieder

Berlin – Die FDP verliert deutlich an Mitgliedern und Einnahmen. Seit der Bundestagswahl 2009 ist die Zahl der Liberalen von 72 000 auf 68 000 Ende 2010 zurückgegangen. Der Schwund hält nach Parteiangaben unvermindert an. Auch wenden sich Großspender, die mehr als 50 000 Euro geben, von der glücklosen Partei ab. Von 1,6 Millionen Euro im Jahre 2009 gingen die Einnahmen aus Großspenden 2010 auf gut 500 000 Euro zurück. *H.H.*

Auf den Koran uriniert

Straßburg – Ein Franzose, der in einem selbstgedrehten Videofilmchen auf den Koran uriniert hat, ist von einem Straßburger Gericht freigesprochen worden. Der 30-Jährige habe sich im Rahmen der Meinungsfreiheit bewegt. Im Film nahm er ausdrücklich Bezug auf die Anschläge vom 11. September, die er vor der Urin-Aktion mit zu Fliegern gefalteten Koranseiten nachstellte. Die „Internationale Liga gegen Rassismus" protestierte scharf gegen das Urteil. *H.H.*

ZUR PERSON

Stil: Betonte Gelassenheit

Bilkay Öney ist keine typische Immigranten-Lobbyistin. Die 40-Jährige zählt zu der Minderheit von Türken in Deutschland mit Abitur und Studium. Allerdings gehörten bereits ihre Eltern der Bildungselite an. Beruflich betätigte sie sich als Bankangestellte, Pressesprecherin, Redakteurin und Moderatorin.

2006 ging Öney in die Politik und ergatterte ein Mandat für die Grünen im Berliner Landesparlament. Als die türkische Abgeordnete Canan Bayram von der SPD zu den Grünen wechselte, kam die ohnehin knappe Mehrheit des Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) in Bedrängnis. Doch nur Tage später wechselte Öney zu den Sozialdemokraten. Die SPD-Strategen wissen, dass solch wertvolle Konvertiten gut versorgt werden müssen. Öney war als Spitzenkandidatin der SPD im Bezirk Mitte für die Abgeordnetenhaus-Wahl im September vorgesehen. Aber dann bot sich eine noch bessere Chance.



Ursprünglich sollte Macit Karaahmetoglu Integrationsminister in Stuttgart werden. Nachdem der „Focus" jedoch aufgedeckt hatte, dass er in den 90ern behauptet hatte, in Deutschland würde an den Türken ein Völkermord verübt, ließ SPD ihn lieber fallen.

Stattdessen wechselt nun Bilkay Öney als Ministerin nach Baden-Württemberg. Ihr Haus soll ein Querschnitts-Ressort werden, sie erhält damit Zuständigkeiten anderer Ministerien hinzu. Ihr moderates Auftreten lässt sie bei autochthonen Deutschen besser ankommen als die aggressive und fordernde Aygül Özkan, die in Niedersachsen für die CDU in der Landesregierung sitzt. Sie bezeichnet sich als „Rock'n'Roll-Moslem". Zur Sarrazin-Debatte empfiehlt sie: Die Türken sollten gelassener und selbstbewusster damit umgehen. *Theo Maass*



Zeichnung: Mohr

Arm durch Aufschwung

Wie hohe Steuereinnahmen zu tiefen Schlaglöchern führen, wo das viele Geld hin ist, und warum Hellas erst später pleitegehen darf / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Endlich eine gute Nachricht: Die Steuereinnahmen sprudeln so kräftig wie noch nie. Im kommenden Jahr nehmen Bund, Länder und Gemeinden voraussichtlich 21 Milliarden Euro mehr ein als bisher gedacht. Bis 2014 summieren sich die unverhofften Mehreinnahmen gar auf stolze 136 Milliarden. Wir schwimmen im Geld, wie herrlich! In keinem vergleichbaren Zeitraum in der Geschichte der Bundesrepublik waren die Steuererlöse so üppig, wie sie es in den Jahren 2012 bis 2014 sein werden.

Ja, und in keinem vergleichbaren Zeitraum in der Geschichte der Bundesrepublik waren die Straßen so löchrig, die Brücken so zerschlissen, die Schulen so marode und die Staatsschulden so hoch, wie sie es in den kommenden Jahren sein werden. Für den Neubau von Fernstraßen, die noch nicht angefangen sind, sei ab 2012 überhaupt kein Geld mehr da, heißt es aus Fachkreisen. Die alten Pisten benötigen nur noch einen oder zwei harte Winter bis zur Sperrung oder zum Tempo-30-Schild: „Vorsicht Straßenschäden". Und innerorts? Die Gemeinden warnen hinsichtlich Schul- oder Straßensanierung eindringlich vor „zu hohen Erwartungen".

Die öffentlichen Schulden sollen bis 2016 dennoch munter weiter wachsen, ab da dürfen sie es (offiziell) nicht mehr wegen der „Schuldenbremse". Oder war es bis 2020? Ist auch egal, denn bis dahin ist der Politik bestimmt etwas eingefallen, wie man sich der lästigen Bremse elegant entledigt. Wieso sollte es dem deutschen Schuldenstopp anders ergehen als den dunnemals „unverhandelbaren Regeln des Euro-Systems".

Schon komisch, nicht wahr? Auf der einen Seite drückt eine Monsterwelle von Steuergeldern ins Rohr unserer öffentlichen Finanzen, doch auf der anderen Seite tropft nur ein immer spärlicher werdendes Rinnsal wieder heraus. In der Mitte muss irgendwo ein Loch sein.

Diesen Verdacht hegte auch Dieter Spethmann, ein erfahrener Wirtschaftskapitän, stolze 18 Jahre lang Chef der großen Thyssen AG. Spethmann wurde fündig und erschrak dermaßen, dass er seine Entdeckung gleich im „Focus" veröffentlichte: Danach stehe Deutschland für 391 Milliarden Euro in den verschiedenen Rettungsschirmen gerade – wenn man Griechenpakete, den deutschen Anteil an den IWF- und EZB-Mitteln und was noch alles zusammenrechnet. (Was Politiker tunlichst vermeiden. Jetzt wissen wir, warum.)

Was laut Spethmann aber noch viel härter wirkt und vor allem: die Deutschen längst ganz persönlich in die Brieftasche zwickt, dass sei der „Mehrzins", den die Deutschen wegen des Euro zu zahlen hätten: Bei uns seien die Kredite teurer geworden, damit sie in den ehemaligen Weichwährungsländern billiger werden konnten. Laut dem Ex-Thyssen-Chef müssten die Deutschen als privaten wie öffentlichen Kassen dafür jährlich rund 100 Milliarden Euro mehr an Zinsen berappen, als sie es ohne den Euro hätten tun müssen.

> 2500 Milliarden hat der Euro die Deutschen schon gekostet – und das Beste kommt noch!

Dazu bezahlten die Deutschen über die Europäische Zentralbank EZB für die ungedeckten Importe unserer schwächeren Euro-Partner, macht laut Dieter Spethmanns Berechnung noch einmal 150 Milliarden pro Jahr. Alles zusammengenommen kommt der Topmanager a.D. auf 1542 Milliarden Euro, welche die Deutschen seit Einführung des Euro 1999 haben abdrücken müssen.

Dabei hat Spethmann eine Sache ausgelassen, auf die uns Ifo-Chef Hans-Werner Sinn unlängst aufmerksam machte: Früher haben Banken, Versicherungen und große Anlagefonds das Geld der deutschen Einzahler hauptsächlich in Deutschland angelegt – wegen der zu hohen Risiken bei Anlagen außerhalb des eigenen Währungsraums. Seit Euro-Einführung sei das ganz anders geworden: Von den rund 1500 Milliarden Euro, welche die Deutschen in der ersten zehn Euro-Jahren seit 1999 angespart hätten, seien zwei Drittel ins Ausland abgeflossen, beispielsweise in diese sagenhaften spanischen Immobilienprojekte, die ungeheure Renditen versprachen. Oder in griechische Staatsanleihen. Deshalb habe die deutsche Konjunktur trotz „Exportweltmeisterschaft" jahrelang gedümpelt, sei Deutschland das einzige (!) Euro-Land gewesen, in dem die Reallöhne von 1999 bis 2008 gesunken seien.

Kurzum: Rund 2500 Milliarden Euro, soviel wie das gesamte deutsche Bruttoinlandsprodukt, sind seit 1999 Euro-bedingt sonstwohin gegangen – und fehlten im Land. Da passt die Geschichte von sprudelnden Steuerquellen und einem vergammelnden Land mit bestenfalls stagnierenden Reallöhnen doch wieder recht gut zusammen. Der Export bricht alle Rekorde, die Wirtschaft boomt, die Steuerquellen speien Geld ohne Unterlass – nur speien sie es eben woandershin.

Das Glück derer, die dafür verantwortlich sind, besteht darin, dass eine blühende Konjunktur den Deutschen in den kommenden Jahren so viel Bares in die Taschen stopfen soll, dass sie die vielen klebrigen Fremdfinger darin kaum spüren werden.

Was passiert, wenn es wieder mau wird mit der Konjunktur, ist bereits vorhersehbar: Schon die letzten Jahre haben die Deutschen auf die wachsende Belastung reagiert, indem sie für immer weniger Geld immer härter und effizienter gearbeitet haben. Die Länder, in die das Geld floss, haben mit den vielen deutschen Euros derweil immer teureren, immer größeren Blödsinn angestellt.

Daraus erwuchsen die so bitter beklagten „Ungleichgewichte" in der EU. Angeführt von Frankreich beschweren sich die Südländer lautstark darüber, dass die Deutschen den schwächeren Ländern mit ihrer teutonischen Wirtschaftsstärke die Luft zum Exportieren nähmen. Vor allem, weil wir zu wenig konsumierten, unsere Löhne zu niedrig seien und wir deshalb alle mit unseren Waren überschwemmten.

Das ist wirklich hässlich von uns. Eine Lösung wäre ja, sie gäben uns einfach unser Geld zurück, dann könnten die Firmen höhere Gehälter zahlen und die Deutschen mehr ausgeben – unsere Produkte würden teurer (weniger Wettbewerbsvorteil für „Made in Germany") und wir könnten mehr importieren.

Das geht aber nicht, aus zwei Gründen: Erstens wäre es unsozial und uneuropäisch, denn sozial und europäisch ist es nur, wenn Deutschland zahlt. Zweitens geht es auch gar nicht, denn die haben das Geld ja längst verjubelt.

Bleibt also nur eine Lösung: Die Belastungen für die Deutschen müssen zugunsten unserer europäischen Partner noch einmal deutlich erhöht werden, insbesondere, wenn wir wie angenommen unsere Wirtschaft tatsächlich ab jetzt jahrelang wächst. Wir können also davon ausgehen, dass wir aus diesem „Jahrhundert-Boom" spürbar ärmer herauskommen werden, als wir hineingegangen sind.

Aber das ist ja noch Jahre hin. Jetzt gilt es erst einmal, die nächsten Klippen zu überwinden, konkret: die unvermeidliche Pleite Griechenlands so lange wie möglich hinauszuschieben. Je früher die nämlich kommt, desto mehr müssen die Banken und Versicherungen, die großen Pensions- und Investmentfonds bluten, wenn die griechischen Staatsanleihen in ihren Depots nur noch die Hälfte wert sind nach dem gefürchteten „Schuldenschnitt".

Daher kaufen die Regierungen und die EZB, Löwenanteil jeweils Deutschland, derzeit wie die Gesengten griechische Schulden von den Banken etc. auf mit den Milliarden aus den Rettungsschirmen oder aus dem Säckel der Zentralbank. Wenn es richtig gut läuft, dann haben die großen Geldhäuser ihr gesamtes Griechenland-Investment (sprich: -Risiko) just an dem Tag komplett bei den Steuerzahlern abgeladen, an dem Athen die Hände hebt.

EZB-Ratsmitglied Ewald Nowotny weiß, was er sagt, wenn er warnt: Ein Bankrott Griechenlands „würde die Krise nur beschleunigen". Er sagte nicht: vertiefen oder verschlimmern, sondern: beschleunigen. Genau darum geht es: Langsam muss es laufen, damit der Plan gelingt.

MEINUNGEN

*Der neue katholische **Militärbischof Franz-Josef Overbeck** hat kein Problem mit **muslimischen Seelsorgern** in der Bundeswehr. Der „Frankfurter Allgemeinen" (6. Mai) sagte er:*

„Jetzt ist die Militärseelsorge der Volkskirche entsprechend organisiert, wie die gesamte deutsche Kirche noch. Das wird nicht mehr lange so sein … Ich kann nur sagen, sollte eine Art muslimische Militärseelsorge notwendig sein und auch erbeten werden: Die Achtung der Religionsfreiheit gebietet es, wie im Fall des islamischen Religionsunterrichts."

*Seit mehr als 20 Jahren arbeitet Krankenschwester **Karla Scheffler** in **Afghanistan**, wo sie ein Krankenhaus aufgebaut hat. Im „Spiegel" (2. Mai) hält sie dem Westen **Blauäugigkeit** vor:*

„Wir wollen, dass die Frauen Rechte haben, dass jedes Kind zur Schule geht und niemand mehr kämpft. Das ist, als würden Sie von einem behinderten Erstklässler verlangen, dass er eine Abitur-Klausur in Mathematik schriebt."

*Die deutsch-türkische Autorin **Serap Cileli** kritisiert die deutsche Politik im „Focus" (9. Mai) dafür, dass sie **islamische Geistliche** zum Religionsunterricht in die **Schulen** holt:*

„Deutschland scheint auf dem besten Wege zu sein, sich zu einer islamischen Umma (Gemeinschaft) zu verwandeln. Statt von den türkischen/muslimischen Mitbürgern Anpassung an den deutschen Rechtsstaat zu fordern, verlangt man vom deutschen Volk die Anpassung an die muslimische Welt."

Die Pleite-Dementierer

Unschwer lässt sich explizieren,
dass das Wörtchen „dementieren"
was zu tun hat mit „Demenz":
Nicht nur sagen's Philologen,
auch die Euro-Demagogen
liefern dafür Evidenz.

Denn selbst wider bessres Wissen
dementieren sie beflissen,
was für alle evident,
und das heißt, bei ihrem Walten
über Milliarden halten
sie die Bürger für dement!

Falls sie selbst nichts wissen aber,
wäre es erst recht makaber,
denn dann hätten eklatant
die Verteiler der Kredite
kognitive Defizite –
kurz, was als Demenz bekannt.

Nun, die erste Variante
ist in Politik Konstante:
Man versucht dem kleinen Mann
einzutrichtern noch und nöcher,
dass sogar die schwarzen Löcher
man mit Bürgschaft stopfen kann.

Also dementiert man munter,
spielt die Krisenzeichen runter,
gibt sich stets als Optimist
und man hofft, das große Zahlen
kommt erst nach den nächsten Wahlen,
wenn man weg vom Fenster ist!

Mit dem Geld von Tante Frieda
wäre sowas einfach Krida,
doch in dem Fall ist der Lohn
anders als im Alltagsleben:
Defraudanten kriegen eben
die Ministerpension …

Pannonicus